Zuwanderer haben Vorfahrt S.2

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Nr. 47 – 23. November 2013

Einzelverkaufspreis: 2,50 Euro

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Andrea Nahles (SPD, l.) gibt den Ton an: In Sachen Frauenquote ist Ursula von der Leyen (CDU) schon längst auf SPD-Linie Bild: imago

Wozu CDU?

Immer mehr Unionspolitiker spüren, dass Machtwille allein nicht weiterhilft

Wer den bisherigen Stand der schwarz-roten Koalitionsverhandlungen betrachtet, muss sich die verblüffende Frage stellen: Zu welchem Zweck außer der puren Pöstchenbewahrung ist die CDU zur jüngsten Bundestagswahl überhaupt angetreten?

Die Sozialdemokraten stapeln Forderung auf Forderung und ziehen – mit ihren eigenen Mitgliedern drohend – „rote Linien“. Bei Mindestlohn oder Frauenquote hat sich die SPD bereits durchgesetzt, bei der doppelten Staatsbürgerschaft zeichnet sich eine Einigung nach linkem Geschmack ab und auch in den übrigen Fragen beschränken sich die schwarzen Verhandlungsführer darauf, ihrem roten Gegenüber höchstens eine leichte Abschwächung von dessen Wünschen abzuringen. Eigene Ziele, eigene Forderungen hat die CDU offenkundig keine mehr. Die CSU rettet sich hinter den (im Kern aber völlig nebensächlichen) Ruf nach einer Pkw-Maut für Ausländer, um ein eigenes Profil vorzutäuschen – ebenfalls wenig überzeugend.

Hier nun findet die seit Jahren fortschreitende Sozialdemokratisierung der Union ihre historische Vollendung. Diese einst meinungs- und orientierungsstarke Partei ist zum blassrot-grünen Doppelgänger von SPD und Grünen verkümmert. Zusammengehalten allein vom Machtwillen der Parteivorsitzenden und dem Glauben ihrer Wähler, dass die Chefin „es“ schon richten werde. Immerhin signalisieren immer mehr Unionspolitikern (besser spät als nie), dass ihnen die Selbstentleerung schmerzhaft bewusst wird.

> Es droht eine Koalition auf Kosten der Zukunft

Ob das nur Geplänkel ist oder ob sie den Mut zur Neubesinnung aufbringen und Neuwahlen riskieren, wird sich zeigen. Schaffen sie es nicht, sind die üblen Folgen der sich abzeichnenden Politik absehbar: Auf Kosten der Zukunft werden Geschenke verteilt, die sich laut ersten Berechnungen auf 50 Milliarden Euro summieren. „Soziale Besitzstände“ werden geschaffen, die sich kaum mehr streichen lassen werden, wenn die Kassen wieder knapper bestückt sind. Per Gesetz wird die Freiheit der Wirtschaft weiter beschnitten, was am derzeitigen Wettbewerbsvorteil Deutschlands nagt. Mit dem „Doppelpass“ dürften die Koalitionäre überdies eine Ausländerpolitik, die längst gescheitert ist, noch weiter zuspitzen.

Wer wissen will, wo das alles enden wird, muss nur nach Frankreich blicken. Es war exakt jene Politik, die derzeit in Berlin festgezurrt wird, welche den ehemals reichen Nachbarn in eine Erstarrung geführt hat, die nun in die soziale und politische Explosion zu münden droht. Nichts geht mehr in Paris. Warum? Eine entscheidungsschwache Regierung schreckt vor jedem notwendigen Schritt zurück, weil der bedeuten würde, sich den Zorn derer zuzuziehen, denen man einst Zusagen gemacht hat, die man nun nicht mehr einhalten kann. In ein paar Jahren wird Berlin in den gleichen Schlamassel rutschen.

Hans Heckel

Rebecca Bellano:
Politik für 200

Da ist der Großen Koalition ja wirklich ein großer Wurf gelungen und vor allem Noch-Arbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) konnte sich mit der ab 2016 geltenden Frauenquote von 30 Prozent in Aufsichtsräten börsennotierter Unternehmen einen Wunsch erfüllen. Erstaunlich ist vor allem die Masse der Frauen, die davon profitieren wird. Laut Schätzungen handelt es sich um gut 210 Frauen, die sich nun auf einen Aufsichtsratsposten freuen können. Gut, einige wären vermutlich auch von allein in die Position gelangt, aber andere werden den Posten nur erhalten, weil sie eine Frau sind. Das gibt doch bestimmt ein gutes Gefühl, etwas nicht durch eigene Kraft, sondern durch Vorschriften von oben erhalten zu haben.

Es ist schon erstaunlich, wo die etablierten Parteien in diesem Land die Prioritäten setzen und wie sie ganz frei von Sachargumenten ihre Entscheidungen treffen. Denn was genau war noch einmal der Grund dafür, seit Jahren Kräfte zehrende Debatten zu führen und Ressourcen zu verschwenden, um diesen rund 200 Frauen eine bessere Ausgangslage zu verschaffen? Eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie? Passt nicht, denn diese studierten Frauen haben meistens keine Kinder. Eine bessere Gleichberechtigung? Diese Damen dürften es schon jetzt bis fast ganz nach oben auf der Karriereleiter geschafft haben, ihnen wird nur der letzte Schritt abgenommen. Zudem ist die Wirtschaft schon aufgrund des Fachkräftemangels aus Eigeninteresse darauf erpicht, Frauen besser zu fördern. Also, was war jetzt noch einmal der Grund für die Frauenquote?

Massenmedien am Pranger

Neue Bewegung versucht über Facebook & Co. Protest zu organisieren

Nach der Occupy-Bewegung, die von der Wall Street aus Finanzplätze in der ganzen Welt in Atem hielt, und dem „Arabischen Frühling“, der gleich mehrere Staaten Nordafrikas aus den Angeln hob, soll nun der „March against Mainstream Media“ (MAMSM) die Massen in Bewegung setzen. Über Facebook, Twitter und das Internet im Allgemeinen sollen Bürger zum Protest gegen Fox News, CNN, ABC, CBS und NBC aufgerufen werden. Doch was bei Occupy und „Arabischen Frühling“ zumindest unter dem Aspekt der Mobilisierung gelang, scheint bei MAMSM im Anfangsstadium hängen zu bleiben. Die Fotos auf der MAMSM-Facebook-Seite von der großen Protest-Aktion vom 16. November zeigen nur eine Handvoll Demonstranten.

Inwieweit es daran liegt, dass die großen Medien die Kritik an sich verschweigen oder aber die Massen sich für den Protest nicht mobilisieren lassen, ist derzeit noch schwer zu sagen. Fakt ist jedoch, dass einige Kritikpunkte der überwiegend von linken Zeitgenossen angetriebenen Bewegung durchaus das Potenzial haben, Unmut aufkommen zu lassen. So wird kritisiert, dass die Massenmedien einige wichtige Themen ignorieren oder einseitig betrachten würden. Als Beispiele wird die Berichterstattung über den Bürgerkrieg in Syrien angeführt.

> Deutsche üben lieber stillen Boykott

Auch in Deutschland herrscht ein Verdruss über die Ausrichtung der großen Medien. Doch statt offen zu protestieren, üben immer mehr stillen Boykott, indem sie ihr Abo kündigen, womit sich ein Teil der zurückgehenden Auflage der Zeitungen und Magazine erklärt. Dies hat Einsparungen bei den Zeitungen zur Folge, was die Qualität der Berichterstattung weiter sinken lässt. Und statt inhaltlich neue Wege zu gehen, wird sogar lieber die gesamte Redaktion entlassen, wie es im Frühjahr bei der „Westfälischen Rundschau“ der Fall war. *Bel*

ProNRW-Vorstand attackiert

Politik und Medien schüren Hass auf Kleinpartei – Gewalt eskaliert

Mitglieder der Kleinpartei „ProNRW“ sind Angriffe, Beleidigungen oder das Zeigen von Mittelfingern gewöhnt. In der Regel gehen die Angriffe von linksextremen Bündnissen für „Toleranz“, gegen „Rassismus“ und gegen „Nazis“ aus. Gegen „ProNRW“ Stimmung machen indes auch etablierte Politik und Medien gleichermaßen, weil sie die Gruppe als rechtsextrem einstufen.

Allerdings hat das Innenministerium des Bundes die Partei, die zuvor in dessen Verfassungsschutzberichten 2008 bis 2011 als rechtsextrem bezeichnet wurde, wieder von der schwarzen Liste genommen. Man folgte damit einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts, das Nordrhein-Westfalen indes ignoriert.

Linksextreme gehen unbehelligt gegen ProNRW-Mitglieder vor. So

> Linksextreme bleiben unbehelligt

geschehen vor einer Sondersitzung des Kölner Stadtrats, welche die Fraktion von ProNRW initiiert hatte, um die wachsenden Anforderungen an die Stadt durch die erwartete Asyl- und Armutseinwanderungswelle zu thematisieren. Christopher von Mengersen, Vorstandsmitglied von ProNRW und Student, wurde angegriffen, als er die Ratssitzung aufsuchen wollte. Maskierte schlugen auf ihn ein, weil er sich von der Teilnahme an der Versammlung nicht abhalten lassen wollte. Es war in diesem Jahr bereits der fünfte Angriff auf den 20-Jährigen. Von Mengersen bemängelt, dass die vor Ort präsente Polizei bei solchen Attacken erst zu spät eingreife.

Die linksextremen Aggressoren stünden oft in einer Reihe mit SPD, Grünen und der Linken, die deren Gewalttaten durch ihr Schweigen oft noch förderten. Auch den Medien, allen voran dem „Kölner Stadtanzeiger“ und dem „Express“, wirft ProNRW fehlendes Demokratieverständnis vor. *MRK*

MELDUNGEN

Putsch gegen Berlusconi

Rom – Italiens Premier Mario Letta verfügt trotz Silvio Berlusconis neuester Volte immer noch über eine Mehrheit im italienischen Parlament. Als Italiens Ex-Premier Berlusconi am vergangenen Wochenende verkündete, mit seiner Partei PdL in die Opposition zu gehen, wurde schon um die Fortsetzung der Euro-Rettungspolitik gefürchtet, doch zum Erstaunen aller Beobachter zerbrach die Regierung in Rom nicht, denn ein Großteil der PdL schloss sich dem Parteigründer nicht an. PdL-Chef und Vizepremier Angelino Alfano, der als Berlusconis politischer Ziehsohn gilt, verweigerte sich dem einstigen Vorbild und bat seine Abgeordneten, die Regierung Letta weiter zu stützen. So wie es derzeit aussieht, wird die Mehrheit Alfano folgen und die harte Oppositionsbank meiden. *Bel*

EU-Freizügigkeit gegen Geld

Malta – Die Pläne des maltesischen Parlaments, die Einnahmen des Landes durch den Verkauf von Staatsbürgerschaften an wohlhabende Ausländer anzukurbeln, hat für heftige Kritik gesorgt, weil die Bewerber weder in Malta wohnen noch investieren müssen. 30 Millionen Euro will Ministerpräsident Joseph Muscat allein im ersten Jahr mit dem Verkauf von rund 45 Staatsbürgerschaften einnehmen, mit 200 bis 300 Bewerbungen jährlich rechnet er. Das Angebot zielt vor allem auf reiche Russen und Chinesen. Zwar haben auch andere EU-Staaten bereits Staatsbürgerschaften verkauft, dort sind aber Investitionen Voraussetzung. Die Opposition befürchtet, dass die mit der Unionsbürgerschaft erworbene EU-Freizügigkeit den Käufern als Eintrittskarte für begehrtere Länder wie Deutschland dient. *MRK*

Dieser Ausgabe liegt ein Überweisungsträger der Treuespende e. V. bei.

Die Schulden-Uhr:

EZB-Politik erfreut Bund

Wie andere Schuldner profitiert auch der Bund von der letzten Zinssenkung der Europäischen Zentralbank. Wegen der niedrigen Zinslast hat Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble für den Schuldenberg vom immerhin mehr als einer Billion Euro nur 29,1 Milliarden Euro für 2014 eingeplant. Das sind über zehn Milliarden weniger als 2000, und das obwohl sich die Schuldenlast seitdem um rund eine halbe Billion Euro erhöht, also fast verdoppelt hat. Damals lag der Durchschnittszins, den der Bund berappen musste, allerdings auch bei 4,99 Prozent und nicht wie jetzt bei nur 2,91 Prozent. Nun könnte Schwarz-Rot den Spielraum für die Minimierung der Schulden nutzen, doch welcher Hund legt einen Wurstvorrat an? *M.R.*

2.066.080.403.572 €

Vorwoche: 2.065.412.518.203 €
Verschuldung pro Kopf: 25.666 €
Vorwoche: 25.657 €

(Dienstag, 19. November 2013, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Barrosos Bilanz ernüchtert

EU-Kommissar interessiert sich offenbar nur für den Ausbau des eigenen Einflussbereichs

Die Chancen stehen nicht schlecht, dass José Manuel Barroso mit seiner Riege von EU-Kommissaren als eine der schlechtesten EU-Kommissionen überhaupt in die Geschichtsbücher eingeht. War die bisherige Bilanz schon bescheiden genug, kommt es jetzt ganz dick.

Nur wenige Monate bevor das Mandat der jetzigen EU-Kommission endet, steht EU-Handelskommissar Karel De Gucht unter dem Verdacht der Steuerhinterziehung. Der Verkauf einer Toskana-Villa brachte belgische Finanzbeamte darauf, einmal nachzusehen, wie De Gucht überhaupt den Kauf des Anwesens finanziert hatte. Das Resultat der Ermittlungen: Der ehemalige Außenminister Belgiens soll Kapitalgewinne von 1,2 Millionen Euro aus einem Aktienverkauf weder gemeldet noch versteuert haben. Der Handelskommissar pocht auf ein steuerfreies Geschäft nach Ablauf der Spekulationsfrist. Belgiens Justiz sieht dagegen eine steuerpflichtige Einnahme. Egal wie der Vorgang am Ende ausgeht, De Gucht – durch die Vorbereitungen zur transatlantischen Freihandelszone momentan einer der wichtigsten Männer in Brüssel – dürfte die Affäre politisch kaum überleben.

Rufschädigung droht allerdings nicht nur diesem Kommissar, sondern der gesamten Kommission. Tritt der Handelskommissar zurück, könnten nur wenige Monate vor der EU-Wahl im Mai leicht Erinnerungen an die „Raffke-Mentalität“ der EU-Kommission unter Jacques Santer wach werden. Versucht der Handelskommissar sich krampfhaft zu halten, ist das Signal wahrscheinlich noch verheerender. Während europaweit Jagd auf Steuerhinterzieher gemacht wird, kommt man als Brüsseler Kommissar mit geschickter Auslegung von Gesetzen davon.

Auch ohne diese Steueraffäre ist die Bilanz, die Barroso hinterlassen wird, verheerend genug. Unter ihm ist die EU in die tiefste Krise seit ihrem Bestehen geschlittert. Während die EU-Kommission auf ihrem Mantra „Mehr Europa“ beharrt, scheinen sogar einige Vertreter etablierter Parteien begriffen zu haben, dass der Wind sich gedreht hat. Vom CSU-Chef Horst Seehofer bis zum EU-Parlamentspräsidenten Martin Schulz (SPD) ist die Forderung zu hören, die EU-Kommission müsse personell verkleinert werden. Mit einem Brief prominenter Firmenchefs aus England, Schweden und Deutschland – unter ihnen auch August Oetker – hat die EU-Kritik nun noch eine ganz andere Dimension angenommen: „Die EU muss nicht ‚immer enger‘ werden, sondern immer offener und flexibler: Die Vorstellung, alle Länder Europas müssten im Gleichschritt marschieren, um immer mehr Brüsseler Vorgaben zu erfüllen, ist gescheitert“, so der Vorwurf der Unternehmer. Aus Brüssel wird stattdessen mehr Geld und vor allem noch mehr Macht gefordert. Dazu kommt quasi noch auf den letzten Drücker der Versuch, vollendete Tatsachen zu schaffen: Die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei wurden wieder aufgenommen, selbst der Problemfall Albanien kann sich Hoffnungen machen, noch unter Barroso den EU-Kandidatenstatus zu erhalten.

> Jede »Lösung« läuft auf Machtzuwachs für Brüssel hinaus

Noch skeptischer muss mittlerweile die Brüsseler Eile bei der Freihandelszone mit den USA gesehen werden. Nicht mehr ganz abwegig klingt mittlerweile, was Barroso vor einiger Zeit aus Frankreich vorgeworfen wurde. Der EU-Kommissar wolle sich mit einer willfährigen Politik bei dem Handelsabkommen die Unterstützung der USA sichern, wenn es um seine weitere politische Karriere gehe, so die Kritik. Barroso treffe längst Vorsorge, als UN-Generalsekretär oder als Nato-Chef zu kandidieren. Die kleinlauten Brüsseler Reaktionen auf den NSA-Spionageskandal oder was inzwischen an Details aus den Verhandlungen zum Freihandelsabkommen bekannt wurde, sind kaum geeignet, den französischen Verdacht zu entkräften.

Während Otto Normalverbraucher mit dem Begriff Freihandelszone vor allem den Wegfall von Zöllen verbindet, verhandeln EU-Beamte mit US-Lobbyisten in Brüsseler Hinterzimmern längst über ganz andere Dinge. In der Diskussion steht etwa, dass nicht Gerichte oder Regierungsvertreter Streitigkeiten in der künftigen Handelszone klären sollen, sondern mit Wirtschaftsvertretern besetzte Schlichterstellen. Als ein Paradies für die Wallstreet auf Kosten der europäischen Steuerzahler könnte sich ein anderes Vorhaben entpuppen. In der Freihandelszone sollen Unternehmen das Recht erhalten, Staaten wegen wirtschaftsfeindlicher Entscheidungen auf Schadensersatz verklagen zu können. Das Resultat ist leicht abzusehen. So würde kaum ein Politiker es mehr wagen, eine weitreichende Entscheidung zu treffen.

Dass Derartiges ernsthaft zur Verhandlung steht, kann kaum verwundern, haben doch US-Unternehmen in Brüssel bereits ein breites Netzwerk aufgebaut, um bei der EU-Gesetzgebung zu intervenieren. Angesichts derartiger Rahmenbedingungen lässt Barrosos ausbleibende Reaktion auf die US-Spionageaktivitäten in Europa befürchten, dass längst feststeht, wer in der künftigen Freihandelszone „Koch“ und wer „Kellner“ sein wird. *Norman Hanert*



Barroso: Gespräche zur Freihandelszone mit den USA bieten ihm neue Karriereperspektiven Bild: action press

Täter werden zu Richtern

UN-Organisationen leiden unter mangelnder Glaubwürdigkeit

Unbezahlte Beiträge haben dazu geführt, dass den USA und Israel bei der Unesco die Stimmrechte entzogen wurden. Weil die der UN-Organisation für Bildung, Wissenschaft und Kultur im Jahr 2011 Palästina als 195. Vollmitglied aufgenommen hat, werden von beiden Staaten bereits seit zwei Jahren keine Mitgliedsbeiträge mehr gezahlt. Obwohl die USA als größter Einzahler bei der Unesco davor gewarnt hatten, war Palästina mit den Stimmen von mehr 100 Unesco-Mitgliedstaaten in die Organisation aufgenommen worden.

Hieß es zunächst bei der Unesco, man lasse sich nicht erpressen, herrscht nun beim Sitz der UN-Einrichtung in Paris Katerstimmung. Wegen des Zahlungsboykotts der USA fehlen im Haushalt für die nächsten beiden Jahre 146 Millionen Dollar. Als Folge müssen Stellen und Programme zusammengestrichen werden. Betroffen sind selbst Unesco-Vorzeigeprojekte im Kampf gegen den Analphabetismus oder das Weltkulturerbe-Programm. Offen ist, wie der Streit um die automatisch entzogenen Stimmrechte weitergeht. Für die Wiederaufnahme der Zahlungen müsse zunächst der US-Kongress grünes Licht geben, so das Außenministerium in Washington, das von einem bedauerlichen Ereignis spricht.

Parallel zum mehr oder minder selbstverschuldeten Rückzug der USA aus der Unesco läuft bei den UN eine andere Entwicklung: Staaten, die wegen Menschenrechtsverletzungen immer wieder am Pranger stehen, gewinnen zunehmend Einfluss. Aktuell ist es die Wahl zum UN-Menschenrechtsrat, die Anlass zum Kopfschütteln gibt. Unter dem Protest von Menschenrechtsgruppen sind Saudi-Arabien, Russland, China und Kuba in den Menschenrechtsrat gewählt worden. Naheliegend der Vorwurf, dass mit derartigen Mitgliedern der sprichwörtliche Bock zum Gärtner gemacht wird. Obwohl gegen mehrere der Länder Verfahren wegen Menschenrechtsverletzungen laufen, werden sie als Mitglieder im Menschenrechtsrat nun noch zum Richter in eigener Sache gemacht.

> Versuch, Profil zu zeigen, erweist sich als kostspielig

Die umstrittenen Regime werden nicht nur symbolisch aufgewertet, es gibt handfeste Auswirkungen. Zum einen können über den UN-Menschenrechtsrat Verfahren wegen Menschenrechtsverletzungen in Gang gebracht werden. So hat der Antirassismus-Ausschuss der Vereinten Nationen etwa zu Anfang dieses Jahres Aussagen des früheren Berliner Finanzsenators Thilo Sarrazin in einem Zeitungsinterview als „rassistisch“ eingestuft, und Deutschland dafür kritisiert, dass „Betroffene davor nicht ausreichend geschützt“ würden.

Aktuell wirft eine Expertin der UN den Niederlanden Rassismus vor. So gehöre der 150 Jahre alte Festtagsbrauch des „Zwarten Pieten“, der den holländischen Nikolaus begleitet, abgeschafft, da er rassistisch sei. Außer der Möglichkeit, derartige Vorwürfe medial aufzublasen und auszuschlachten, bietet die Mitgliedschaft im UN-Menschenrechtsrat Staaten wie China oder Saudi-Arabien allerdings noch einen anderen Vorteil, denn Vorwürfe an die eigene Adresse können schon im Vorhinein leichter abgebügelt werden. *N.H.*

Angst vorm Islam

Tahitis Bevölkerung will keine Moschee

Wir lieben Schweine und wir lehnen den Islam ab.“ Mit Sprüchen wie diesem protestiert die polynesische Bevölkerung des pazifischen Inselstaates Tahiti gegen ein Vordringen des Islam und die erste Moschee in Ozeanien. Die Moschee wurde am 15. Oktober eröffnet und ist inzwischen wieder geschlossen. Von den 186 000 Bewohnern des Inselstaates sind nur einige Hundert Muslime, die Mehrheit ist katholisch.

> Muslime werden von Saudis unterstützt

Das islamische Gotteshaus geht auf die Initiative des sunnitischen Pariser Imams Hicham El Berkani zurück, der aus den von Muslimen beherrschten Vorstädten der französischen Hauptstadt nach Tahiti emigrierte. Inzwischen gab es sogar Morddrohungen gegen den jungen Imam. „Wir wollen unsere Kinder gegen die Invasion des Islam schützen, der hierher kommt, um uns zu töten“, sekundierten die Protestierenden.

Insgesamt leben in Ozeanien einschließlich Australien eine halbe Million Muslime, die aber häufig radikal infiltriert sind und deren Imame von den Saudis finanziert werden. In Neuseeland wird aggressiv vor allem unter den unzufriedenen eingeborenen Maoris missioniert.

Inzwischen ist die Religion des Propheten bis nach Tonga vorgedrungen, wo bereits eine muslimische Schule errichtet wurde. In Fidschi sind sieben Prozent der 8,5 Millionen Einwohner Muslime. Ähnliches gilt für die gesamte Region. Hinter diesem Engagement stehen das benachbarte Malaysia, Indonesien sowie Organisationen der Saudis und des Golfstaates Katar. So engagiert sich vor allem die Islam Development Bank in Dschidda. Sie investiert in medizinische Hilfe und Schulen und gewinnt so Sympathien. Zudem ermöglicht sie Stipendien für ein Auslandsstudium. Auch bei dem letzten Tsunami auf den Salomonen gab es direkte finanzielle Soforthilfe, während der Westen unschlüssig war. Das schafft Freunde.

Die Islamisierung der pazifischen Inselwelt stellt vor allem für die Interessen der USA im Stillen Ozean eine Bedrohung dar. *Joachim Feyerabend*

Kulturelle Sensibilität

Von Vera Lengsfeld

In Berlin macht sich eine Verhaltensweise breit, die „kulturelle Sensibilität“ genannt wird. Das ist mein Vorschlag für das Unwort des Jahres 2013. Geprägt hat es ein stellvertretender Direktor einer Volkshochschule eines Plattenbaubezirks, als er die Aktbilder einer Künstlerin abhängen ließ, um Musliminnen auf ihrem Weg zum Integrationskurs nicht zu irritieren. Wie sollen die Frauen sich integrieren, wenn ihnen keine Gelegenheit gegeben wird, unsere Lebensweise, zu der die Errungenschaften der emanzipatorischen Bewegungen der letzten 100 Jahre gehören, die den Westen zu einem so angenehmen Lebensort gemacht haben, kennenzulernen? Integration kann ja nicht bedeuten, dass wir uns an die Lebensweise derjenigen anpassen, die zu uns kommen. Diese einfache Tatsache auszusprechen, scheint heute schon ein Akt zu sein, der einigen Mut erfordert.

Das Bilderverbot ist keineswegs ein Einzelfall. Muslimische Mädchen sollen nicht am Schwimmunterricht teilnehmen, oder nur im „Burkini“, wie die unhygienische Ganzkörperverhüllung verniedlichend genannt wird. Muslimische Frauen sollen nicht von männlichen Ärzten behandelt werden. Sanitäter, die Erste Hilfe leisten wollten, werden immer häufiger von muslimischen Männern angegriffen, die gar nicht daran denken, „kulturelle Sensibilität“ ihrem Gastland gegenüber aufzubringen. Es häufen sich die Meldungen, dass Feuerwehrleute attackiert und an ihrer Arbeit gehindert werden. Polizisten werden angespuckt, geschlagen, gejagt. Mitglieder arabischer Clans bekunden öffentlich vor Gericht, dass sie den Rechtsstaat nicht anerkennen. Das alles steht keineswegs in der „Nationalzeitung“, sondern in „Welt“, „Tagesspiegel“, „taz“.

Während wegen der großen Empörung die Aktbilder in die Volkshochschule zurückkehrten, wenn auch nicht an ihren ursprünglichen Platz, machte eine noch verstörendere Meldung die Runde. Auch im Roten Rathaus wurde „kulturelle Sensibilität“ geübt.

Anlässlich der 3. Konferenz des Rates der Religionen im Roten Rathaus wurde ein Gebetsraum für muslimische Prediger eingerichtet, in dem alle Bilder und Statuen verhängt waren. Abdul Adhim Kamouss vom Verein Tauhid e.V. fand das „sehr schön“. Aber was hat ein Forum mit dem Ziel, langfristig verschiedene kommunale Projekte zu realisieren, um eine religiöse Stimme für die Stadt zu bilden, im Roten Rathaus zu suchen? Wieso werden in Zusammenarbeit des Senats mit religiösen Gemeinschaften Projekte gefördert, die „im mehrheitlich atheistischen Berlin Religionen bekannt machen“ sollen?

Gilt es in Berlin die Trennung von Staat und Kirche nicht mehr?

Zuwanderer haben Vorfahrt

Brandenburg: Rot-Rot leitet Geld für Beamte an Asylbewerber und für »Kampf gegen Rechts« um



Kaum noch zu bewältigen: Neuankömmlinge vor Brandenburgs Erstaufnahmestelle in Eisenhüttenstadt

Bild: pa

Brandenburgs rot-rote Landesregierung schnürt ein Paket von 12,7 Millionen Euro für (weit überwiegend illegale) Zuwanderer, das ausdrücklich auch der Bekämpfung Rechtsextremer dienen solle. Darauf einigten sich SPD- und Linke-Fraktion angesichts zunehmender Zuwanderung. Pikant ist dieses Programm nicht nur vor dem Hintergrund des rigiden Sparkurses der Landesregierung. Hinzu kommt, dass die Summe eigentlich für Beamte vorgesehen war. Jetzt sollen damit unter anderem mehr Zuwanderer auf dem regulären Wohnungsmarkt untergebracht werden.

In Brandenburg ist das Thema Asyl gleich mehrfach vermintes Terrain: Die Erstaufnahmestelle des Landes für Asylsuchende in Eisenhüttenstadt ist chronisch überfüllt, die Überbelegung betrug zeitweilig 750 Menschen. In den Landkreisen ist die Lage nicht besser. Die entsprechenden Einrichtungen sind auch dort überbelegt. Die Kreise können die ihnen von der Landesregierung auferlegten Aufnahmequoten nicht erfüllen. Selbst die Landeshauptstadt nimmt nicht mehr wie vorgeschrieben auf.

Zudem liefert sich die Landesregierung mit der Verwaltung des Kreises Oberhavel einen richtungsweisenden Kleinkrieg um Geld vor Gutscheinen: Landesfinanzminister Helmuth Markov (Linke) verurteilte jüngst wieder die dortige Gutscheinvergabe an Asylbewerber. Ihnen kein Geld zu geben sei „absolut unwürdig“. Markov unterstützt die Initiative „Willkommen in Oberhavel“ des „Aktionsbündnisses gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“ und tauscht Wertgutscheine für Asylbewerber gegen Bargeld. Der Minister unterläuft somit gezielt die Maßnahmen des Kreises. Zur gleichen Zeit nehmen lokale Proteste gegen die Unterbringung zu. Politik wie Medien stufen diese als „rechtsextrem“ ein, doch bemerken beide, dass die sonst übliche massive Front an Gegendemonstranten ausbleibt.

Die nun umgeleiteten 12,7 Millionen Euro verplant Rot-Rot gleich mehrfach: Der Fraktionsvorsitzende der Landes-SPD, Klaus Ness, sagte, mit dem Geld wolle man auch Rechtsextremen entgegentreten. Der größte Posten, 7,7 Millionen Euro, soll allerdings an die zentrale Aufnahmestelle in Eisenhüttenstadt gehen und dort mehr Wohncontainer und Betreuungsangebote für die Asylsuchenden ermöglichen. Ness machte deutlich, dass das Land mit fünf Millionen Euro jene Kommunen unterstützen wolle, die für eine „menschenwürdige Unterbringung“ der Asylbewerber sorgten.

Mit den zusätzlich finanzierten Maßnahmen „gegen Rechts“ will die Politik jene anprangern, die der Landesregierung in ihrer Aufnahmepolitik nicht folgen. Ness nannte das sächsische Schneeberg als Negativbeispiel für Versuche, „Vorbehalte zu schüren“ – in Brandenburg indes funktioniere der Bürgerwiderstand gegen solche Tendenzen noch. Dass diese Stimmung angesichts von 3600 Asylsuchenden, die Brandenburg nach bisheriger politischer Lesart aufnehmen muss, umschlagen könnte, hat Rot-Rot aber dennoch begriffen. Die Antwort heißt noch mehr fördern, nichts mehr fordern. Linke-Fraktionschef Christian Görke nannte das neue Programm eine Antwort auf eine Entwicklung, die vor einem Jahr nicht absehbar gewesen sei.

Mit Steuermitteln gegen unzufriedene Bürger

Statt der nun vorgesehenen psychologischen Betreuung von traumatisierten Zuwanderern hatte die Landesregierung eigentlich acht Millionen Euro für einen neuen Familienzuschlag ihrer Beamten vorgesehen. Der soll statt 2014 erst 2015 umgesetzt werden. Finanzminister Markov, der seine Staatssekretärin gegen einen anders lautenden Sparbeschluss von Rot-Rot verbeamten ließ, wie im Oktober bekannt wurde, spart indes bei Polizeibeamten und anderen Staatsdienern seit Jahren massiv. Auf dem Hintergrund eines Landeshaushalts, der als Sparhaushalt ausgelegt ist und 2014 ausgeglichen sein soll, ist die Umwidmung der Mittel als klares Signal zu verstehen, wo Rot-Rot die politischen Schwerpunkte setzt.

Laut Ness kommen die Zuwanderer derzeit vor allem aus Tschetschenien, Nordafrika und Syrien. Organisierte Schleuserbanden, über die Asylsuchende derzeit auch Auskunft geben, sind für Rot-Rot kein Thema. Dass die Banden bei 5000 bis 15 000 Euro Schleusergebühr pro Kopf nicht die Ärmsten oder vorrangig die Verfolgten mitnehmen, blieb in Potsdam außen vor. In Eisenhüttenstadt berichteten Zuwanderer von Gerüchten über ein Begrüßungsgeld in Deutschland, die in Tschetschenien gestreut würden, wie die „FAZ“ im September schrieb. Mit solchen Märchen locken die Schleuser Kunden an, die dann in Deutschland „Flüchtlinge“ genannt werden.

Die in der EU gültige Drittstaatenregelung („Dublin II“), nach der im Verein mit dem Schengener Abkommen Asylanträge in dem Land des Grenzübertritts in die EU zu stellen sind, hat bei Rot-Rot ebenfalls kein Gewicht. Zumindest die Tschetschenen müssten demnach in Polen Asyl beantragen – formell tun das viele auch, indem sie ihren Pass abgeben und einen Fingerabdruck. Danach reisen sie an ihr Ziel: Deutschland. Doch nicht allein „Dublin II“ ist faktisch ausgehebelt. Nur ein minimaler Anteil der Asylbewerber, ein Betrag im untersten einstelligen Prozentbereich, wird überhaupt je als „politisch verfolgt“ anerkannt. Dessen ungeachtet bezeichnen Politik und die meisten Medien alle Ankommenden pauschal als „Flüchtlinge“.

Sverre Gutschmidt

Mindestlohn bedroht Höfe

Spargel-, Obst-, Gurkenanbau: Saisonarbeiter werden unbezahlbar

Den Wegfall vieler Arbeitsplätze fürchten Brandenburgs Obst- und Spargelbauern bei der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns. „Wenn in Brandenburg Agrarbetriebe flächendeckend 8,50 Euro pro Stunde zahlen müssten, würden ganze Produktionsbereiche mit viel Handarbeit vor dem Aus stehen“, so der Geschäftsführer des Landesgartenbauverbandes, Andreas Jende.

Der Kern der Befürchtungen ist eine drastische Verteuerung der Saisonarbeit, bei der vor allem polnische und rumänische Erntehelfer für einige Wochen zum Einsatz kommen. „In der Branche sind jährlich etwa 5500 Saisonkräfte im Einsatz, zum Beispiel bei der Ernte von Spargel, Gurken, Äpfeln und Kirschen“, so Jende gegenüber dem Sender rbb.

Die Argumentation erscheint nachvollziehbar: Für die eingesetzten Helfer, die während der Saison meist für etwa acht Wochen nach Deutschland kommen, sind auch die bisher gezahlten Löhne attraktiv. Da viele ausländische Helfer im Akkord arbeiten, erzielen sie während der wenigen Wochen der Saison Einkommen, von denen sie in ihren Heimatländern Monate leben können.

Groteske Folge: Niemand wird besser verdienen

Gleichzeitig sichern nach Angaben des märkischen Landesgartenbauverbandes vier Saisonarbeiter den Arbeitsplatz eines fest angestellten Beschäftigten in Brandenburg. Zu befürchten ist, dass künftig weder die Saisonarbeiter noch die hiesigen Festangestellten vom Mindestlohn profitieren. Was droht, macht das Beispiel Frankreich deutlich. Nachdem dort ein Mindestlohn eingeführt worden war, haben viele Obst- und Gemüsebauern aufgeben müssen, die Ware kommt stattdessen aus dem Ausland.

Wie in Frankreich könnte auch hierzulande insbesondere der Anbau von arbeitsintensiven Sonderkulturen vor dem Aus stehen. So etwa der Anbau von Beerenobst. Im Falle von Brandenburg steht vor allem aber der Spargelanbau auf dem Spiel oder regionale Spezialitäten wie die Spreewälder Gurken.

Auch in anderen traditionellen deutschen Obstanbaugebieten fürchten viele Unternehmen, dass der Handel bei steigenden einheimischen Preisen künftig bei der günstigeren Konkurrenz in Polen oder Spanien einkauft. Eine realistische Annahme, denn während deutsche Obstbauern künftig ihren Erntehelfern 8,50 Euro bezahlen sollen, können polnische Firmen bei einem Mindestlohn von umgerechnet 2,21 Euro produzieren.

Norman Hanert

Weiche Themen

Berliner CDU öffnet sich für die Grünen

Die Berliner Union schielt nach einer schwarz-grünen Landesregierung. Anfang November hielt die Führung der Hauptstadt-CDU eine Klausurtagung in Leipzig ab. Im Mittelpunkt standen die 2016 anstehenden Wahlen zum Abgeordnetenhaus. Die Christdemokraten beschlossen, bis Ende 2015 ein Wahlprogramm unter der Überschrift „Vision 21“ zu erarbeiten. Es soll inhaltliche Positionen und machtpolitische Optionen enthalten. Generalsekretär Kai Wegner: „Wir wollen eine Vision für die Stadt entwickeln: Wie wollen wir in 20, 30 oder 50 Jahren leben?“

Inhaltliche Schwerpunkte bilden die Bildungspolitik und die Energiewende. Diese Schwerpunktsetzung zeigt: Obwohl sich Berlins Bürger vor allem um Kriminalität, Überfremdung und wirtschaftliche Entwicklung sorgen, scheint die Union mit Bedacht weiche Themen gewählt zu haben, um die Grünen nicht zu vergraulen. So konnte Wegner denn auch befriedigt resümieren: „Wir waren überrascht festzustellen, dass es mit den Grünen große Übereinstimmungen gibt.“

Das Desaster von Hamburg ignoriert

Die bisher in Berlin als konservativ geltende CDU hofft offenbar auf ein Landesparlament ohne FDP und AfD, in dem ihr im bürgerlichen Lager keine Konkurrenz droht. Nur auf diese Weise wäre, rein rechnerisch, eine Koalition mit den Grünen überhaupt mehrheitsfähig. Gefahren werden dabei verdrängt: Am Hamburger Beispiel könnte die Spree-Union ablesen, wie sich derartige Bündnisse auf den eigenen Wählerzuspruch auswirken. Dort hat die CDU infolge einer schwarz-grünen Koalition die Hälfte ihrer Wähler verloren.

Hans Lody

Schlossbau »unumkehrbar«

Die sich anbahnende Große Koalition auf Bundesebene bezeichnet den Wiederaufbau des Berliner Schlosses unter dem neuen Namen „Humboldtforum“ als „unumkehrbar“. Die Arbeitsgruppe „Verkehr, Bau und Infrastruktur“ der verhandelnden Parteien CDU, CSU und SPD einigte sich auf den unveränderten und zügigen Weiterbau nach den bisherigen Plänen: „Nach der Grundsteinlegung im Juni 2013 hat nun unumkehrbar die Bauphase für diese kulturpolitische Visitenkarte unseres Landes begonnen, die wir erfolgreich zu Ende führen werden.“ Jüngst diskutierte Änderungspläne des Architekten Stephan Braunfels am gültigen Entwurf seines italienischen Kollegen Franco Stella sind damit vorerst vom Tisch. Braunfels hatte gefordert, keinen Ostflügel zu bauen und den Hof stattdessen zum Fernsehturm hin zu öffnen sowie eine der zu rekonstruierenden barocken Fassaden zu verlegen.

SV

Weltkulturerbeorte



Foto: Bamberg Tourismus

Bamberg – Das oberfränkische Bamberg besitzt die flächenmäßig größte historische Altstadt in Deutschland. Zu den besonderen Sehenswürdigkeiten gehört der Dom mit dem berühmten Bamberger Reiter. Seit 1993 ist Bamberg Weltkulturerbe – und die Masse der Besucher, die sich im Sommer durch die Stadt schiebt, zeigt den Erfolg des Titels.

Muskau – Der von Hermann Fürst von Pückler-Muskau in Auftrag gegebene Landschaftspark Muskau, 700 Hektar groß, liegt an der Neiße auf der Grenze zwischen Deutschland und Polen. Die Grenzlage führte dazu, dass der Park unbeschädigt und unbebaut erhalten blieb, dass er aber auch verwilderte. Nach 1990 wurde der Park rekonstruiert und erhielt 2004 den Welterbetitel.



Foto: Berlin Stadtentwicklung

Berlin – Während in der ersten Phase des Unesco-Welterbe-Programms vor allem Kirchen und Klöster ausgezeichnet wurden, kamen später auch Industrieanlagen und Bauten der klassischen Moderne in die engere Wahl. In Berlin wurden in den 1920er Jahren errichtete Großsiedlungen Welterbestätten: Gartenstadt Falkenstadt, Siedlung Schillerpark, Siemensstadt, Großsiedlung Britz, Wohnstadt Carl Legien, Weiße Stadt und die Großsiedlung Siemensstadt. Errichtet von den Architekten Bruno Taut, einem gebürtigen Königsberger, Hans Scharoun und anderen. Es war eine kluge Wahl: Berlin-Touristen entdecken nun nicht mehr nur das Zentrum, sondern auch die Siedlungen am Rande, sie lernen ein Stück Architekturgeschichte.

Alfeld an der Leine – Walter Gropius errichtete bereits vor dem Ersten Weltkrieg im kleinen niedersächsischen Alfeld an der Leine mit den Fagus-Werken die Inkunabel des Neuen Bauens, das Vorbild aller modernen Architektur weltweit. Die Schuhleistenfabrik, in der noch heute gearbeitet wird, wurde 2011 Welterbe.

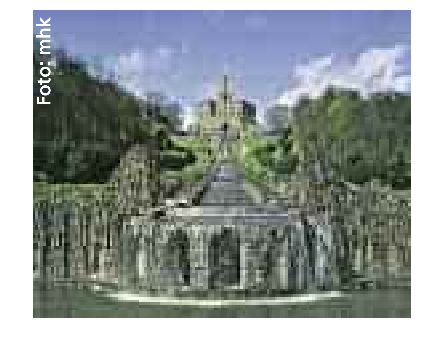


Foto: mhk

Kassel-Wilhelmshöhe – Das hessische Kassel, besonders schwer vom Bombenkrieg gezeichnet, darf dennoch seit diesem Jahr auf ein höheres Ansehen und natürlich auf mehr Touristen hoffen: Die im englischen Stil gestaltete Wilhelmshöhe, der größte Bergpark Europas, wurde im Juni 2013 als 38. deutsches Weltkulturerbe ausgezeichnet.

Im Wettbewerb um Touristen

Was der Titel »Weltkulturerbe« bringt – und wem er schadet

Das Würzburger Schloss, die Residenz der Fürstbischöfe, seit 1981 Weltkulturerbe, gehört zu den festen Zielen auf vielen internationalen Reiserouten. Der Zweite Weltkrieg hat Würzburg übel zugerichtet – die barocke Schönheit wurde an vielen Stellen durch eine traurige Moderne ersetzt. Doch die Touristen stellen meist keine Fragen zu den Widersprüchen. Wenn ein Ort die Auszeichnung „Welterbe" trägt, dann muss er eben bedeutend und sehenswert sein.

Seit dem Jahr 1979 vergibt die Unesco den Status Welterbe. Seit 1979 wurden weltweit 981 materielle und in jüngere Zeit auch immaterielle Welterbestätten ausgezeichnet – allein 38 Orte in Deutschland. Hehre Idee ist, besondere Aufmerksamkeit auf die wichtigsten Denkmale der Menschheit zu richten, damit diese langfristig geschützt bleiben. Der Blick der Weltöffentlichkeit soll die Entscheider und Planer in den jeweiligen Ländern und den Städten davon abhalten, sich an den Bauwerken oder den Ensembles zu vergreifen. Der Welterbe-Status wird zwar nicht durch Strafen verteidigt, wirkt aber wie ein moralischer Schutz. Wer ein Welterbe zerstört, der wendet sich gegen die internationale Gemeinschaft. Nur Dresden hat es bislang gewagt, den Titel durch einen Brückenbau über die Elbe zu riskieren – und hat ihn 2009 verloren.

Besonders für die Reisebranche hat sich der Titel Welterbe als bedeutend erwiesen. Fast jeder Bürgermeister und fast jeder Tourismusmanager liebäugelt mit dieser werbewirksamen Marke. Denn eines hat sich in der Vergangenheit gezeigt: Die Zahl der Touristen steigt mit der Auszeichnung stark an. In Regensburg beispielsweise soll sich die Zahl der Übernachtungen seit der Auszeichnung fast verdoppelt haben.

> Nicht der schönere Ort gewinnt, sondern der besser vermarktete

Doch schon seit Jahren gibt es Kritik an der Wirksamkeit der Auszeichnung. Durch den Status Welterbe würden die Denkmale nicht geschützt, sondern – im Gegenteil – gefährdet. Die Besucherströme, die sich immer mehr auf die Denkmal-Hitparade konzentrierten, führten zu mehr Abnutzung, zu mehr Andenkenläden, zu weniger Ruhe und Kontemplation. Beobachter haben oftmals den Eindruck, dass die Menschen in Bussen von Welterbestätte zu Welterbestätte gefahren werden, jeweils kurz aussteigen, hastig ein Foto machen, dann weitereilen.

Menschen suchen heute fast zwanghaft nach Rankings und Bestsellerlisten. Sie fühlen sich in der modernen Welt unsicher und benötigen scheinbar die Empfehlungen von Experten. Eine eigene Meinung, eine eigene Bildung wird von den Reisenden heute kaum noch entwickelt, Entdeckungen werden nicht mehr gemacht. Diese sich Jahr für Jahr verstärkende Entwicklung führt dazu, dass die Denkmäler, die nicht als Welterbe ausgezeichnet werden, allmählich im Nirgendwo verschwinden. Ungewollt entzieht die Unesco den anderen, nicht ausgezeichneten Orten die Aufmerksamkeit.

Die Auswahl zum Welterbe wäre vielleicht noch hinnehmbar, wäre sie jedes Mal gerecht und nachvollziehbar. Aber tatsächlich ist die Wahl der Stätten subjektiv, oft von nationalen und lokalen Interessen geleitet. Einer Stadt wie Görlitz, in deren Zentrum 4000 Baudenkmälern stehen, von unzähligen Bauherren und Architekten aus einem gemeinsamen Bürgerwillen geschaffen, anders als beispielsweise Würzburg vom Krieg komplett verschont, wurde bislang der Titel versagt.

Welcher Ort das tourismusfördernde und umsatzsteigernde Siegel bekommt, ist nicht allein von der Qualität der Denkmale abhängig. Welterbe-Bewerbungen werden über Jahre strategisch vorbereitet und als eine Kampagne durchgeführt. Dicke vielfarbige Kataloge und psychologisch gut vorbereitete Präsentationen sollen wie bei einer Olympia-Bewerbung die Jury überzeugen. Nicht der bessere Ort gewinnt, sondern der besser vermarktete. *Nils Aschenbeck*

Schätze am Rande geraten in den Blick

Metropolen benötigen keine Titel. Städte wie Hamburg, München oder Wien sind und bleiben auch ohne die Hilfe der Unesco erfolgreich. Dresden konnte den Titel mit dem Bau der Elbbrücke riskieren, da der Tourismus auch ohne Welterbe-Auszeichnung boomt. Und in Köln würde der Dom auch ohne offizielle Anerkennung als Welterbe besucht werden (trotzdem hat die Stadt einen den Welterbe-Titel gefährdenden Hochhausbau auf der anderen Rheinseite gestoppt). Hamburg wird sich freuen, wenn die Speicherstadt im nächsten Jahr Welterbe wird – aber das wird wenig an den Besucherzahlen ändern. Die Unesco-Auszeichnung wird in Hamburg kaum mehr sein als eine Bestätigung des hanseatischen Selbstbewusstseins.

Der Titel kann etwas bewirken

Es ergibt deshalb durchaus Sinn, wenn die Unesco nicht mehr vorrangig die großen Sehenswürdigkeiten in den Hauptstädten und Metropolen auszeichnet, sondern die unbekannten Orte am Rande. In den großen Zentren sind die wichtigen Denkmäler und Sehenswürdigkeiten längst perfekt vermarktet. Aber in abgelegenen und wenig beachteten Regionen wie dem Erzgebirge kann der Titel Orte aus einer jahrelangen Lethargie reißen. In den kleinen Orten bekommt das Welterbe eine zentrale Bedeutung, eine gestaltende Kraft.

Die seit 1994 zum Weltkulturerbe gehörende Völklinger Hütte im Saarland oder die Großsiedlungen der 1920er Jahre in Berlin sind Orte, die ohne den Status Welterbe wenig oder kaum beachtet würden. Der Titel hat alles verändert: Die Völklinger Hütte verzeichnet heute 400 000 Besucher im Jahr, eine Voraussetzung, um das historische Stahlwerk erhalten zu können. *N.A.*



Bewirbt sich auch zusammen mit Bad Kissingen: Der Kurort Karlsbad will neue Zielgruppen erreichen Bild: N. Aschenbeck

Gemeinsam profitieren

Manche Städte und Regionen bewerben sich zusammen

Um das Weltkulturerbe auf eine breitere Basis zu stellen, werden von der Unesco binationale oder multinationale Bewerbungen gerne aufgenommen. Zu den Kandidaten 2014 gehören beispielsweise die „großen Kurstädte Europas", zu denen sich Karlsbad, Franzensbad, Marienbad, Bad Luhatschowitz (alle Tschechien), Baden-Baden, Bad Ems, Bad Homburg, Wiesbaden, Bad Kissingen (alle Bundesrepublik Deutschland), Bath (England), Montecatini Terme (Italien), Spa (Belgien) und Vichy (Frankreich) zusammengeschlossen haben. Bad Kissingen kann die größte Wandelhalle Europas vorweisen, in Karlsbad punkten vor allem das enge bebaute Egertal mit den wie an einer Schnur aufgereihten gründerzeitlichen Hotelbauten sowie die historischen Trink- und Wandelhallen. Und Spa hat der modernen „Wellness" ihren überhaupt seinen Namen gegeben.

Doch vermutlich wird kein Tourist die Kurorte nacheinander abreisen, um die Idee und die Geschichte der europäischen Kur nachzuvollziehen. Allein: Jeder Kurort wird mit dem Status „Weltkulturerbe" Werbung machen. Gerade für notleidende Bäder, die wie Bad Ems Schwierigkeiten haben, in der modernen Zeit zu bestehen, ist der Erbe-Titel eine Gelegenheit, neue Zielgruppen anzusprechen.

Was geschieht jedoch mit den nicht mit aufgenommenen Bädern wie dem unterfränkischen Bad Brückenau oder das noch kleineren Bad Bocklet? Wer reist in Zukunft noch nach Bad Elster im Vogtland oder nach Bad Sülze in Vorpommern? Die kleineren Bäder müssen sich viel mehr als Karlsbad oder Baden-Baden Sorgen um ihre Zukunft machen. Es bedarf keiner großen Phantasie, um sich auszumalen, dass die Lenkung der Touristenströme zu den ohnehin bekannten Hauptbädern dazu führen wird, dass die kleineren Orte weiter verlieren. Wie beim Buchmarkt: Leser konzentrieren sich auf die Bestseller, die anderen Titel haben es jedes Jahr schwerer, überhaupt noch wahrgenommen zu werden.

Europas Kurstädte erhoffen sich viel

Im Erzgebirge haben die Planer zahlreiche Orte – Städte, Bauwerke und Landschaften – ausgewählt, um die Montanregion, die mit dem Silberabbau reich wurde, zum Weltkulturerbe zu küren. Das Erzgebirge steht bereits auf der sogenannten Tentativliste der Unesco und kann 2014 auf eine Auszeichnung hoffen. Auf deutscher wie auf tschechischer Seite ist die Liste der Orte sehr umfassend, und zukünftige Touristen werden auch in kleine, fast vergessene Orte geführt, die womöglich bald den Welterbe-Status besitzen und so dem Dornröschenschlaf entkommen.

Doch auch im Erzgebirge gibt es geschichtsträchtige Orte, die nicht auf der Liste stehen. So Johanngeorgenstadt. Der kleine Ort, dessen Bevölkerung seit 1953 von 45 000 auf unter 5000 Einwohner zurückgegangen ist, blickt auf eine dramatische Geschichte zurück. Zu DDR-Zeiten mussten die Menschen unter schrecklichen Bedingungen für die sowjetische Besatzungsmacht Uran abbauen. Dem Bergbau zuliebe wurde gar das Stadtzentrum abgerissen – nur die Kirche blieb stehen. Heute lässt ein Schaubergwerk, über dessen Eingang noch ein roter Stern prangt, die Geschichte lebendig werden. *N.A.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Politik, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil, Leserbriefe:** Harald Tews; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Wilhelm v. Gottberg, Hans-Jürgen Mahlitz.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2013: Inland 10 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 12,50 Euro, Luftpost 16,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon **(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-47
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@ preussische-allgemeine.de
anzeigen@ preussische-allgemeine.de
vertrieb@ preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **4729**

Masse statt Klasse

Zwar gibt es hierzulande immer mehr Ganztagsschulen, aber nur wenige erfüllen den gestellten Anspruch

Während sich SPD und Union im Rahmen der Koalitionsverhandlungen über den Ausbau der Ganztagsschule streiten, stellt sich die Frage, was darunter genau zu verstehen ist. Ein Blick in die Bundesländer zeigt, dass Deutschland ein Flickenteppich der verschiedensten Regelungen ist.

Rund 50 Kinder toben in dem Raum, der eigentlich nur für die Hälfte gedacht ist. Doch es regnet draußen und zwei Leiter der Nachmittagskurse sind krank, daher sammeln sich die Grundschüler nun in diesem Raum. Während einige Kinder versuchen, mit einer der beiden Aufsichtspersonen ein Gesellschaftsspiel zu spielen, versucht die andere Honorarkraft zwei Jungen zu trennen, die sich gerade wegen irgendetwas streiten. Es herrscht ein ohrenbetäubender Lärm und Konzentration ist daher nicht möglich. Das, was Außenstehende Chaos nennen würden, ist jedoch aus Sicht einiger der 16 Schulministerien hierzulande eine offene Ganztagsschule. Hauptsache, die Kinder sind irgendwie betreut, lautet offenbar das Motto, das jegliche pädagogische Langfristziele außer Acht lässt.

Doch fragt man bei den Schulministerien der 16 Bundesländer an, was sie jeweils unter dem Begriff Ganztagsschule verstehen, erhält man Presseantworten, die fast immer mit dem Satz „Bildung hat bei uns oberste Priorität“ beginnen. Und auch SPD und Union betonen dies immer wieder. Allerdings ließ die CDU im Rahmen der Koalitionsverhandlungen schon die Katze aus dem Sack, indem sie betonte, dass Ganztagsschule für sie vor allem Ganztagsbetreuung sei und nicht Ganztagsunterricht. Damit befindet sie sich mit den Landesregierungen, egal welcher politischen Couleur, auf einer Linie. So sind im Grundschulbereich 85 Prozent aller Einrichtungen sogenannte offene Ganztagsschulen. Das heißt, dass die Teilnahme daran nicht verpflichtend ist. Alles andere ist Auslegungssache. Denn die Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder gibt keinerlei einheitliche Richtlinien vor. Welche Konzepte man anwendet, welche Qualitätsstandards man wünscht und in welchem zeitlichen Umfang die Betreuung stattfindet, all das wird vor Ort entschieden. Und das heißt zumeist buchstäblich vor Ort, nämlich in der jeweiligen Schule selbst, denn die Rahmenvorgaben aus den jeweiligen Landeshauptstädten sind überwiegend knapp gehalten. Einige geben vor, dass die offene Ganztagsschule sieben Stunden pro Schultag umfassen soll, andere hingegen wollen an drei, manche an vier Tagen eine Schulzeit von 8 bis 16 Uhr. Manche Kultusminister wünschen, dass ein gewisser Anteil der Mitarbeiter aus pädagogischem Personal, also Lehrern oder Erziehern, besteht, andere machen keinerlei Vorgaben.

Für die Eltern ist ein derartiges Durcheinander nur schwer zu durchschauen. Vor allem ist es angesichts des Umstandes, dass die Politik um das Thema Vereinbarkeit von Beruf und Familie ein großes Aufheben macht und seit August der Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz besteht, äußerst irritierend, dass die Betreuung von Schulkindern rein zeitlich gesehen deutlich schlechter geregelt ist. Hierfür wird der Umstand verantwortlich gemacht, dass Bildung laut Grundgesetz Ländersache ist und der Bund sich hier nicht einmischen darf. Beim Ausbau der Krippenplätze, die zum Bereich der Jugendhilfe zählen, wird das sogenannte Kooperationsverbot nicht so eng gesehen. Wenn der Bund also, so wie es jetzt bei den Koalitionsverhandlungen Thema ist, den Ausbau der Ganztagsschulen vorschreiben will, dann bedarf es einer Grundgesetzänderung. Diese wiederum muss nicht nur vom Bundestag, sondern auch vom Bundesrat genehmigt werden. Und auch wenn die Länder gern Geld vom Bund nehmen, so wollen sie sich doch von diesem nicht zugleich Vorgaben machen lassen.

Billige Honorarkräfte statt Lehrer und Erzieher

Ilka Hoffmann, Vorstandsmitglied der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, kennt die Probleme nur zu gut. Die Schule, so Hoffmann gegenüber der *PAZ*, sei nicht an den Bedarf der Gesellschaft angepasst worden. Sie hinke finanziell wie strukturell den gesellschaftlichen Entwicklungen hinterher. Die Ausstattung der Ganztagsschulen hänge zudem in erster Linie von der Kassenlage der Länder ab – und die ist häufig durchwachsen bis schlecht.

Durchwachsen bis schlecht sei auch immer häufiger der Bildungsstand ihrer Bewerber, klagen Unternehmen quer durchs ganze Land. So mancher Hauptschulabgänger beherrsche nicht einmal die Grundrechenarten, heißt es voller Unverständnis. Und so hat der Verband der Bayerischen Wirtschaft (VBW), in dem bayerische Unternehmen mit rund 4,4 Millionen Beschäftigten organisiert sind, den Aktionsrat Bildung beauftragt, sich in einer Untersuchung mit dem Thema Ganztagsschule zu befassen. Motiv für den Auftrag ist, dass Facharbeiter aufgrund der demografischen Entwicklung in Zukunft immer schwieriger zu finden sein werden und daher die Arbeitskräfte, die vorhanden sind, so gut wie möglich ausgebildet sein müssen. Eine für alle verpflichtende rhythmisierende Ganztagsschule soll hierbei helfen. Diese sieht eine Mischung aus Unterricht und Freizeitangebot vor, die sich aber über den ganzen Tag verteilt. Lernen und Spielen sollen sich abwechseln, so die Theorie, laut der die Aufnahmefähigkeit der Kinder so verbessert wird.

Derzeit haben beispielsweise Grundschulkinder überwiegend bis Mittag Unterricht, der von einem Lehrer abgehalten wird, dann geht ein Teil nach Hause, während der andere überwiegend von Honorarkräften, die im Durchschnitt zehn Euro die Stunde erhalten, manchmal aber auch von Erziehern, betreut wird. Von Hausaufgabenhilfe über Musikunterricht hin zu Sport reicht das Angebot, was manchmal auch von Sportvereinen oder Musikschulen mit organisiert wird, doch da es nichts kosten soll, finden die Kurse viel zu oft ohne Fachkraft und Konzept statt. Dass auf diese Weise die Bildung, aber auch die Integration von Zuwandererkindern optimiert wird – wie es das offizielle Ziel vorsieht –, ist zu bezweifeln. *Rebecca Bellano*



Zeit fürs Basteln: Pädagogische Konzepte finden nur selten Anwendung Bild: pa

MELDUNGEN

»Linke« wirbt für Lohnverzicht

Berlin – Die neue Parlamentarische Geschäftsführerin der Partei „Die Linke“, Petra Sitte, versucht bei den eigenen Mitarbeitern der Fraktion ein „solidarisches Arbeitsmodell“ durchzudrücken. Da die Partei wegen ihres schlechten Abschneidens bei der Bundestagswahl zwölf Abgeordnete weniger hat, einige von deren Mitarbeitern aber wegen ihres Fachwissens weiter beschäftigt werden sollen, ist das Geld zu knapp. Daher schlägt Sitte vor, dass die Angestellten entweder freiwilligen Lohnverzicht üben oder offiziell Teilzeit arbeiten, obgleich die Arbeit als einzige Oppositionspartei neben den Grünen im Falle einer Großen Koalition nicht weniger werden dürfte. Der „Spiegel“ schreibt hierzu: „Angesichts klammer Kassen verhalten sich die Arbeiterführer mithin wie böse Kapitalisten.“ *Bel*

Haft wegen Sexualkunde

Geseke – Erneut sind zwei Mitglieder der Evangeliumschristen-Baptistengemeinde Geseke in Erzwingungshaft genommen worden. Die Väter hatten ihre Söhne nicht am Sexualkundeunterricht teilnehmen lassen und auch die Zahlung des darauf folgenden Bußgeldbescheides in Höhe von 160 Euro verweigert. Schon vor einigen Jahren saßen Mitglieder der Gemeinde in Justizvollzugsanstalten, weil sie die Teilnahme ihrer Kinder an einem Theaterstück verweigert hatten. Hierbei handelte es sich um ein Stück zum Thema Kindesmissbrauch mit dem Titel "Mein Körper gehört mir". Reaktionen im Internet auf die Verhaftung zeigen, dass vor allem der Umstand verärgert, dass hier mit zweierlei Maß gemessen wird, denn gegen türkische Väter, deren Kinder vom Sexualkunde- oder Schwimmunterricht ferngehalten werden, würden die Behörden deutlich weniger entschieden vorgehen. *Bel*

»Frauen nach vorn«

Mainz will mehr weibliche Kommunalpolitiker

Derzeit grübeln viele Wahlvorstände in Rheinland-Pfalz darüber, wie sie die im April beschlossene neue Regelung bei der Kommunalwahl im Mai 2014 umsetzen sollen. Auf Drängen der Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) und ihrer Stellvertreterin Eveline Lemke (Grüne) wurde im Landtag beschlossen, dass künftig auf jedem Stimmzettel der Satz „Männer und Frauen sind laut Verfassung gleichberechtigt“ steht. Zudem soll auch vermerkt werden, wie viele Frauen im jeweiligen Kommunalparlament sitzen und wie viele weibliche Kandidaten zur Wahl stehen. „Wählt Frauen nach vorn!“, so lautet das Motto der rot-grünen Landesregierung, die hierfür Zustimmung aus Baden-Württemberg und Niedersachsen erhält, wo ebenfalls Rot-Grün regiert.

Gleichberechtigung über den Stimmzettel

Doch abgesehen vom bürokratischen Aufwand, der mit der neuen Regelung verbunden ist, streiten Verfassungsrechtler darüber, ob es sich hier nicht um Wählerbeeinflussung handele. So könnten einige Wähler die Hinweise auf dem Stimmzettel als Aufforderung betrachten, Frauen zu wählen, unabhängig davon, ob diese der gewünschten Partei angehören oder ob sie qualifiziert sind. Auch könnten Parteien mit geringem Frauenanteil nach einem Stimmverlust die Wahl anfechten. Desweiteren wäre es möglich, dass andere Bevölkerungsgruppen wie Immigranten oder Behinderte auch für sich eine Sonderregelung einfordern.

Doch Dreyer und Lemke lassen sich von derartigen Bedenken nicht beirren. Zudem ist die jetzige Regelung schon die abgeschwächte Form. Eigentlich war angedacht gewesen, nur Parteien zur Wahl zuzulassen, die eine vorgegebene Frauenquote erfüllten. Doch diesen Plan verhinderten Verfassungsrechtler erfolgreich.

Darüber, woher die Parteien in den Kommunen die Kandidatinnen nehmen sollen, schweigt sich die Landesregierung jedoch aus. Dass Frauen keine Lust auf Kommunalpolitik haben könnten, kommt in Dreyers und Lemkes Vorstellung nicht vor. Für sie kann nur Diskriminierung der Grund dafür sein, dass der Frauenanteil in den Kommunalparlamenten nur bei 17 Prozent liegt. *Bel*

Verstromen statt Endmülllager?

Berliner Forscher überlegen, wie Kernkraft wieder salonfähig werden könnte

Aus der Kernkraft sind wir ausgestiegen, nicht aber aus deren Kernproblem: Wohin mit der strahlenden Hinterlassenschaft unserer Atomreaktoren? Für Millionen Jahre einlagern? Aufarbeiten und wiederverwerten? Oder einfach ins Weltall schießen?

Die Diskussion scheint festgefahren, seit im Rahmen der sogenannten Energiewende die Suche nach einem sicheren Endlager wieder quasi bei Null begonnen hat. Eine überzeugende Lösung ist – da sind sich Gegner und Befürworter der Kernenergie ausnahmsweise einmal völlig einig – unverzichtbar, leider aber in weiter Ferne. Bis dahin aber wird es zumindest in Deutschland keine öffentliche und erst recht keine veröffentlichte Akzeptanz für Atomstrom geben.

Ein neuer Reaktortyp macht aus Müll elektrische Energie

Das könnte sich ändern, wenn es nach den Plänen des Berliner Instituts für Festkörper-Physik (IFK) geht. Sie haben einen Kernreaktor entwickelt, der in der Lage sein soll, hochradioaktive abgebrannte Brennelemente aus konventionellen Atomkraftwerken erneut als Brennstoff zu verwenden und zum großen Teil in elektrischen Strom umzuwandeln. Nur noch ein geringer Teil bliebe letztlich als Atommüll übrig, der sicher endgelagert werden muss.

Steckdose statt Gorleben – eine auf den ersten Blick bestechende Alternative. Sollte das Konzept funktionieren, wären wir auf einen Schlag fast alle Endlagerungsprobleme los. Und mehr noch: Wir hätten genügend Brennstoff zur Verfügung, um den steigenden Energiehunger der Menschheit auf Jahrzehnte zu stillen.

Der vom Berliner IFK konzipierte Flüssigsalzreaktor stützt sich auf eine Idee, die Leslie Dewan und Mark Massie, zwei Doktoranden des US-amerikanischen Massachusetts Institut of Technology (MIT), vor zwei Jahren öffentlich präsentierten: Radioaktive Abfälle sollen in Salz eingeschmolzen und als kugelförmige Reaktor-Brennelemente eingesetzt werden. Dieser Vorgang soll so lange wiederholt werden, wie sich im Abbrand noch nennenswertes Energiepotenzial in Form radioaktiver Spaltprodukte findet. Steuerung und Moderation der Neutronen, welche die nukleare Kettenreaktion in Gang halten, orientieren sich an Erfahrungen mit Brutreaktoren (zum Beispiel Kalkar, SNR-300).

Mit Tricks von der Preisverleihung ausgeschlossen

Im Vergleich mit konventionellen Leichtwasserreaktoren schneidet dieses Konzept laut Dewan hervorragend ab. Statt der üblichen 20 Tonnen Strahlenabfall pro Jahr erzeuge ein vergleichbar leistungsstarker Flüssigsalzreaktor nur wenige Kilogramm Atommüll, rechnete die inzwischen promovierte Wissenschaftlerin vor zwei Jahren vor. Und weiter: Würden die 270 000 Tonnen Atommüll, die jährlich weltweit in Kernkraftwerken anfallen, recycelt statt end- oder zwischengelagert, könnte damit der Weltenergiebedarf für sieben Jahrzehnte gedeckt werden.

Diese Idee, die auf damals noch erfolglosen US-amerikanischen Vorarbeiten in den 60er Jahren basieren, griff das Berliner Institut auf und wollte seine Ergebnisse im Sommer auf der Preisverleihungs-Gala der „GreenTec Awards“ präsentieren. Bei einer Online-Umfrage der Veranstalter (Schirmherr: Bundesumweltminister Peter Altmaier) war die Neuerung, die sich nun "Dual-Fluid-Reaktor" (DFR) nennt, sogar für einen der begehrten Preise nominiert worden. Dennoch wurde das IFK von der Teilnahme ausgeschlossen, woran auch ein juristisches Hickhack vor dem Berliner Kammergericht nichts ändern konnte – offenbar darf im Lande der Energiewende alles, was positiv mit Atomkraft zu tun hat, nicht öffentlich in Erscheinung treten.

Natürlich ist die Kritik am DFR zum Teil sachlich berechtigt: Sicherheitsprobleme sind angesichts hoher Materialbelastung noch weitgehend ungelöst; auch steht ein Praxistest noch aus, und ob die Kosten wirklich niedriger sein werden, kann durchaus bezweifelt werden. Immerhin aber versucht das Berliner Institut, deutsche Kernforschung und -technologie, einst weltweit in der Spitzengruppe, angesichts einer globalen Renaissance der Kernkraft im Geschäft zu halten. Die deutsche Politik scheint daran kein Interesse zu haben. Ausstieg aus dem Ausstieg – das darf nicht einmal gedacht werden. *H.J.M.*

MELDUNGEN

Taiwan immer isolierter

Taipeh – Die Republik Taiwan, auf deren Territorium die Volksrepublik China Anspruch erhebt, sieht sich einer wachsenden Isolation auf dem internationalen Parkett gegenüber. Der bisherige Verbündete Gambia brach jetzt die diplomatischen Beziehungen ab. Taiwans Ministerpräsident Jiang Yihuah sprach von einem großen Schock, denn jetzt erkennen nur noch 22 Staaten, darunter als Hauptverbündeter die USA, Taiwan als selbstständigen Staat an. In der Regel, so vermuten taiwanesische Politiker, sind Geldflüsse aus Peking die Ursache. Meist beginnt die Abwerbung mit der Gründung einer Handels- und Kulturvertretung, so etwa jüngst in Sao Tomé und Principe in der Karibik. *J.F.*

Stillstand nach Abschiebungen

Riad – Drastische Auswirkungen zeigt das in Saudi-Arabien gestartete Programm zur Abschiebung von Arbeitsmigranten, die keine Aufenthaltsgenehmigung haben. Nachdem allein in einer Woche in sieben Provinzen des wahabitischen Königreichs mehr als 16000 illegale Arbeiter verhaftet worden sind, sind Streiks aufgeflammt. In der Hafenstadt Dschidda legten tausende ausländische Taxifahrer ihre Arbeit nieder, Mekka war von einem Streik von 6000 Straßenreinigern aus Bangladesch betroffen, deren Aufenthaltsgenehmigungen nicht erneuert worden sind. In eine handfeste Krise ist Saudi-Arabiens Bauindustrie geraten. Aus Angst, abgeschoben zu werden, erscheinen viele ausländische Arbeiter nicht mehr auf den Baustellen, sondern tauchen erst einmal ab. Als Folge der Abschiebungen sind in einigen Branchen der saudischen Wirtschaft inzwischen die Lohnkosten in kurzer Zeit um bis zu 30 Prozent gestiegen. *N.H.*

Ungarn wie einst Österreich gemobbt

Regierungschef Viktor Orbán gilt als undemokratisch, dabei ist er vor allem unkonventionell

Mit unkonventionellen Mitteln bricht der nationalkonservative Regierungschef Viktor Orbán postkommunistisch-oligarchische Strukturen auf und reformiert das von den Sozialisten an den Rand des wirtschaftlichen Kollapses geführte Land. Hierbei macht er sich viele Feinde, vor allem im Westen.

Ungarn ist in den Augen Gordon Bajnais, Chef der linken Plattform „Gemeinsam“ (Együtt), „kein normaler prosperierender europäischer Staat“. An dieser Feststellung ist kaum etwas auszusetzen. Bajnai hätte nur auch dazu sagen sollen, dass er als Minister im Kabinett des Sozialisten Ferenc Gyurcsány (Ministerpräsident von 2004 bis 2009) am wirtschaftlichen Niedergang seines nach dem kommunistischen Systemkollaps einen Spitzenplatz unter allen vormaligen Ostblock-Staaten einnehmenden Landes kräftig mitgewirkt hat. Und obwohl er als Kurzzeit-Regierungschef (2009–2010) erste Reformschritte einzuleiten versuchte, konnte Ungarns Staatsbankrott nur durch einen von ihm aufgenommenen Milliardenkredit des Internationalen Währungsfonds (IWF) verhindert werden. Diesen Kredit hat Bajnais Nachfolger Viktor Orbán nicht nur nicht verlängert, weil er für sein Land die IWF-Bedingungen nicht akzeptierte; er ist nahezu zurückgezahlt. Unter Orbán, der das Land, gestützt auf eine parlamentarische Zweidrittelmehrheit, seit 2010 regiert, hat sich Ungarns Staatsverschuldung von 82 auf unter 80 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) verringert. Ebenso wie das Aufbrechen postkommunistisch-oligarchischer Strukturen, Teil derer Bajnai und Gyurcsány sind, war dies nur mit nach EU-Maßstäben reichlich unkonventionellen Mitteln möglich.

Was Bajnai als „Machthunger“ Orbáns bezeichnet, dem er vorwirft, „demokratische Kernwerte“ aufgegeben zu haben, ist im Lande selbst und außerhalb wohlfeil. Gegen Orbáns Ungarn wettern die meisten Medien sowie politisch korrekte Politiker. Längst sind es nicht mehr nur Sozialdemokraten, Liberale und Grüne; auch Unionspolitiker stimmen ein, selbst die deutsche Kanzlerin: Ungarn müsse „dort, wo Gesetze oder Verfassungsänderungen nicht im Einklang mit EU-Verträgen stehen, Veränderungen vornehmen“. Wie andere EU-Choristen kennt Merkel offenbar nicht den Befund des Verfassungsrechtlers und ehemaligen CDU-Ministers Rupert Scholz. Dieser bezeichnete die Verfassung als „nach objektiven Kriterien eine moderne, in vielen Punkten sogar vorbildliche“.

Fidesz, Orbáns Partei, ist Mitglied der Europäischen Volkspartei (EVP), zu der auch CDU und CSU gehören. Orbán aber ist vor allem ein ungarischer Patriot, kein „netter Junge“, wie er betont: Die Wähler hätten ihn „nicht beauftragt, Mainstream-Politik zu betreiben“, er müsse „Ungarn mit den schwierigsten Fragen konfrontieren und für diese Lösungen anbieten“. Doch mit Vaterlandsliebe eckt man an. Dass er sich mit Martin Schulz (SPD) im EU-Parlament Wortgefechte liefert, spricht eher für den Ungarn. Dass allerdings auch Justizkommissarin Viviane Reding aus der EVP-Familie Artikel 7 des EU-Vertrags ins Spiel bringt, ist ernst zu nehmen. Demgemäß kann ein Mitgliedsland mit Sanktionen bis zum Stimmrechtsentzug belegt werden, wenn es „gegen demokratische Grundsätze verstößt“. Das erinnert fatal an das Vorgehen gegen die „falsche“ Wahl in Österreich anno 2000.

Postkommunisten und Oligarchen sind wenig erfreut

Orbán werden diktatorische Züge angedichtet. Er gängle die Medien, behaupten seine Kritiker. Doch dass ein Umbau der von ausländischen Verlagshäusern und hoch verschuldeten „Staatssendern“ dominierten ungarischen Medienlandschaft vonnöten ist, können nicht einmal die Sozialisten ernstlich bestreiten.

Was macht ihn noch verdächtig? Dass in der Verfassungspräambel die „Heilige Krone“ Stephans I. als Symbol der Wahrung der historischen Kontinuität der Nation verehrt und der „Segen Gottes“ für deren Gedeih erfleht wird? Ungarn gehört damit zu jenen wenigen Ländern in Europa, die einen Gottesbezug in der Verfassung haben – der übrigens wörtlich aus seiner Nationalhymne entlehnt ist. Auch das „Nationale Glaubensbekenntnis“ ist keineswegs „antieuropäisch“, sondern betont – fern jedweden territorialen Verlangens – die Verantwortung für die etwa 3,5 Millionen Magyaren außerhalb der Landesgrenzen: „Die Nation muss – im kulturellen und geistigen Sinne – über Grenzen hinweg vereint werden, nicht durch die Bewegung von Grenzen“, pflegt Orbán zu entgegnen. Das Bekenntnis zur Familie sorgt für Unmut, weil die neue Verfassung die Gleichstellung der Ehe mit gleichgeschlechtlichen Gemeinschaften ausschließt. Dass die Verfassung ohne Volksabstimmung in Kraft gesetzt wurde, hat sie mit dem deutschen Grundgesetz oder der US-Verfassung gemein. Dass das ungarische wie andere Verfassungsgerichte nicht über ähnliche Kompetenzen wie jenes in Karlsruhe verfügen, ist in Europa nicht ungewöhnlich; Großbritannien und Schweden haben gar kein Verfassungsgericht. Und in Österreich wurde der Verfassungsgerichtshof oft genug durch SPÖ-ÖVP-Gesetze im Verfassungsrang ausgehebelt – ohne dass Brüssel daran Anstoß genommen hätte.

Die Orbán-Beschimpfung wird weitergehen. Derweil lässt sich die Autoindustrie weiter von Fakten leiten statt von Vorurteilen: Audi betreibt in Gyor das weltgrößte Pkw-Motorenwerk. Mercedes begann 2012 mit der Produktion seiner B-Klasse in Kecskemét, in diesem Jahr ist das neue Coupé CLA dazugekommen. Und aus Szentgotthárd sollen von 2014 an 600000 statt wie bisher 300000 Opel-Motoren jährlich kommen. Erstmals wächst die Wirtschaftsleistung Ungarns wieder, und das Haushaltsdefizit wird schon im zweiten Jahr weit unter den drei Prozent nach Maastricht gehalten. Anderen EU-Staaten, in Sonderheit jenen der maroden Südschiene, geht das ab. *Rainer Liesing*



Gibt sich patriotisch: Auch das macht Orbán in den Augen vieler Gegner verdächtig *Bild: action press*

Putin will Ruhe

Russlands Präsident weist Schirinowskij in die Schranken

Es wird weder eine Verschärfung des Einwanderungsgesetzes noch eine Visapflicht für Bewohner der zentralasiatischen GUS-Staaten geben und Immigranten werden auch nicht ausgewiesen werden. Unmissverständlich machte Wladimir Putin dem Chef der Liberaldemokratischen Partei Wladimir Schirinowskij bei einem Treffen vor wenigen Tagen klar, dass er das von diesem geforderte härtere Vorgehen gegen Ausländer ablehnt. Dabei hatte Schirinowskij mit seiner Forderung der Mehrheit der Russen aus dem Herzen gesprochen, denn drei Viertel von ihnen sind gegen den unkontrollierten Zuzug von Ausländern, sie befürchten steigende Kriminalität und Überfremdung.

Dass die Immigrationspolitik ein heißes Eisen ist, das Präsident und Regierung auch in Zukunft beschäftigen wird, beweisen die widersprüchlichen Aussagen Putins. Vor einem Monat noch hatte er gegenüber Vertretern von „Einiges Russland“ geäußert, die Gesetze müssten verschärft werden. Heute erklärt er die Diskussion darüber für beendet. Stattdessen müsse die Einwanderung sogar vereinfacht werden, damit qualifizierte Menschen, welche die russische Wirtschaft dringend benötige, angelockt würden. Ausländische Fachkräfte fehlten vor allem auf Baustellen, würden aber auch in anderen Bereichen benötigt.

Von den Zuwanderern müsse man im Gegenzug erwarten, dass sie russisch sprechen, Russland als ihre Heimat ansehen und die Gesetze, Kultur und Bräuche des Landes achten. Die bestehenden Gesetze böten genügend Möglichkeiten zur Wahrung der Ordnung.

Einsatz neuer Überwachungstechnik gegen Illegale

Dies sehen Kritiker anders. Zwar sieht das Gesetz Strafen für illegale Zuwanderung vor, allerdings reisen Bewohner aus GUS-Staaten mit alten sowjetischen Inlandspässen ein, was eine nahtlose Kontrolle unmöglich macht. Darüber hinaus unterliegen russische Unternehmen einer Quotenregelung für ausländische Beschäftigte. Schätzungen zufolge leben in Russland zehn bis zwölf Millionen Immigranten, die Gesamtquote für 2014 beträgt aber nur 1,6 Millionen Stellen für Ausländer. Es heißt, die Arbeitsplätze sollten für Einheimische freigehalten werden. Aber was macht ein Unternehmer, wenn es nicht genügend russische Arbeitswillige gibt? Er beschäftigt Illegale zu Billiglöhnen. Laut offizieller Statistik hatte Russland im September 944455 Arbeitslose. Zur gleichen Zeit waren über 1,7 Millionen freie Stellen ausgeschrieben. Dabei erfasst die Statistik nur diejenigen, die bei den Arbeitsämtern gemeldet sind. Der Wegzug qualifizierter Russen ins Ausland verschärft den Mangel an Arbeitskräften noch.

Wladimir Putin lehnt auch deshalb Visa für Angehörige ehemaliger Sowjetrepubliken ab, weil er befürchtet, sie damit zu brüskieren und Einfluss in den betroffenen GUS-Staaten zu verlieren. Er will eine Regelung einführen, nach der ab 2015 Mittelasiaten nur noch mit Auslandspässen nach Russland einreisen können.

Um der Furcht der Bevölkerung vor wachsender Kriminalität und Überfremdung gerecht zu werden, lässt Putin den Einsatz neuer Überwachungstechniken für den staatlichen Migrationsdienst prüfen. Eine Expertengruppe hat dem Präsidenten kürzlich neuartige Videokameras vorgestellt, die alle Einreisenden bereits an der Grenze aufnehmen und anhand des Fotos innerhalb von Sekunden ihre Identität und ihren Migrationsstatus bestimmen können. Damit ausgestattet, könnte der Migrationsdienst illegale schneller aufgreifen. *Manuela Rosenthal-Kappi*

Islamisierung schreitet voran

Erdogan hofft, mit dem Koran Mehrheit der Türken hinter sich zu einen

Fast 70 Jahre nach Gründung der modernen Türkei im Jahr 1924 wirft der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan Stück für Stück das Erbe des Staatsgründers Kemal Atatürk über Bord. Vor allem in den letzten Wochen hat die Islamisierung der Türkei weg von Atatürks Ideal der Trennung von Staat und Religion nochmals Fahrt aufgenommen. Inzwischen wurde das Kopftuchverbot im Staatsdienst aufgehoben. Allerdings nicht nur das allein. Drei weibliche Abgeordnete der AKP sind mittlerweile mit Kopftuch im türkischen Parlament erschienen. Ein Schritt mit starker Symbolkraft: Noch Ende der 1990er Jahre war eine islamistische Abgeordnete nach einem Versuch, mit Kopftuch ins türkische Parlament zu gelangen, sogar ausgebürgert worden.

Das nächste Projekt Erdogans bei seiner Islamisierungspolitik ist bereits klar zu erkennen. In die Schulen und Universitäten sollen stärker islamische Moralvorstellungen Einzug halten. „Wer weiß, was dort alles vor sich geht“, so Erdogan unlängst mit Blick auf das Zusammenleben von Studenten in Wohnheimen und Wohngemeinschaften. Um zu verhindern, dass unverheiratete junge Frauen und Männer unter einem Dach zusammenleben, droht Erdogan sogar damit, private Wohnungen kontrollieren lassen.

Die säkulare Oppositionspartei CHP fürchtet inzwischen, dass Erdogans Gepolter nur der Auftakt für ein größeres Vorhaben ist: die Wiedereinführung der Geschlechtertrennung an türkischen Schulen und Universitäten. Ein Gymnasium in Isparta im Westen der Türkei hat bereits für Jungen und Mädchen getrennte Zeiten in der Schulkantine eingeführt. Dass Erdogan jetzt noch mehr als sonst mit provozierenden Aussagen für Schlagzeilen sorgt und seine Islamisierungsversuche verstärkt, hat gute Gründe. Erdogan fürchtet seit den Protesten um den Istanbuler Gezi-Park um seine Macht. Der forcierte Islamisierungskurs ist der Versuch, die Mehrheit der Türken hinter sich sammeln. Mit dieser Taktik mobilisiert er aber auch Gegenkräfte. Vor allem im ländlichen Raum mag die Islamisierung zwar eine Trumpfkarte sein, laizistisch orientierte Bevölkerungsteile wie das Militär oder Intellektuelle in den Großstädten sehen im Kopftuchgebot oder Alkoholverbot aber immer stärker einen Angriff auf ihre Freiheit.

Naht Wiedereinführung der Geschlechtertrennung?

Gespalten ist inzwischen auch die Regierungspartei AKP, in der ein Machtkampf zwischen konservativen Kräften um Erdogan und seinen eher westlich orientierten Gegnern tobt. Aktuell sorgt vor allem ein Streit zwischen Erdogan und seinem Stellvertreter als Premier, Bülent Arinç, für Schlagzeilen. Arinç, der auch Regierungssprecher ist, hatte versucht, Erdogans Äußerung über Studentenwohnungen und das unerwünschte Zusammenleben von Frauen und Männern als Falschmeldungen der Medien darzustellen. Statt diesen Entlastungsversuch Arinç zu honorieren, führte Erdogan seinen Vize in der Öffentlichkeit regelrecht vor. Erdogan bekräftigte, dass er von den Medien korrekt wiedergegeben worden sei. Arinç hatte schon mehrfach versucht, verbale Ausrutscher Erdogans wieder glattzubügeln und anschließend dafür Undank geerntet. Sollte er nach der neuerlichen Demütigung zurücktreten, dann wäre das mit Blick auf das Wahljahr 2014 ein großer Image-Schaden für Erdogan und die AKP, denn Arinç wird dem Netzwerk des einflussreichen Predigers Fethullah Gülen zugerechnet. *N.H.*

Spaniens Potemkinscher Aufschwung

Im Irrlicht der schönen Zahlen: Lage von Staat und Banken vermutlich dramatischer als behauptet

Ein kleines Wirtschaftswachstum in Spanien und die Tatsache, dass Madrid neben Dublin nun verkündet, keine Hilfe mehr vom Euro-Rettungsschirm zu benötigen, sollen belegen, dass es dem Land wirtschaftlich besser geht. Doch selbst Brüssel ist misstrauisch.

Dass momentan überhaupt der Eindruck erweckt werden kann, Spaniens Lage habe sich wesentlich gebessert, hat einerseits damit zu tun, dass die EZB mit einer Flut billigen Geldes sowohl den Staat als auch den Bankensektor über Wasser hält. Die andere Zutat der spanischen „Erfolgsgeschichte“ sind die Bilanzierungskünste auf der iberischen Halbinsel. Auch wenn dies nicht an die große Glocke gehängt wird, in Brüssel sind längst die Versuche angelaufen, um herauszubekommen, welche reale Dimension der spanische Schuldenberg jenseits der Madrider Statistik hat.

Bereits im September waren Vertreter der EU-Statistikbehörde Eurostat in Spanien, um sich Fragen zur Datenerhebung für das Haushaltsdefizit beantworten zu lassen. Gemessen an den Brüsseler Sprachregelungen kann der sogenannte Ad-hoc-Besuch als massiver Misstrauensbeweis gegenüber Madrid gewertet werden. Zweifel scheint es vor allem zu geben, ob alle Schulden der unteren staatlichen Ebenen weitergemeldet werden. Hintergrund des Misstrauens ist das altbekannte Phänomen der „Rechnungen in der Schublade“. Kommunen oder Behörden sitzen auf einem Berg offener Lieferantenrechnungen, deren Bezahlung über Jahre aufgeschoben wird. Vor allem Katalonien, das mit Madrid ohnehin über Kreuz liegt, soll auf beachtlichen Schuldenbergen sitzen.

Doch selbst die offiziell bekannten Zahlen liefern ein schockierendes Bild von der Zahlungsfähigkeit des Königsreichs. Allein für Lieferungen aus dem Jahr 2011 ist Madrid Unternehmen noch 6,5 Milliarden Euro schuldig. Bis Ende Mai dieses Jahres sollen weitere 14 Milliarden Euro dazugekommen sein, so die Zeitung „Cinco Dias“. Der aktuelle Schuldenstand dürfte Thema beim Besuch der EU-Vertreter in Madrid gewesen sein.

Der Staat schuldet seinen Lieferanten Milliarden

Deren Erkenntnisse waren derart ernüchternd, dass der anfänglich für die Öffentlichkeit freigegebene Eurostat-Bericht zu Spanien schon nach kurzer Zeit nicht mehr im Internet einsehbar war. Die offizielle Erklärung für den Rückzieher lautete: Vertreter Spaniens hätten sich darüber beschwert, dass der Bericht „generalisierende Formulierungen“ enthalten habe. De facto scheint es damit ein Vetorecht bei Eurostat zu geben – zumindest für Spanien.



Reformwille erlahmt: Nach Streiks der Madrider Müllabfuhr wurden Einsparungen bei den Beschäftigten erst einmal zurückgenommen
Bild: action press

Nicht viel besser als ums Haushaltsdefizit scheint es um die Aussagekraft der spanischen Bankbilanzen zu stehen. Angesichts dessen, dass Spanien inzwischen mit 26 Prozent nach Griechenland die zweithöchste Arbeitslosenquote in der Euro-Zone hat, sind die von den Banken ausgewiesenen Kreditausfälle verdächtig niedrig. Des Rätsels Lösung: Billiges EZB-Geld hat es Spaniens Banken ermöglicht, große Mengen an eigentlich nicht mehr bedienten Krediten von Hausbesitzern und Unternehmen einfach weiter zu refinanzieren. Hunderttausende Spanier, die ihre Hypotheken nicht mehr bedient hatten, konnten so ihre Häuser und Firmen länger zu behalten. Auch Spaniens Banken haben von der Trickserei profitiert, indem gigantische Risiken in den Bilanzen verschleiert wurden.

Verschleierung von Kreditausfällen mit billigem EZB-Geld

Fast 28 Milliarden Euro mehr Eigenkapital können Spaniens Banken bei dem geplanten EZB-Stresstest ausweisen, wenn Madrid mit einem anderen Bilanztrick durchkommt. Obwohl die Basel-III-Regelungen dies ab 2014 ausschließen, sollen im Falle Spaniens die Banken künftige Steuergutschriften als sicheres Eigenkapitalpolster ausweisen dürfen. Voraussetzung dafür, dass solcherart Insolvenzverschleppung weitergehen kann, ist die Politik des billigen Geldes der EZB.

Wie das Spiel für Spaniens Banken und damit auch die Illusion vom spanischen Aufschwung weitergeht, entscheidet sich nicht zuletzt bei den aktuellen Verhandlungen über den EU-Bankenrettungsfonds. Von EU-Kommissar Michel Barnier liegt ein Plan vor, der es in sich hat. Offiziell sollen künftig die Banken selbst für die Bankenrettung aufkommen. Schaut man genauer hin, was konkret geplant ist, dann scheint es allerdings wieder einmal der Steuerzahler zu sein, der die Rechnung vorgelegt bekommt. Bis Europas Banken in zehn Jahren ihren eigenen Rettungsfonds aufgefüllt haben, soll für Bankensanierungen erst einmal der Euro-Fonds ESM einspringen, so Barniers Vorschlag. Der Haken dabei: Die Masse der kostspieligen Banksanierungen – etwa in Spanien – wird schon in den nächsten zwei, drei Jahren auf der Tagesordnung stehen. Die nötigen Finanzspritzen würden nach Barniers Plan damit zwangsläufig über den ESM laufen – Deutschlands Steuerzahler wären mit dem größten Anteil wieder mal am Haken.

Norman Hanert

MELDUNGEN

Fed beglückt indische Börse

Neu Delhi – Derzeit eilt die indische Börse von einem Rekordhoch zum nächsten. Inzwischen liegt der dortige Leitindex Sensex bei 21000 Punkten, 2003 waren es noch 4800. Der jetzige Rekord ist insoweit erstaunlich, als die Entwicklung an der indischen Börse noch vor drei Monaten weltweit mit Sorge betrachtet worden war, da alle Werte absackten. Grund hierfür war die Aussage der US-Notenbank Fed, sich möglicherweise von der Politik des billigen Geldes zu verabschieden, woraufhin Investoren Geld aus Indiens abzogen. Doch die Fed machte ihre Drohung nicht wahr und jetzt fließt das Geld zurück, obwohl Indien Inflation bei über zehn Prozent liegt, das Wirtschaftswachstum in diesem Jahr vergleichsweise mickrige vier Prozent erreicht und ein Reformstau die Zukunft gefährdet. Nur der neue Zentralbankchef, der renommierte Ökonom Raghuram Rajan, lässt auf Besserung hoffen. *Bel*

Pleitewelle geht weiter

Hamburg – Beim Branchentreff „Hansa-Forum Schiffsfinanzierung“ mit über 550 Schifffahrtsexperten wurde offenbar, dass mit weiteren Insolvenzen bei Schiffsfonds zu rechnen ist. Ein Ende der Krise wird nicht vor 2016 erwartet. *Bel*

Mehr Schutz für geistiges Eigentum

London – Nach einer Untersuchung der internationalen Anwaltsfirma Taylor Wessing führen Großbritannien und Deutschland beim Schutz von geistigem Eigentum. Schlusslicht sei Indien. Aber auch der Stadtstaat Singapur und Brasilien rangieren auf den hinteren Plätzen. Reformbedarf, so die Kanzlei, bestehe fast überall. Die Studie hat die Rechtslage in 36 Ländern untersucht. *J.F.*

Gleich doppelt geschlachtet

Max Bahr: Erst Praktiker, jetzt Royal Bank auf Scotland

Nach den Praktiker-Baumärkten scheint nun auch die Tochtergesellschaft Max Bahr vor dem Aus zu stehen. Die Gespräche des Insolvenzverwalters mit einem Bieterkonsortium um den Baumarktbetreiber Hellweg sind vorerst gescheitert. Ein Angebot des saarländischen Einzelhändlers Globus gilt als zu niedrig.

Die Ursache für die nun drohende Zerschlagung der Baumarktkette Max Bahr sehen viele Beteiligte in der starren Haltung der Royal Bank of Scotland (RBS). Sie ist der größte Gläubiger der insolventen Vermieter-Gesellschaft Moor Park, der ein Großteil der Immobilien der Max-Bahr-Märkte gehört. Die Mietgarantien für die Immobilien, die RBS von den Kaufwilligen gefordert habe, seien „überhaupt nicht nachvollziehbar“, so der Kommentar des Max-Bahr-Betriebsratsvorsitzenden Ulrich Kruse gegenüber der „FAZ“. Überzogene Forderungen der Vermieterseite scheinen indes schon die Grundlage für die finanzielle Schieflage bei Max Bahr gelegt zu haben. Im Jahr 2007 war die Baumarktkette vom Konkurrenten Praktiker übernommen worden, der bei dem Geschäft wie eine der umstrittenen angelsächsischen „Heuschrecken“ agierte. Das aufgekaufte Unternehmen musste – zumindest teilweise – für den entrichteten Kaufpreis selbst aufkommen. Dazu wurden die von Max Bahr genutzten Immobilien vom Neueigentümer Praktiker verkauft und wieder angemietet. Das mit dem Immobilienverkauf erlöste Geld diente Praktiker dazu, den Kaufpreis für das neue Tochterunternehmen aufzubringen. Eine Milchmädchenrechnung, wie sich nun herausgestellt hat. Um einen hohen Verkaufspreis zu erzielen, hatte sich Praktiker nämlich auf Mieten eingelassen, die über dem Branchenüblichen lagen und nicht zu erwirtschaften waren.

Eigene Immobilien mussten teuer zurückgemietet werden

Zu hoch gepokert haben könnte allerdings auch die RBS als jetziger Quasi-Eigentümer der Max- Bahr-Immobilien. Der Versuch, die Baumarkflächen nicht im Paket zu vermieten oder zu verkaufen, sondern lieber einzeln zu verwerten, könnte weit weniger einbringen, als sich die Bank zu erhoffen scheint. Zwar sind beim Verkauf von Max Bahr an Praktiker im Jahr 2007 die Märkte mit insgesamt 800 Millionen Euro bewertet worden, der Wert eines zerschlagenen Paketes dürfte allerdings niedriger ausfallen. An attraktiven Standorten sind meist schon andere Mitbewerber mit Baumärkten vertreten, so dass diese als Kaufinteressenten meist ausfallen oder aber Probleme mit dem Kartellamt drohen. Eine Umwidmung der großflächigen Immobilien etwa zu Supermärkten gilt wegen des Baurechts wiederum als zeitaufwendig. Am Ende könnte somit auch bei der RBS die Erkenntnis stehen, Abstriche an den Preisvorstellungen zu akzeptieren und die Max-Bahr-Märkte als Komplettpaket doch noch an einen Baumarktbetreiber wie Globus oder Hellweg abzugeben.

Ohnehin ist die Unnachgiebigkeit der RBS im Fall Max Bahr nicht frei von einem Beigeschmack. Die Bank musste selbst vor einigen Jahren mit einem riesigen Geldpaket der britischen Steuerzahler vor dem Untergang gerettet werden, bis heute ist die RBS de facto eine Bank im Staatsbesitz. *N.H.*

Milliardäre immer reicher

Seit Krisenbeginn 60 Prozent mehr Superreiche auf der Welt

Die Zahl elektrisiert: Seit 2009 ist die Schar der Milliardäre (in US-Dollar) weltweit um 60 Prozent auf zuletzt 2170 angewachsen. Dies ergab eine Studie, an der unter anderem die Schweizer Bank UBS beteiligt war. Mehr noch: Die Superreichen sind nicht nur zahlreicher geworden, auch jeder einzelne von ihnen hat im Durchschnitt an Vermögen deutlich zugelegt. Während die Milliardäre alle zusammen vor vier Jahren 3,1 Billionen Dollar ihr Eigen nannten, hat sich ihr Vermögen in der kurzen Zeit auf 6,5 Billionen Dollar nominal mehr als verdoppelt.

Hätte sich dieser Zuwachs in Zeiten eines Aufschwungs vollzogen, wäre er keine große Nachricht. Seit 2009 aber hat sich die finanzielle Lage breitester Bevölkerungsschichten vor allem in Nordamerika und Europa dramatisch verschlechtert.

Was Matthias Weik und Marc Friedrich mit ihrem aufsehenerregenden Buch „Der größte Raubzug der Geschichte. Warum die Fleißigen immer ärmer und die Reichen immer reicher werden“ aufgedeckt haben, erfährt durch diese neuen Zahlen seine statistische Bestätigung: Der beklemmende Abstieg von Millionen findet sein Echo im sagenhaften Aufstieg der Milliardäre. Was als „Finanzkrise“ anscheinend jeden betrifft, entpuppt sich als gigantische Umverteilungsmaschine.

Mit ihrem jüngsten Schritt, den Leitzinssatz auf den historischen Tiefstand von 0,25 Prozent zu drücken, gibt die Europäische Zentralbank (im Einklang mit den anderen großen Notenbanken) diesem Trend weitere Nahrung. Damit werden die Zinsen auf die Ersparnisse der Mittelschicht noch weiter absinken. Superreiche dagegen haben die Möglichkeit, die noch geringeren Zinsen für renditeträchtige Geschäfte zu nutzen, die ihren Wohlstand weiter mehren werden. So geht die Prognose denn auch davon aus, dass die Zahl der Milliardäre weiter kräftig anwachsen wird, während beispielsweise Lebensversicherer, Bausparkassen oder Anbieter privater Renten Alarm geben, weil ihnen ihr Geschäftsmodell bei anhaltenden Nahe-Null-Zinsen um die Ohren fliegen werde – und damit die Daseinsvorsorge ihrer Kunden.

Gleichzeitig werden Millionen Sparer schrittweise enteignet

Unterdessen ist die sogenannte Finanzelite offenbar entschlossen, die Maßnahmen zur Massenenteignung sogar noch zu verschärfen. Die „Deutschen Wirtschaftsnachrichten“ führen eine Reihe von Vorstößen einflussreicher Lobbyisten an, die mittlerweile gar „Negativzinsen“ für Sparguthaben fordern. Das hieße, dass Sparer Geld dafür zahlen sollen, dass sie ihr Geld der Bank anvertrauen. Nach Abzug der Teuerungsrate tun sie das häufig heute schon. Ziel ist es, diesen Aderlass sogar zum auch nominalen Verlust zu erweitern.

Um die Sparer daran zu hindern, ihr Geld der schrittweisen Enteignung dadurch zu entziehen, dass sie es bar zu Hause horten, wird verstärkt propagiert, Bargeld ganz abzuschaffen oder (wie vielerorts bereits geschehen) seine Verwendung stark einzuschränken – angeblich, um Transfers „kundenfreundlicher“ zu gestalten oder Steuerhinterziehung und andere Kriminalität zu bekämpfen. *Hans Heckel*

Hauptsache billig

Von Rebecca Bellano

Schule, die auf Eltern setzt, ist gut, solange es sich um die Vorbereitung und Umsetzung von Schulfeiern und -ausflügen handelt. Auch bei Hausaufgaben sollen die Eltern dem eigenen Nachwuchs helfen, doch wenn Eltern Schule machen, weil Geld für pädagogisches Personal fehlt, dann läuft etwas schief.

Doch immer häufiger ist davon die Rede, dass Eltern aushelfen müssen. Und im Rahmen der Ganztagsschule setzen offenbar inzwischen viele Schulen regulär auf Eltern oder Großeltern, die als Honorarkraft den Kindern nachmittags Flötenunterricht erteilen oder mit ihnen basteln. Und da die freiwilligen Helfer zumeist zwar Idealismus, aber weder Erfahrung mit Unterricht noch mit dem Umgang mit schwererziehbaren Kindern haben, liegen schnell die Nerven blank. Wenn schon Lehrer nicht wissen, wie sie eine Horde aufsässiger Schüler zur Vernunft bringen können, wie sollen das dann die Freiwilligen wissen?

Hauptsache billig scheint jedoch das Motto zu sein. Da Erzieher und Lehrer viel Geld kosten, bauen viele Länder auf Ungelernte. Dem Wähler gegenüber betont man aber, dass Bildung „höchste Priorität“ habe.

Geopfert

Von Harald Tews

Beim Deutschen Fußballbund (DFB) scheint man nun den Schlussstrich unter eine preußische Tradition gezogen zu haben. Seit über 100 Jahren traten die Spieler der Fußballnationalmannschaft mit weißen Hemden, schwarzen Hosen und wiederum weißen Stutzen auf. Sie trugen die Farben Preußens, basierend auf dem Wappen des Deutschen Ordens.

Doch bei der Weltmeisterschaft in Brasilien wird die Nationalmannschaft ganz in Weiß auftreten, also auch in weißen Hosen. Auf welche Tradition beruft man sich dabei? Einen weißen Streifen besitzt nicht einmal die Landesflagge. Fußballfans müssen sich damit abfinden, dass ihre Mannschaft in Brasilien geschichts- und damit gesichtslos gegen ihre Gegner antreten wird, die wie Italien und England bei den kürzlich erfolgten Testspielen weiterhin nationalbewusst in ihren traditionellen Trikots aufspielen werden.

Der DFB hatte jedenfalls nicht mit der Aufregung gerechnet, welche das Trikot bei den Fans ausgelöst hat. In Foren wetterten sie gegen diese „Schlafanzüge“, „Tennisbekleidung“ und „Trikots einer Damenmannschaft“ („Warum nicht gleich in rosa Tutus?“, fragte einer). Wäre ihnen bewusst, dass Schwarz-Weiß auf preußischer Tradition beruht, hätten sie ihren Aufschrei wohl politisch korrekt unterdrückt.

So kann man sich trösten, dass sich auf der weißen Hose noch drei schwarze Streifen befinden. Na klar, Hauptsache das Adidas-Logo hebt sich klar ab. Denn einzig darum geht es: Um Kapital aus dem Fanverkauf der Trikots zu schlagen, wurden die Preußenfarben geopfert.

Der Schatten von 1913

Von Hans Heckel

Historische Vergleiche sind heikel, und oft werden sie nicht aus tieferer Einsicht, sondern in demagogischer Absicht gezogen. So war es auch beim ehemaligen Chef der Euro-Gruppe, Jean-Claude Juncker. Juncker verglich Anfang des Jahres unsere Gegenwart mit dem Jahr 1913. Damals hätten sich die europäischen Völker in der falschen Sicherheit eines scheinbar stabilen Friedens gewiegt. Heute sei es ähnlich.

Damit zielte der Luxemburger auf die kriegstraumatisierten Deutschen, damit diese sich zu noch weiteren Aderlässen zugunsten bankrotter Staaten und Banken bereitfänden. Zu diesem Zweck wollte er ihnen einen Schrecken einjagen.

So unlauter Junckers Absichten gewesen sein mögen, einige Ähnlichkeiten mit 1913 lassen sich dennoch kaum übersehen. Die Feindseligkeit, die Deutschland damals nicht nur aus Frankreich, sondern – zur Überraschung der Deutschen – auch aus dem angelsächsischen Raum entgegenschlug, hatte ihren Grund in der wirtschaftlichen Stärke des Reichs.

> Erst EU-Integration hat Deutschenhass neu entflammt

Insbesondere England war der rasante Aufstieg des neuen Konkurrenten ein Dorn im Auge. Bald kamen die Strategen des Empire zu dem Schluss, dass nur ein vernichtender Krieg den deutschen Erfolg stoppen könnte. So paktierten sie ab 1904 mit ihrem bisherigen Erzfeind Frankreich, gegen dessen aggressive Auswüchse sie zuvor mehrfach mit Preußen Seite an Seite angetreten waren. Um den gemeinsamen Plan zu rechtfertigen, hämmerten britische und französische Propagandaschmieden das Zerrbild vom blutgierigen teutonischen Monster in die Köpfe ihrer Bürger.

Heute erreichen uns aberwitzige Vorwürfe, Deutschland exportiere zu viel und baue seinen Wohlstand auf dem Elend seiner Nachbarn auf. Wieder ist es die (relative) wirtschaftliche Stärke, welche unsere Nachbarn zum Anlass nehmen für hanebüchene Propagandalügen. Besonders ernüchternd ist dabei, dass die „europäische Integration“ maßgeblichen Anteil an den Ursachen des neuen Deutschenhasses hat: Durch den Wegfall flexibler Wechselkurse erst sind die Nachbarn der deutschen Konkurrenz schutzlos ausgeliefert.

Die deutsche Seite tut indes kaum etwas, um den verlogenen Attacken selbstbewusst entgegenzutreten. Schlimmer noch, manche Experten stützen gar die unsinnige These von der deutschen „Schuld an der Krise“ und bestätigen damit, was Germaine de Stael (1766–1817) schon vor gut 200 Jahren beklagte: „Wenn den Deutschen noch so großes Unrecht angetan wird, findet sich doch immer ein obskurer deutscher Professor, der so lange an der Objektivität herumbastelt, bis er bewiesen hat, dass die Deutschen Unrecht getan haben.“



Feindbild Deutschland: Besonders in Athen ist Deutschen-Hetze sehr beliebt

Bild: pa

Moment mal!





Der Wähler, das ungeliebte Stimmvieh

Von Klaus Rainer Röhl

Das Saarland ist eines der 16 deutschen Bundesländer. Es kommt eher selten in der überregionalen Berichterstattung der Medien vor. Außer damals, als Oscar Lafontaine, von 1985 bis 1998 saarländischer Ministerpräsident, danach SPD-Vorsitzender, Kanzlerkandidat und Finanzminister unter Gerhard Schröder, nach seinem überraschenden Amtsverzicht 1999 seinen kleinen Sohn auf dem Balkon auf den Schultern trug und erklärte, er wolle fortan nichts mehr mit Politik zu tun haben. Ein Versprechen, das er leider zum Schaden Deutschlands und des Saarlands nicht einhielt. Doch niemand zweifelt daran, dass das Saarland zu Deutschland gehört.

Das war jedoch nicht immer so. Das Saargebiet, durch massive Kohlevorkommen begünstigt, entwickelte sich im 19. Jahrhundert zu einem blühenden Industrie-Standort und erweckte schnell die Begehrlichkeit seines Nachbarlands Frankreich. Nachdem Deutschland den Ersten Weltkrieg verloren hatte, sah Frankreich die Stunde gekommen, sich dieses Filetstück einzuverleiben. Das war 1918 noch nicht so einfach wie 1945, wo ein Drittel Deutschlands mit Billigung der Alliierten einfach als Kriegsbeute einkassiert wurde und heute zu Polen, Tschechien oder Russland gehört. Doch die Franzosen versuchten es schon damals und schufen erst einmal vollendete Tatsachen. Sie marschierten ins Saargebiet ein und versuchten, das Industriegebiet ihrem Land einzuverleiben.

Nach der Niederlage des Deutschen Reiches wurde das Saarland mit seinen rund 800 000 Einwohnern durch die Bestimmungen des Versailler Vertrags von 1919 Mandatsgebiet des Völkerbundes. Frankreich erhielt die Leitung der zuständigen Völkerbundkommission und die Rechte an den Saar-Zechen zur Sicherung der deutschen Reparationen. Dieses Mandat endete 1935. Wie im Versailler Vertrag vorgesehen, fand am 13. Januar 1935 unter Aufsicht des Völkerbunds eine Volksabstimmung statt. Zu entscheiden hatte die Bevölkerung über die Zugehörigkeit des Gebietes zum Deutschen Reich, zu Frankreich oder die Beibehaltung des Status quo.

Vor allem von deutscher Seite löste die Abstimmung eine massive Propagandakampagne aus. „Deutsch ist die Saar!“, gesungen nach der Melodie des Bergmanns-Liedes „Glück auf, Glück auf, der Steiger kommt“ hörte ich als Siebenjähriger wohl zehnmal am Tag im Radio: „Deutsch ist die Saar, deutsch immerdar!“ Die Saarländer fanden das offenbar auch. Von den rund 540 000 Stimmberechtigten votierten 90,5 Prozent für Deutschland, für den Anschluss an Frankreich nur 0,4 Prozent. Am 1. März 1935 erfolgte der Anschluss als Gau Saarland an das Reich.

> Viele Politiker fürchten das Urteil des Souveräns

Nach dem Zweiten Weltkrieg begann der Kampf um das Saarland aufs Neue. Frankreich wollte, nachdem das Saargebiet nach Ablösung der US-amerikanischen Besatzung am 10. Juli 1945 zur französischen Besatzungszone gehörte, das begehrte Industrierevier stärker an sich binden, wenn möglich für immer vereinnahmen. Das 1954 zwischen Pierre Mendès-France und Konrad Adenauer ausgehandelte „Saarstatut“ sah dementsprechend bis zum Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland die Unterstellung des Saarlandes unter einen Kommissar der Westeuropäischen Union vor.

In der deutschen Innenpolitik wurde Adenauer wegen des Saarstatuts scharf angegriffen. Vor allem die SPD sah darin eine De-facto-Abtretung des Saarlands an Frankreich. Vor dem endgültigen Inkrafttreten war allerdings eine Volksabstimmung vorgesehen, um die bald ein heftiger Abstimmungswahlkampf ausbrach. Es ergab sich die paradoxe Situation, dass die Saar-CDU zur Ablehnung des Statuts aufrief, während CDU-Bundeskanzler Adenauer eine Zustimmung propagierte. In der Volksabstimmung am 23. Oktober 1955 votierten 67,7 Prozent der abstimmenden saarländischen Bürger gegen das Statut. Am 14. Dezember 1956 erklärte der saarländische Landtag den förmlichen Beitritt zum Geltungsbereich des Grundgesetzes.

Zwei Volksabstimmungen. Was lernen wir daraus, wenn wir heute hören, dass CSU und SPD sich bei den Koalitionsverhandlungen über das Thema Volksabstimmung im Bund annähern und die CDU unter Angela Merkel solche Instrumente der Mitbestimmung ablehnt? Was steckt dahinter?

Volksabstimmungen, dieses älteste Instrument der Demokratie, sind in der Schweiz, seit dem Rütlischwur die Heimat aller Freien und Hoffnung der politisch Verfolgten in Europa, Bestandteil der Verfassung. Ihr Ergebnis ist verbindlich. Ergebnis der letzten Volksabstimmung vor ein paar Monaten war eine entschiedene Verschärfung des Einwanderungsrechts und hatte eine entsprechend schlechte Presse bei unseren Leitmedien. Wie gerne hätten wir da mit abgestimmt!

> Volksbefragungen könnten anders ausgehen, als von der Politik gewünscht

Volksabstimmungen, also Abstimmungen aller Bürger über Fragen, die über ihr künftiges Schicksal entscheiden, sind in Deutschland offenbar ein heißes Eisen. Da könnte ja jeder kommen, jeder „Populist“. Die Regierenden in Deutschland misstrauen seit alters her ihren Bürgern. Also dem Volk. Das Misstrauen sitzt tief. Und die Intellektuellen misstrauen dem Volk ebenfalls oder sie verachten es. Wie Kurt Tucholsky, der nach der Wahl Paul von Hindenburgs, des geschlagenen, aber populären Feldherrn des Ersten Weltkriegs, höhnte: „Masuren-Pauls Wahl / ganz im Vertrauen / beruhte nur auf der Gleichberechtigung der Frauen.“ Wenn das Alice Schwarzer wüsste! Änderte sich dann ihr Tucholsky-Bild?

Die Intellektuellen nehmen es im Grunde übel, dass ihre Putzfrau genauso gehört wird wie sie. Was kann passieren, wenn in Deutschland das Instrument Volksabstimmung so ausgebaut würde wie in der Schweiz? Der Ausgang einer Volksabstimmung lässt sich nicht voraussagen. Und es könnte durchaus vorkommen, dass das Volk sich ganz anders entscheidet, als die Regierenden und die guten Deutschen das erwarten.

Es gibt vieles, was uns Deutschen auf den Nägeln brennt. Hier eine kleine Auswahl: Wollen wir unseren Bundespräsidenten vom Volk wählen lassen? Sollen wir weitere Milliarden ohne berechtigte Hoffnung auf Rückerstattung in den europäischen Schuldentopf einzahlen? Möchten wir, dass die Türkei EU-Mitglied wird? Wünschen wir eine Verschärfung des Strafrechts gegen Intensivtäter? Wollen wir den Euro behalten oder lieber unsere D-Mark zurück? Wollen wir uns weiterhin von den nicht demokratisch legitimierten EU-Kommissaren allerlei Unsinniges aufs Auge drücken lassen wie die teuren und gefährlichen Quecksilber-Energiespar-Leuchten? Wollen wir wegen der rasant steigenden Preise und der Gefährdung unseres Industriestandorts das Ende der Energiewende? Sind wir mit dem zunehmenden Verlust unserer nationalen Selbstständigkeit zugunsten eines europäischen Bundesstaats einverstanden? Wollen wir weiterhin unbegrenzt Armutsflüchtlinge bei uns aufnehmen, die keinen Anspruch auf Asyl haben? Sind wir weiterhin bereit, Jahr für Jahr die Hauptlast an den Kosten der EU zu tragen, ganz gleich, wie sich unsere Wirtschaft entwickelt? Diese Liste nützlicher Themen für eine Volksabstimmung ließe sich mühelos fortsetzen.

Also, Volksabstimmung, ja bitte!

Mister Interruptus

Meister kühner Kapriolen und Abschweifungen: Laurence Sterne, Autor des »Tristram Shandy«, wurde vor 300 Jahren geboren

Wenn man von der Epoche der „Empfindsamkeit“ im 18. Jahrhundert spricht, hat das auch etwas mit einer Frankreichreise von Laurence Sterne zu tun. Bekannt wurde der am 24. November 1713 geborene Autor aber vor allem mit seinem „Tristram Shandy“, das der wohl spleenigste Roman ist, der die Bezeichnung „Weltliteratur“ verdient.

Einzigartig wie ein Monolith in der Literatur-Landschaft steht „Tristram Shandy“. So etwas gibt es kein zweites Mal: Eine fiktive Autobiografie, in der die Chronologie vollkommen auf den Kopf gestellt ist. Wo der Held schon auftaucht, bevor er überhaupt geboren ist, wo sich das Vorwort mitten im Buch befindet, wo schwarze und marmorierte Seiten den Lesefluss unterbrechen und wo Kapitel ausgelassen werden, um später nacherzählt zu werden.

Das alles ist Wahnsinn, aber mit Methode und hat so man manchen Leser in den „Shandyismus“ getrieben: dem untrüglichen Gefühl, zwar den Faden, aber trotzdem nicht die Hoffnung verloren zu haben. Arno Schmidt, selbst ein Jubilar Anfang nächsten Jahres, bescheinigte vor 50 Jahren anlässlich einer im Winkler-Verlag erschienenen Übersetzung: „Auch heute noch, nachdem er sich 200 Jahre in der Lesewelt befindet, gilt von Laurence Sternes ‚The Life & Opinions of Tristram Shandy, Gentleman‘ das Urteil, daß es zu den 10 größten Büchern gehöre, die bisher in englischer Sprache geschrieben worden sind.“

Geschrieben hatte diesen originellen Ulk ein Landpfarrer, der bis dahin außer humorvollen Predigten und Briefen nichts zu Papier gebracht hatte. Erst als Mittvierziger machte sich Sterne daran, ähnlich wie sein Bruder im Geiste, Jonathan Swift, ganze philosophische Systeme und Weltanschauungen satirisch in Frage zu stellen. Man muss wohl in Irland aufgewachsen sein, um diesen humoristischen Blick dafür zu besitzen. Denn ähnlich wie der Autor von „Gullivers Reisen“ war auch der im irischen Clonmel geborene Sterne protestantischer Anglo-Ire, dessen englische Vorfahren das katholische Irland unterjocht hatten.

Sternes Vater hatte noch als Fähnrich im Dienst des Herzogs von Marlborough gegen die Franzosen gekämpft, war aber nach dem Frieden von Utrecht mittellos geworden und fristete in der ärmlichen Provinz im Süden Irlands mit seiner Familie ein trostloses Dasein. Da er der Enkel des Erzbischofs von York war, fühlte sich nach seinem Tod ein Verwandter verpflichtet, den Junior zum Studium nach Cambridge zu schicken.

Weniger aus Berufung denn aus Zweckmäßigkeit wurde Sterne Geistlicher auf einer kleinen Pfarre bei York und heiratete eine zänkische Frau, die er durch amouröse Affären so eifersüchtig machte, dass sie ins Irrenhaus musste. Zu allem Überfluss wurde auch noch seine verarmte Mutter wegen Landstreicherei verhaftet, nachdem sie und seine Schwester ihm aus Irland nachgereist waren.

Wie um gegen das private Übel anzulachen, stürzte sich Sterne auf den „Tristram Shandy“, in dem es auch Missgeschicke und Unglücke sind, die „ab ovo“ eine ganze Kausalitätskette in Gang setzten. Die Zeugung des Helden geschieht ausgerechnet durch einen „coitus interruptus“, weil Mrs. Shandy mitten im üblicherweise ergebnislosen Beischlaf Mr. Shandy mit der Frage aus der Fassung bringt, ob er die Standuhr aufgezogen habe. Bei der Geburt zerdrückt der schusselige Landarzt Dr. Slop den Helden mit einer Geburtszange die „Nase“, was seitenlange Abschweifungen über Nasenlängen, die sich eher unterhalb der Gürtellinie befinden, nach sich ziehen. Und bei der Taufe kann sich die vergessliche Haushälterin nicht den komplizierten Namen Trismegistus merken, so dass der Pfarrer Yorick – ein alter ego Sternes – daraus Tristram macht.

Wahrlich ein Ritter der ganz traurigen Gestalt schon von Geburt an, setzen sich die Unglücke im Leben Tristrams fort, etwa wenn er beim Urinieren aus dem Fenster beschnitten wird, weil ein Schiebefenster herabfällt. Das ist nicht bloß eine Parodie auf Sir Isaac Newton, der auf die Idee zur Gravitationstheorie erst kam, nachdem ihm ein Apfel auf den Kopf gefallen war, sondern das ganze Buch persifliert auch den Philosophen John Locke, der sich über Ursache und Wirkung den Kopf zerbrochen hatte. Weil nach seiner Theorie jeder Erkenntnis eine Erfahrung vorauszugehen hat, fragt sich im Roman etwa Tristrams gutmütiger Onkel Toby, wo der Ur-ur-ur-Ursprung seiner schmerzlichen Kriegserfahrung bei der Schlacht von Namur, einer Verletzung „irgendwo in er Leistengegend“, liegt.

Um das Kriegstrauma zu bewältigen hat er sich ein Steckenpferd („hobbyhorse“) zugelegt: den Festungsbau sowie die Nachbildung der Schlacht im Sandkasten, wobei der Junggeselle zu guter Letzt sogar noch die attraktive Witwe Wadman mit allem ihm noch zur Verfügung stehenden Geschützen „belagert“.

Ähnlich wie der sich in den Ursprüngen seiner Verletzung verlierende Onkel Toby – eine der liebenswürdigsten Figuren der englischen Literatur überhaupt – unterbricht auch der Erzähler ständig die Handlung, um die Vorgeschichte einer Vorgeschichte zu erzählen. Statt Fortschritte macht das Buch ironisierende Rückschritte. Der Erzähler kommt kaum hinterher, so schnell wächst Tristram. Es hat etwas vom Wettlauf zwischen Hase und Igel.

Dass sich Sterne diesen genialen Jux mitten in der Zeit der Aufklärung ausdenken konnte, liegt auch daran, dass es in England seit Defoes „Robinson Crusoe“ bereits eine lange Romantradition gab, die solche narrativen Experimente erst ermöglichten. Zu dieser Zeit war in Deutschland die Prosaform noch verpönt, in den feinen Kreisen las man lieber die Klopstockschen Versepen. Es war Goethe, der Sterne ausdrücklich lobte, und der mit seinem „Wilhelm Meister“ die Prosagattung als Entwicklungsroman in der Nachfolge „Tristram Shandys“ in Deutschland salonfähig machte.

Auf Sternes zweite und letzte wichtige Veröffentlichung, die damals höchst populäre „Empfindsame Reise durch Frankreich und Deutschland“, geht auch der Epochenbegriff „Empfindsamkeit“ zurück. Es war Lessing, der für die Übersetzung des englischen Titels „sentimental“ den Neologismus „empfindsam“ vorschlug und damit Sterne auch in Deutschland zu einem Zeitpunkt unsterblich machte, als dieser bereits an einem tödlichen Lungenleiden litt. Am 18. März 1768 starb er an einer Tuberkulose.

Ob Goethe, Wieland, Nietzsche oder Thomas Mann – für sie alle zählte „Tristram Shandy“ zu ihren Lieblingsbüchern. Jetzt bieten die Winterabende viel Gelegenheit, sich in dieses geniale Werk zu vertiefen. Beim Sterne-Lob vor 50 Jahren kritisierte Arno Schmidt die noch heute erhältliche Übersetzung des Winkler-Verlages. Die erotischen Doppeldeutigkeiten würden darin verloren gehen. Als Alternative bietet sich die als Fischer Taschenbuch erschienene jüngere Übersetzung von Michael Walter an. *Harald Tews*



Geistreicher Possenreißer: Pfarrer und Schriftsteller Laurence Sterne Bild: action press

Endstation Reeperbahn

Im Hamburger St. Pauli-Theater fährt das Musical »Linie S1« ab – Tourismuszentrale der Stadt löste das Startsignal

Zugegeben, originell ist die Idee hinter dem neuen Musical „Linie S1“ im Hamburger St. Pauli Theater wahrlich nicht. Bereits 1986 startete im Berliner Grips-Theater ein Musical mit einem fast identischen Namen. „Linie 1“ hieß das Stück, in dem ein Mädchen vom Lande in die Großstadt fährt, dort seinen Freund sucht und auf der Fahrt mit der U-Bahn auf zahlreiche Berliner Typen trifft.

Aber man muss das Rad nicht immer neu erfinden, haben sich wohl die Macher Thomas Collien und Ulrich Waller der Hamburger-Version gedacht. Auch sie nahmen eine Bahn-Linie als Grundlage, allerdings ist es in diesem Fall eine ganz reale S- und keine U-Bahn. Da die Hamburger S1 durch sehr gegensätzliche Stadtteile wie Blankenese, Altona, Reeperbahn, Landungsbrücken, Hauptbahnhof, Barmbek, Ohlsdorf mit seinem Friedhof und Fuhlsbüttel mit dem Flughafen fährt, bietet sie auch eine interessante Basis.

Aber im Gegensatz zum Berliner Stück, für das lauter neue Lieder komponiert wurden, griff man bei der Musik überwiegend auf bereits vorhandene Songs zurück. Da es ein Hamburg-Musical werden sollte, wählte man vorrangig Liedgut von Hamburger Musikern wie Hans Albers, Udo Lindenberg, Jan Delay oder der Rock-Band Kettcar. Aber auch Lieder von Sängern, die über die Hansestadt gesungen haben, wie Hildegard Knef kommen zum Zuge. Und auch einige internationale Musikstücke sind in das Musical eingebaut, so dass es musikalisch gesehen sehr bunt geworden ist und für jeden Musikgeschmack – um es denn mal positiv auszudrücken – etwas dabei ist.

Doch diese bunte Vielfalt ist auch das angestrebte Ziel. Das St. Pauli Theater bekennt ganz offen, dass die Initiative für das neue Stück von der Marketingchefin der Stadt Hamburg gekommen ist. Sie bat nämlich darum, ein Hamburg-Musical zu entwerfen, das nicht nur typische Kiez-Geschichten erzählt, sondern auch andere Teile der Stadt im Blick hat.

Dies ist den Machern allerdings nur bedingt gelungen, denn Kiez-Szenen dominieren das Stück, in dem Miquel da Silva, ein Hamburger Arbeiter-Jung mit spanischen Wurzeln, in der S-Bahn die Reederstochter Luna trifft, die auf dem Weg nach Hause in die Villa der Eltern in Blankenese ist. Und so wird neben dem Berliner Musical „Linie 1“ auch noch ein wenig „Romeo und Julia“ kopiert, auch wenn hier niemand versucht, die beiden auseinander zu treiben. Es sind vielmehr die unterschiedlichen Lebenswelten des im Beachclub arbeitenden Barmanns und der nach New York strebenden Millionärstochter, die hier ein Happy End gefährden.

Aber da es sich um ein Musical handelt, ist das glückliche Ende absehbar. Auf dem Weg dorthin darf der Zuschauer des schon 1841 gegründeten und leider sanierungsbedürftigen St. Pauli Theaters die Liebeswirren des Paares verfolgen. Und auch, wenn nicht jeder Liedtext immer ganz in den Kontext passt, sorgt die Musik für gute Laune. Die Leistung der Tänzer überzeugt zudem sofort.

Und auch sonst fällt jenen auf, die regelmäßig U- und S-Bahn fahren, dass sich die Autoren des Musicals mit den verschiedenen Typen, die man in der S-Bahn trifft, auseinandergesetzt haben.

So kommt es, dass die neun Schauspieler insgesamt in 70 verschiedene Rollen schlüpfen, die vom Punk, über den Fußball-Fan, Touristen, Senatoren und Putzfrauen bis hin zur Junggesellenabschiedstruppe und vermögenden Blondine reichen. Was sich ziemlich nach einem Griff in die Klischeekiste anhört, ist zwar auch einer, aber die Kiez-Realität stand eben auch Pate.

Positiv hervorzuheben ist das einfache, aber trotzdem beeindruckende Bühnenbild. Vier von der Bahn zur Verfügung gestellte S-Bahn-Bänke stehen vor einer Leinwand, auf der im Hintergrund immer ein Film mit der Umgebung der echten Strecke zu sehen ist. Mal sieht man eine am Bahnfenster vorbeisausende Häuserzeile, mal einen Tunnel, Bäume oder auch eine Haltestelle mit Passanten.

Besonders sticht dem Zuschauer neben dem Paar, gespielt von Anneke Schwabe und Luk Pfaff, die Fernsehschauspielerin Johanna Christine Gehlen ins Auge, die sich in jede der vielen verschiedenen Rollen authentisch einfindet. Auch Peter Franke, 1941 in Breslau geboren, überzeugt als Obdachloser, Senator, ehemaliger Seemann und Puff-Besucher gleichermaßen.

Obwohl „Linie S1“ ein Musical vom Reißbrett ist, besticht es durch liebevolle, charmante Details und eine aufs Publikum überspringende Spielfreude der Schauspieler. Und während die günstigste Karte für das nur wenige Häuser vom St. Pauli Theater gespielte Musical „Rocky“ im Operettenhaus fast 50 Euro kostet, ist das billigste „Linie S1“-Ticket schon für 19,90 Euro zu haben. *Rebecca Bellano*

Nächste Aufführungen vom 26. bis 28. November um 20 Uhr, Spielbudenplatz 29, 20359 Hamburg, www.st-pauli-theater.de.



S-Bahn-Rowdys: Szene aus dem Musical „Linie S1“ Bild: St. Pauli Theater

MELDUNGEN

Lübecker Hundejahre

Lübeck – Vor 50 Jahren erschien mit „Hundejahre“ der zweite Roman von Günter Grass nach der „Blechtrommel“. Aus Anlass dieses Jubiläums zeigt das Lübekker Günter-Grass-Haus bis zum 2. Februar 2014 die neue Ausstellung „Künstlerroman, Ammenmärchen, Heimatfibel“. Zentrale Künstlerfigur des Romans ist Eduard Amse, dessen Schaffen sich in grafischen Arbeiten von Grass spiegelt, darunter eine Bildfolge von über 100 Radierungen des Literaturnobelpreisträgers, die in der Sonderausstellung neben Schrift- und Bilddokumenten zum ersten Mal präsentiert wird (Glockengießerstraße 21, Montag bis Sonntag 10 bis 17 Uhr, Eintritt: 6 Euro, www.grass-haus.de). *tws*

»Mutter« des Berlinale Bären

Berlin – Das Georg-Kolbe-Museum zeigt vom 24. November an eine Retrospektive mit über 100 Plastiken der aus dem schlesischen Glatz stammenden Bildhauerin Renée Sintenis (1888–1965). Ihr Werk gilt als eines der Bedeutendsten einer deutschen Bildhauerin. Unter anderem entwarf sie für das Filmfestival den Berlinale-Bären (Sensburger Allee 25, Dienstag bis Sonntag 10 bis 18 Uhr, Eintritt: 5 Euro, www.georg-kolbe-museum.de.). *tws*

Mit einem Unfall fing es an

Die Entstehungsgeschichte des Arbeiter-Samariter-Bundes (ASB), der in diesem Jahr sein 125-jähriges Bestehen feiert, fängt mit einem Unglück an. Beim Bau einer großen Lagerhalle für die märkischen Eiswerke in Erkner bei Berlin stürzte eine 40 Meter lange Seitenwand ein und begrub drei Zimmerleute unter sich. Die Arbeiter eilten zu den Schwerverletzten, konnten aber nur notdürftig helfen. Keiner kannte sich in Erster Hilfe aus; Verbandmaterial oder Tragen für den Transport von Verletzten fehlten auf dem gesamten Fabrikgelände. So trugen die Arbeiter die Schwerverletzten auf ausgehängten Türen und Stühlen nach Hause.

Dieser schwere Unfall von 1884 war nur einer von vielen in der Hauptphase der Industrialisierung. Oft endeten sie tödlich. Denn Arbeitsschutz war im 19. Jahrhundert ein Fremdwort – genauso wie Unfallversorgung. „Vorkehrungen für Unfallverletzte waren damals noch böhmische Dörfer, Verbandkästen nur dem Namen nach bekannt, Ärzte nur schwer zu haben“, berichtete der spätere ASB-Vorsitzende und Zeitzeuge Emil Stein. Sechs Berliner Zimmerleute, unter ihnen der ASB-Gründervater Gustav Dietrich, erkannten, dass Arbeiter mehr über Erste Hilfe wissen müssen.

Am 29. November 1888 luden die sechs Zimmerleute deshalb zum ersten „Lehrkursus für Arbeiter über die Erste Hilfe bei Unglücksfällen“ in ein Berliner Lokal ein. Die Resonanz war überwältigend: 100 Arbeiter folgten der Einladung und ließen sich von dem Arzt Alfred Bernstein in Erster Hilfe schulen. Mit diesem ersten Lehrkurs legten die sechs Zimmerleute den Grundstein für die Entstehung des Arbeiter-Samariter-Bundes. Da

Arbeiter-Samariter-Bund feiert 125. Geburtstag

Ersthelfer im 19. Jahrhundert im allgemeinen Sprachgebrauch „Samariter“ genannt wurden, hießen alle weiteren Lehrgänge „Samariter-Kursus für Arbeiter“. Aus den Samariter-Kursen gingen im ganzen Land Samariter-Kolonnen hervor. 1896 gründete sich in Berlin die erste Sanitätsdienst-Gruppe mit dem Namen „Arbeiter-Samariter-Kolonne“. Mit Räder- und Fahrradtragen wurden damals bereits Krankentransporte geleistet. In den Folgejahren entstanden auch in anderen Städten ASB-Kolonnen. Die Mitglieder dieser „Kolonnen“ bildeten Laien in Erster Hilfe aus, führten Sanitätsdienste durch und eilten nach Unglücken herbei, um die Verletzten zu versorgen. 1909 schlossen sich dann die Arbeiter-Samariter-Gruppen in Berlin, Dresden, Meißen, Köln, Hamburg und Elberfeld zum Arbeiter-Samariter-Bund zusammen.

Seit dem ersten Lehrkurs ist im Laufe der vergangenen 125 Jahre eine der größten Hilfs- und Wohlfahrtsorganisationen Deutschlands entstanden. Dem Verband gehören über 1,1 Millionen Mitglieder und rund 33 000 hauptamtliche sowie 14 000 freiwillige Helfer an. Der ASB betreibt heute über 200 Rettungswachen, 170 Altenpflegeheime und rund 260 Kindertagesstätten. Weiterhin schult er in Erster Hilfe, mittlerweile auch Kinder und Jugendliche. Über 100 Schnell-Einsatz-Gruppen stehen für den Katastrophenfall zur Hilfe bereit. Viele neue Aufgabenfelder wie Kooperationen mit Ganztagsschulen und Servicewohnen für Senioren sind mittlerweile dazu gekommen. Aus der anfänglichen Arbeiter- ist so eine klassen- und schichtenübergreifende vielfältige Organisation für die Gesamtbevölkerung geworden. *PAZ*

Ein nie begangenes Attentat

Neuste Forschungsergebnisse lassen stigmatisierten Südtirol-Aktivisten endlich Gerechtigkeit widerfahren

Die Genugtuung ist Erhard Hartung anzusehen. Ebenso wie Peter Kienesberger und Egon Kufner, zwei Kameraden aus dem Kreis einstiger Südtirol-Aktivisten, widerfährt ihm aufgrund von Forschungsergebnissen des Militärhistorikers Hubert Speckner endlich Gerechtigkeit.

In jungen Jahren hatte sich Erhard Hartung, Spross einer alteingesessenen Tiroler Familie, im legendären BAS engagiert, dem „Befreiungsausschuß Südtirol“ wagemutiger Kämpfer für die Einheit des nach dem Ersten Weltkrieg geteilten Tirol. Diese Idealisten wollten – vor allem in den 1960er Jahren – mittels Anschlägen auf italienische Einrichtungen die Weltöffentlichkeit auf das nicht anders als „Besatzungsregime“ zu nennende Gebaren Italiens in Südtirol aufmerksam machen und traten für die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts ein. Am Abend des 24. Juni 1967 stiegen die drei zur Porzescharte auf, zum Grenzkamm zwischen dem Osttiroler Bezirk Lienz und der italienischen Provinz Belluno. Dort sollte die Gruppe, wie Kienesberger berichtet, mit von der italienischen Seite der Grenze aus aufgestiegenen BAS-Aktivisten aus Südtirol Kontakt aufnehmen und einen verwundeten Kameraden zur Behandlung nach Österreich bringen. Als das vereinbarte Funkkontaktsignal ausblieb und stattdessen das kurze Aufleuchten eines Lichts zu sehen war, vermutete Kienesberger eine Falle des italienischen Geheimdienstes, brach das Vorhaben ab und kehrte mit seinen Kameraden zu deren Ausgangspunkt in der Gemeinde Obertilliach zurück, wo sie eine Stunde nach Mitternacht jenes Fahrzeug bestiegen, mit dem sie gekommen waren.



Auf der Anklagebank im Dezember 1968: Peter Kienesberger, Erhard Hartung und Egon Küfner Bild: IMAGNO

Just am Morgen des 25. Juni sollen – den offiziellen Ermittlungen zufolge – auf der Porzescharte vier italienische Soldaten zu Tode gekommen sein. Aufgeschreckt durch eine nächtliche Detonation seien sie zum Grenzübergang geeilt, wo – wie im Jahr zuvor – ein Strommast gesprengt worden war. Einer der Männer, der Alpini-Soldat Armando Piva, war demnach durch eine vergrabene Sprengfalle schwer verletzt worden und noch am selben Tag gestorben. Einer eingeflogenen Spezialeinheit soll dasselbe passiert sein: Carabinieri-Hauptmann Francesco Gentile und die Fallschirmjäger Mario di Lecce und Olivo Dordi hätten eine zweite Sprengfalle ausgelöst und seien dabei getötet, ein vierter Soldat, Marcello Fagnani, schwer verwundet worden.

Des von Politikern und Medien so genannten „blutigsten Attentats des Südtirol-Terrorismus“ wurden der im Zusammenhang mit früheren BAS-Aktionen namhafte Elektrotechniker Kienesberger, der bis dahin unauffällige Arzt Hartung sowie der Unteroffizier des österreichischen Bundesheeres Kufner bezichtigt und schließlich angeklagt. In Florenz wurden Kienesberger und Hartung zu lebenslänglicher, Kufner zu 24 Jahren Haft verurteilt; die Urteilssprüche ergingen 1971 in Abwesenheit der Angeklagten und fußten auf Gesetzen aus der Zeit des Faschismus. Aufgrund von Erkenntnissen deutscher und österreichischer Höchstgerichte verstieß das florentinische Verfahren ebenso wie andere vor italienischen Gerichten geführte Südtirol-Prozesse vor allem dadurch gegen die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK), dass die Angeklagten nicht zur Hauptverhandlung geladen wurden und ihnen weder die Anklageschrift noch das Urteil zugestellt worden war. In Österreich wurden die drei hingegen freigesprochen. Der Freispruch war – wider alle staatsanwaltschaftlichen Bemühungen, die Täter mittels Schuldnachweis zu überführen – letztlich auf das durch Gutachten untermauerte Hauptargument der Verteidigung zurückzuführen, wonach die ihnen zur Last gelegten Taten im vorgegebenen Zeitrahmen nicht hatten durchgeführt werden können. Dazu hatten die Anwälte ein Weg-Zeit-Diagramm ins Feld geführt, mit dem sie die Geschworenen für ein „in dubio pro reo“ gewinnen konnten.

Die italienische Verurteilung ist indes nach wie vor in Kraft. Die drei gelten als „Terroristen“, und dies nicht nur in Italien, wo sie, reisten sie ein, mit Verhaftung rechnen müssten, sondern auch weithin in der Publizistik und, was ebenso schlimm ist, in der wissenschaftlichen Südtirol-Historiographie. Der Historiker Hubert Speckner hat sich drei Jahre lang intensiv mit der „Causa Porzescharte“ befasst. Dabei hat er alle verfügbaren österreichischen Akten – einschließlich der für die Republik „sicherheitsrelevanten“ und „streng geheimen“, wie die Protokolle der Geheimverhandlungen zwischen den österreichischen

Die angebliche Täterschaft von Hartung, Kienesberger und Kufner bedurfte zwingend einer neuen Durchleuchtung

und italienischen Sicherheitsbehörden in Zürich (ab Sommer 1966), von denen Nationalrat und Justizministerium allenfalls marginal in Kenntnis waren und die den Anwälten der Beschuldigten seinerzeit vorenthalten wurden – eingesehen, methodisch vorbildlich aufbereitet und ausgewertet. Er hat schließlich nach zwei ausführlichen Ortsbegehungen mit Fachleuten sowie gründlichen Analysen seine Schlüsse gezogen. Für ihn ist es höchst zweifelhaft, ob die vier Opfer überhaupt auf der Porzescharte zu Tode gekommen waren. Weder die österreichische noch die italienische Seite haben Totenscheine, Obduktionsbefunde oder eine amtliche Tatortbeschreibung in den in Österreich geführten Verfahren vorgelegt. Zeugen aus Österreich, wie Innenminister Franz Hetzenauer, ein gebürtiger Tiroler, und der Osttiroler Bezirkshauptmann Othmar Doblander, die nach der Tat unabhängig voneinander den Tatort besichtigten, wurden nicht zu den Prozessen geladen. Hartung, pensionierter Anästhesie-Professor der Uni-Klinik Düsseldorf, sagt frei heraus, was Speckners Forschungen bestätigen: „Die Berichte dieser Persönlichkeiten wurden offensichtlich bewusst zurückgehalten. Sie belegen, dass der angebliche Tatort ungeschützt war und anders ausgesehen hat, als er Tage später von einer italienisch-österreichischen Kommission vorgefunden wurde.“

Der ehemalige österreichische Justizminister Hans Richard Klecatsky ist heute wie damals davon überzeugt, dass es sich bei dem „angeblichen Attentat um eine rein inneritalienische Manipulation auf der Porzescharte“ handelte. Plausibel begründet lautet daher eine von Speckners Schlussfolgerungen, dass die Soldaten vielmehr auf dem unweit gelegenen Kreuzbergsattel, wo laut Zeugenaussagen eine Verminungsübung italienischer Heereseinheiten stattgefunden hatte, einem Unfall zum Opfer gefallen und herbeigeschafft worden sein könnten, um im damals angespannten bilateralen Verhältnis Rom – Wien Österreich der „Begünstigung von Terroristen“, ja selbst des „Staatsterrorismus“ zu bezichtigen.

Hubert Speckner hat sich dieser Aufgabe auf methodisch höchst zu rühmende Weise unterzogen

Das angebliche „Porze-Attentat“ hatte Italien, ein Gründungsmitglied, seinerzeit zum Vorwand genommen, um sein Veto gegen den Beginn von Verhandlungen über Österreichs EWG-Assoziierungsbegehr einzulegen. Es passte im Rahmen der gesamten Südtirol-Problematik auch nur allzu gut in die „Strategie der Spannung“. Mit der „strategia della tensione“ trachteten verschwörerische Kreise – organisiert in geheim(bündlerisch)en Vereinigungen neofaschistischen Zuschnitts wie „Ordine nuovo“ und „Avanguardia Nazionale“, aber auch verankert in Teilen italienischer Dienste sowie des geheimen „Gladio“-Netzwerks des Militärs – danach, die gesellschaftliche Unterfütterung für einen (letztlich erfolglos gebliebenen) Wechsel in Italien hin zu einem autoritären Regime zu bereiten. An führender Stelle in Südtirol wirkte dabei Silvano Russomanno mit, der just in den Zürcher Geheimgesprächen den Vertretern österreichischer Sicherheitsbehörden gegenübergesessen hatte. War es zum einen das Ziel italienischer Dienste, mittels fingierter Anschläge die Südtiroler Freiheitskämpfer zu diskreditieren und – nicht ohne Wissen und Zustimmung, ja sogar auf Geheiß politischer Verantwortungsträger – damit politisch Druck auf Österreich auszuüben, so hatten darein involvierte oder gar Regie führende Leute des Gladio-Netzwerks als Teil der geheimen italienischen „Stay behind“-Einheiten ein zusätzliches Interesse, damit die Spannungsmomente zu erhöhen, ein Bedrohungsbild zu erzeugen und die Südtirol-Aktionen im Sinne ihrer Umsturzpläne zu instrumentalisieren. Es gab daher im Rahmen der „Strategie der Spannung“ durchaus nicht wenige „getürkte“ Attentat(sversuch)e, von denen Senator Marco Boato in 1992 veröffentlichten parlamentarischen Untersuchungsbericht auch auf Südtirol bezogene auflisten ließ. Höchst aufschlussreich sind Passagen, in denen die Namen der besonders in die Südtirol-Aktionen involvierten Personen aufgelistet sind – zu ihnen zählt besagter Russomanno – und in denen der Carabinieri-Oberst Amos Spiazzi davon spricht, dass „der Staatsapparat in den Südtirol-Terrorismus involviert gewesen“ sei.

Der venezianische Untersuchungsrichter Felice Casson deckte 1990 aufgrund seiner Recherchen in den Archiven des Militär-Abschirmdienstes SISMI (Servizio per le Informazioni e la Sicurezza Militare) die Existenz einer „geheimen komplexen Struktur innerhalb des italienischen Staates auf“, machte 622 Gladio-Mitglieder namhaft und fand heraus, dass sowohl Mitarbeiter des SISMI respektive der Vorgängerorganisation SID (Servizio Informazioni Difesa), die 1964 auf den aufgelösten SIFAR (Servizio Informazioni Forze Armate) folgte, neofaschistische Organisationen wie „Avanguardia Nazionale“ und „Ordine Nuovo“ als auch Teile des Gladio-Netzwerks, die unter anderem in Gruppierungen wie API (Associazione Protezione Italiani) und MIA (Movimento Italiani Alto Adige) wirkten und zu denen auch der im Zusammenhang mit der „Causa Porzescharte“ namhaft gewordene Russomanno gehörte, von den 1960ern bis in die 1980er Jahre „zahlreiche politisch motivierte Terroranschläge und Morde in Italien begangen“ hatten. Oberster Drahtzieher war General Giovanni De Lorenzo, ursprünglich Leiter des Militärgeheimdienstes SIFAR, danach Kommandeur der Carabinieri-Truppe, aus der heraus er Vertrauensleute ins Gladio-Netz einschleuste. Der „Gladio-Prozeß“ 1994 in Rom warf ein bezeichnendes Licht auf die Umtriebe De Lorenzos und seiner Mannen, auch in Südtirol. Angeklagt waren unter anderen General Paolo Inzerilli, ehemaliger SISMI-Chef und Kommandeur der illegalen Gladio-Einheiten sowie das Gladio-Mitglied Francesco Stoppani. Eigens dazu angeworben, sollte Stoppani Kienesberger entweder nach Italien entführen oder liquidieren. Inzerillo hatte in dem Verfahren die früheren Minister Attilio Ruffini (Inneres) und Virginio Rognoni (Verteidigung) beschuldigt, von alldem gewusst zu haben.

Peppino Zangrando, als Präsident der Belluneser Anwaltskammer von hoher Reputation, stellte in der „Causa Porzescharte“, in der er jahrelang recherchiert hatte, ein Attentat des BAS in Abrede. 1994 wollte er den Fall neu aufrollen, sein Wiederaufnahmeantrag scheiterte aber an der Staatsanwaltschaft.

Die angebliche Täterschaft bedurfte im Licht all dieser damals aufwühlenden Vorgänge zwingend einer neuen Durchleuchtung. Dieser Aufgabe hat sich Hubert Speckner auf methodisch höchst zu rühmende Weise unterzogen. Er förderte mit seiner prägnanten Studie neue Einsichten und grundstürzende Erkenntnisse zu Tage, an denen zukünftig niemand vorbeikommen wird, der ernstgenommen werden will. Seine überzeugenden Darlegungen sollten nicht zuletzt auch dazu führen, jenes obskure florentinische Urteil aus der Welt zu schaffen, mit dem Erhard Hartung, Peter Kienesberger und Egon Kufner 1971 gänzlich wahrheits- und rechtswidrig für eine nicht begangene Tat verurteilt und damit zu Mördern gestempelt worden sind. Weshalb sie dringend der öffentlichen Rehabilitierung bedürfen.

Rainer Liesing

***Hubert Speckner: „Zwischen Porze und Roßkarspitz ...‘ Der ‚Vorfall‘ vom 25. Juni 1967 in den österreichischen sicherheitsdienstlichen Akten“**, Gra & Wis, Wien 2013, fester Einband, 368 Seiten, 29,70 Euro*

Bürgermeister und Poet

Georg Reicke stand sowohl im Dienste Berlins als auch der schönen Künste

Der gebürtige Königsberger Georg Reicke wirkte sowohl als Bürgermeister Berlins, wo er das Groß-Berlin-Gesetz anstrebte als auch als Literat. Vor 150 Jahren, am 26. November 1863, kam er in Königsberg zur Welt.

Georg Reicke war der zweite Sohn eines Memeler Ehepaares. Der Vater, Lotsensohn, hatte sich über Lehrerausbildung und Studium zum Bibliothekarsberuf emporgearbeitet und zum anerkannten, unermüdlichen Kant-Forscher. In dem bescheidenen Eigenheim in der Kalthöfischen Straße mit Garten wuchsen vier glückliche Kinder auf. Das Leben von dreien gehörte später den Büchern. Johannes wirkte vier Jahrzehnte lang als Universitätsbibliothekar in Göttingen und Emil als Historiker und Archivar in Nürnberg. Anna wurde eine der ersten Volksbibliothekarinnen von Berlin. Der musisch veranlagte Georg hingegen studierte Jura in Königsberg und Leipzig. Er war unter Georg Ellendt Schüler des berühmten „Fridericianums“ gewesen.

Reickes Referendariat in dem Haffstädtchen Heiligenbeil fand später ihren Niederschlag in seinem Roman „Im Spinnenwinkel“. Als Konsistorialassessor an den Oberkirchenrat in Danzig berufen, heiratete Reicke eine junge Malerin, Tochter eines früh verstorbenen Berliner Architekten. Nach drei Jahren als Konsistorialrat wurde er nach Berlin versetzt. Eines Tages war im „Reichsboten“ zu lesen: „Ein Mitglied der hohen Behörde kämpft Schulter an Schulter mit Ibsen und Nietzsche.“ Und als dieses Mitglied gar mit Hermann Sudermann zusammen den „Goethebund“ zur Bekämpfung des drohenden Strafgesetzbuchparagrafen 184a betreffend die „Verbreitung unzüchtiger Schriften“ gründete, war Strafversetzung vorgesehen. Der Mann ohne Vermögen, aber mit vier kleinen Kindern nahm seinen Abschied. Sein Roman „Das grüne Huhn“ und sein Drama „Freilicht“ machten den Freisinnigen rasch bekannt. Der damalige Reichskanzler Bernhard von Bülow holte ihn zunächst ins Reichsversicherungsamt; aber noch vor späterer Verwendung wählten die Stadtväter von Berlin ihn zum Bürgermeister.

Wes Geistes Kind er war, erwiesen Reickes Reden zur Schillerfeier auf dem Gendarmenmarkt am 9. Mai 1905 und zur Hundertjahrfeier der Stein'schen Städteordnung im November 1908. Beides waren Bekenntnisse eines idealistischen Freiheitssinnes. Vier weitere Wesenszüge des Menschen haben sich in den Tätigkeitsgebieten des Bürgermeisters, oft einander durchdringend, ausgewirkt, als da wären Mitmenschlichkeit und soziales Gewissen, Geschichtsbewusstsein, Naturliebe und Kunstfreude. In die Amtszeit des Bürgermeisters Reicke fallen die Eröffnung des Rudolf-Virchow-Krankenhauses und der Anstalten von Buch, die Schaffung des „Schiller-Parks“ und des „Märchenbrunnens“ im Friedrichshain, die Freigabe der Liegewiese im Treptower Park, der Bau des neuen „Stadthauses“ mit der Bärenbekrönung von Georg Wrba und des „Märkischen Museums“ sowie die Rettung des Nicolai-Körner-Hauses in der Brüderstraße als „Lessing-Museum“.

Den bedrängten jungen Dichtern half Reicke, indem er sie zu Standesbeamten machte. Seine oft erhobene Forderung nach einer „Städtischen Galerie“ blieb hingegen erfolglos.

Einen schweren Rückschlag erlitt seine Beamtenlaufbahn, als das für eine Arbeiter-Gartensiedlung vorgesehene Aufmarschgelände des Tempelhofer Feldes im letzten Augenblick durch ein Überbieten seitens der „Terrain-Spekulation“ der Stadt entrissen wurde. Abschluss und Krönung der Dienstjahre bildete 1920 die Verwirklichung der oft von ihm erhobenen Forderung nach einem „Groß-Berlin“. Damit nahm er seinen Abschied.



Zu Besuch in London: Berlins Bürgermeister Georg Reicke (rechts) mit dem Oberbürgermeister Martin Kirschner Bild: BpK

Nur zwei Jahre der ersehnten Freiheit und dichterischen Arbeit waren ihm vergönnt. Georg Reicke erlebte mit seiner Frau einen Münchener Winter als „Studenten-Ehepaar“ im Literatur-Kolleg von Arthur Kutscher oder beim Salvator-Anstich mit Max Halbe. Berlin feierte die Uraufführung seiner Charakter-Komödie „Sie“, mit Erika Glässner wird sie „en suite“ gespielt. Es war der sechste und größte Erfolg als Bühnenautor.

Dem Roman aus dem Leben des Vaters „Der eigene Ton“ folgt anderthalb Jahrzehnte später „Der eiserne Engel“, ein Schlüsselroman der Beamtenerlebnisse. Als das „Berliner-Tageblatt“ ihn vor der Buchausgabe abdruckte, schlossen sich die hellblickenden Augen des Bürgermeisters und Poeten für immer. Er starb an einer Nachwirkung der Kriegsjahre in seiner Wahlheimat am 7. April 1923. *PAZ*

Die Fürsorge reichte für zwei Generationen

Vor 225 Jahren endete die Herrschaft Schwedt-Wildenbruch mit dem Tode von Markgraf Friedrich Heinrich

Der Tod des Friedrich Heinrich von Brandenburg-Schwedt vor 225 Jahren beendete nicht nur das Leben eines Preußenprinzen, sondern auch die Existenz der hohenzollernschen Nebenlinie Brandenburg-Schwedt, zumindest was den legitimen Mannesstamm angeht. Diese Nebenlinie lässt sich bis zur Ehefrau des Großen Kurfürsten Dorothea Sophie von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg verwitwete Herzogin von Braunschweig und Lüneburg zurückführen. Diese schenkte ihrem Mann mit Maria Amalia, Elisabeth Sophie und Dorothea nicht nur drei Töchter, sondern mit Philipp Wilhelm, Albrecht Friedrich, Karl Philipp und Christian Ludwig auch vier Söhne. Und trotzdem hatte keines ihrer Kinder eine reelle Chance, Nachfolger des Vaters zu werden. Denn Dorothea war nach Luise Henriette von Oranien bereits die zweite Frau Friedrich Wilhelms und ihre Vorgängerin hatte wie sie gleich mehreren Söhnen das Leben geschenkt, darunter auch dem ersten preußischen König Friedrich I. Da Dorotheas ältester Sohn nicht auf das Erbe eines Staates hoffen konnte, wollte die Mutter ihrem Kind doch wenigstens eine Herrschaft zusammenstellen, dass diesem einen vergleichbaren Lebensstil ermöglichte.

Hierfür bot sich als Nukleus Schwedt in der Uckermark an. Nach dem Dreißigjährigen Krieg, unter dem Brandenburg sehr gelitten hatte, hatte Friedrich Wilhelm die vom brandenburgischen Kurhaus jahrhundertelang als Lehen vergebene Herrschaft Schwedt für 25000 Taler an den Grafen Gustav Adolf von Fahrensbach verpfändet. Der Graf war mit der Rendite jedoch nicht zufrieden und 1670, also kurz nach der Geburt ihres Ältesten, löste Dorothea die Herrschaft für 26500 Taler aus der Verpfändung. Zehn Jahre später kaufte sie auch noch das Amt Wildenbruch und so entstand die Herrschaft Schwedt-Wildenbruch. Weitere Erwerbungen ließen den Besitz schließlich auf drei Städte, drei Schlösser, 33 Dörfer und 24 Vorwerke anwachsen. Als standesgemäße Residenz ließ sie das Schwedter Schloss errichten, das erst im vergangenen Jahrhundert ein Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft wurde. 1945 brannte es nach vorausgegangenem Granatbeschuss aus und wurde dann 1962 abgerissen. Heute existieren von der Schlossanlage nur noch ein Teil der Gartenanlage, aus dem 2009 bis 2012 der „Europäische Hugenottenpark“ wurde, sowie das 1778 bis 1780 errichtete Jagdschloss Monplaisir.

Dorothea Sophie schuf die Herrschaft als Fürstentumsersatz

1689, und damit nur ein Jahr nach ihrem Mann, starb auch Dorothea. Sie hinterließ ihrem ältesten Sohn ein beachtliches Erbe, das ihm den Lebensstil eines regierenden Fürsten ermöglichte. Philipp Wilhelm verzichtete 1692 in einem Vertrag auf den Anspruch der Souveränität in seiner Herrschaft Schwedt, begnügte sich vielmehr mit Vorrechten. Der erste Markgraf von Brandenburg-Schwedt baute seinen Besitz aus. Das von seiner Mutter erbaute Schloss ließ er erweitern und kostbar ausstatten.

Bei Philipp Wilhelms Tod im Jahre 1711 war sein ältester Sohn Friedrich Wilhelm erst elf Jahre alt. Dessen Vormundschaft übernahmen die jeweiligen Chefs des Hauses Preußen-Brandenburg, erst der Onkel Friedrich I. und nach dessen Tod 1713 der Vetter Friedrich Wilhelm I. Friedrich Wilhelm ist als „der tolle Markgraf“ in die Geschichte eingegangen. Er liebte es, seinen Mitmenschen Streiche zu spielen. Seine Liebe galt jedoch auch der Jagd. Kaiser Karl VI. machte ihn deshalb zum Erzjägermeister des Reiches. Das Fischen kostete ihm schließlich das Leben. Dabei zog er sich nämlich eine Erkältung zu, die so heftig war, dass der mittlerweile 70-Jährige daran 1771 verstarb.

In Friedrich Wilhelms Ära war Schwedt planmäßig zur Residenzstadt ausgebaut worden. Wie sein Vater hatte auch er sich der Verschönerung des Schlosses angenommen. Zur Verschönerung des Schlossumfeldes gehörte auch die Aufstellung von Standbildern aus dem klassischen Altertum, möglicherweise eine Folge seiner Grand Tour, auf der er als Jugendlicher nicht nur die Schweiz, sondern auch Italien besucht hatte.

Der zweite Markgraf von Brandenburg-Schwedt hinterließ mit dem 1725 geborenen Georg Wilhelm von Jaegersfeld zwar einen Sohn, aber der war unehelich. Zwar hatte er mit dem 1741 geborenen Georg Philipp und dem 1749 zur Welt gekommenen Georg Friedrich Wilhelm auch zwei legitime Söhne gehabt, doch waren diese bereits im Kindesalter 1742 bereits 1751 gestorben. So fiel das Erbe an seinen damals einzigen noch lebenden Bruder, Friedrich Heinrich, dessen hervorstechende Eigenschaft die Liebe zur Kultur war. Unter diesem letzten Markgrafen von Brandenburg-Schwedt wurde die barocke Neugestaltung der Residenzstadt vollendet. In seine Ära fällt die Errichtung des Parks Heinrichslust als kleines Lustwäldchen, des Schlösschens Monplaisir und des heutigen Berlischkypavillons als Kirche für die französische Gemeinde und Familiengruft. Als seine wohl bedeutendste historische Leistung gilt jedoch, dass er in Schwedt eines der ersten Theater in Deutschland errichten ließ. 1773/74 entstand auf einem Teil der Orangerie im Schlossgarten ein Theatergebäude für 400 Zuschauer. Musikern aus deutschen Orchestern bot der Markgraf mit seiner Hofkappelle gleichsam ein Podium für Auftritte. Der „schlimme Markgraf“, wie er bezeichnenderweise genannte wurde, liebte allerdings nicht nur die schönen Künste, sondern auch die schönen Frauen.

Nach dem ältesten Sohn und zwei Enkeln war Schluss

Weniger glücklich war er mit seiner Ehefrau. Nicht nur, dass er sie nicht liebte, sie schenkte ihm mit der 1745 geborenen Friederike Charlotte, der letzten Fürstäbtissin des Stifts Herford, und der 1750 zur Welt gekommenen Luise nur Töchter. Zwei Jahre nach dem Tode der ungeliebten Ehefrau im Jahre 1782 heiratete der Markgraf zwar ein zweites Mal und diese Gattin schenkte ihm mit dem zwei Jahre vor der Eheschließung geborenen Friedrich Carl, Stammvater der Freiherren von Stoltzenberg, und dem 1785 geborenen Heinrich Carl sogar zwei Söhne, aber die Ehe war eine zur linken Hand und so die Kinder der beiden folglich nicht erbberechtigt. Deshalb starb am 12. Dezember 1788 mit dem Markgrafen Friedrich Heinrich auch die legitime männliche Linie derer von Brandenburg-Schwedt aus. Das bedeutete das Ende der sogenannten Markgrafschaft Brandenburg-Schwedt. Die Herrschaft fiel an die Hauptlinie, den Kurfürsten von Brandenburg. *Manuel Ruoff*

MELDUNGEN

Mobilität in Oberschlesien

Ratingen – „Fahren, Gleiten, Rollen – Mobil sein im Wandel der Zeit“ lautet der Titel einer Sonderausstellung, die vom Sonntag dieser Woche bis zum 5. Oktober nächsten Jahres im Oberschlesischen Landesmuseum in Ratingen zu sehen ist. Am Beispiel Oberschlesiens begibt sich der Besucher auf eine Zeitreise durch die Entwicklung der Verkehrs- und Kommunikationstechnik sowie Reise- und Sportkultur. Postkarten, Fotos, originale Schriftstücke, Kleidung sowie Alltagsgegenstände wie der Briefkasten und das Telefon visualisieren diese historischen Epochen. Eine Landauer Kutsche, ein Motorrad der Marke Ernst-MAG aus Breslau sowie das Nonplusultra polnischer Mobilität, der Fiat 126p, auch liebevoll „Maluch“ („der Kleine“) genannt, sind die Höhepunkte der Ausstellung. Für Kinder gibt es eine besondere Überraschung, bei der sie nicht nur ein Stück Museumsgeschichte anschauen können, sondern auch berühren und Spaß haben dürfen. Zur Ausstellungseröffnung diesen Sonntag um 15 Uhr sind alle Interessierten eingeladen. Zur Eröffnung wird der Präsident des ADAC, Peter Meyer, ein Grußwort an die Gäste richten. Nähere Informationen erteilt das Oberschlesisches Landesmuseum (OSLM), Bahnhofstraße 62, 40883 Ratingen (Ortsteil Hösel), Telefon (02102) 965-0, E-Mail: info@oslm.de *PAZ*

Grundstein gelegt

Berlin – Auf der Museumsinsel Berlin ist der Grundstein für die James-Simon-Galerie gelegt worden. Mit dieser Galerie erhält die Museumsinsel Berlin ein neues Eingangsgebäude. Das Gebäude nach Plänen des englischen Architekten David Chipperfield wird zentrale Servicefunktionen wie Kassenbereiche, Garderoben, Café und Museumsshop aufnehmen und Räume für Vorträge und Sonderausstellungen bieten. Es soll dem architektonischen Ensemble aus fünf historischen Häusern, das seit 1999 zum Unesco-Welterbe zählt, einen zeitgenössischen Akzent hinzufügen. Sein Namensgeber James Simon gilt als einer der bedeutendsten Mäzene in der Geschichte der Staatlichen Museen zu Berlin. *PAZ*

Luise auf Arte am Sonnabend

Straßburg – Der deutsch-französische Fernsehsender Arte (Association Relative à la Télévision Européenne) widmet Preußens Königin Luise diesen Sonnabend die 55 Minuten ab 21.05 Uhr. Die Ehefrau König Friedrich Wilhelms III. wird dabei dargestellt von Luise Heyer. Das Porträt erfolgt im Rahmen einer sechsteiligen Reihe mit dem Titel „Frauen, die Geschichte machten“. Je drei Folgen werden diesen und den darauffolgenden Samstag ab 20 Uhr ausgestrahlt. Außer Luise werden Jeanne d'Arc, Sophie Scholl, Kleopatra, Elisabeth I. und Katharina die Große vorgestellt. *PAZ*


Bild: Arte/Rose

Luise Heyer als Königin Luise

»Det Schloss« wird es heißen

Zu: Schlossbau (Nr. 45)

Ich war begeistert von der Rekonstruktion des Berliner Schlosses, besonders, als ich vor einigen Jahren das Musterschloss des Herrn von Boddien gesehen hatte. Aber wenn ich nun höre, dass das Gebäude dann Humboldtforum heißen soll, bin ich nicht mehr so erfreut wie anfangs. Der Neubau muss mit seinem Namen auch in einem geschichtlich historischen Zusammenhang stehen, sonst sollte man sich die Wiedererrichtung sparen.

Ich will streng republikanisch gesinnten Menschen ja nichts Böses mit der Bezeichnung Preußenschloss oder Hohenzollernschloss antun, aber wenigstens „Das Berliner Schloss" oder einfach nur „Das Schloss" sollte offiziell schon darauf hindeuten, warum dieser Bau einstmals entstanden ist. Wenn man Herrn von Humboldt neben der Berliner Universität auch noch mit einem Forum ehren will, dann als äußerster Kompromiss etwas langatmig „Humboldtforum im Berliner Schloss". Beim Reichstag hat man sich doch auch nicht so geziert, obwohl das Deutsche Reich längst vergangen ist.

Wie gesagt, es geht um den offiziellen Namen, denn die Berliner werden ohnehin „det Schloss" sagen.

Helmut von Binzer, Hamburg

Junge Autoren für Berlin

Zu: Schlossbau (Nr. 45)

Ich bin immer mehr enttäuscht über die Berlin-Beiträge auf Seite 3. Sie lassen ja gar kein gutes Haar an der deutschen Hauptstadt. Den Gipfel an Hoffnungslosigkeit und Abneigung stellen die Artikel in der Nummer 45 dar. Wo nimmt Frau Lengsfeld die Informationen her, dass der Schlossbau in Frage steht? Ihr Zungenschlag gegenüber Berlin ist sehr befremdlich.

Die alternden Autoren der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* vertreten eine ebenso veraltete, ja starr ablehnende Sicht auf den Hauptstadtstatus und ein mögliches Land Brandenburg (das laut Verbot nicht Preußen heißen darf). „Bundesstadt" – dieses Kunstprodukt aus Bonner Zeiten gehört schnellstens abgeschafft, und alle Ministerien samt dazugehörigen Institutionen sind rasch in die Hauptstadt Berlin zurückzuführen.

Nur, laut Überschrift, „Berlins Westen brummt wieder"? Das kann doch nicht die Grundstimmung dieser Seite bestimmen, die sich „Preußen / Berlin" nennt. Ich erwarte von meiner konservativen *Preußischen Allgemeinen Zeitung* eine optimistisch stimmende Grundhaltung. Ziehen Sie sich dazu jüngere, in Berlin gebürtige Autoren heran mit vorwärtsweisenden Impulsen.

Ditmar Hinz, Berlin

Weg mit dem Brei

Zu: Das Ende der Wahlfreiheit (Nr. 43)

Abermals wird in Berlin ein undefinierbarer und von Pfründenjägern dominierter Einheitsbrei angerührt. Wozu bemüht sich der deutsche Michel eigentlich noch, zur Wahlurne zu gehen? Wie viel glaubwürdiger wäre doch eine unverkennbar-markante, aber durch rebellisch-kämpferische Gegenströmung permanent auf Trab gehaltene Führungsequipe?

Womit erneut die basisfeindliche Fünf-Prozent-Klausel zur Debatte steht. Gefragt sind linke und rechte Politiker, aber keine blassen Figuren.

Vincenz Oertle, Gais/Schweiz

Bunte Vielfalt

Zu: Unnötige Nachhaltigkeit (Nr. 46)

An einem hiesigen Kindergarten muss der „Weihnachtsbasar" einem „Markt der bunten Vielfalt" weichen, angeblich weil „Kinder aus über 20 verschiedenen Nationen" zu betreuen seien. Unabhängig von der Frage, ob damit auch 20 Religionen verbunden sind, fragt man sich, inwieweit sich die Kinder oder deren Eltern an einem „Weihnachtsbasar" stören. Die größten Feinde unserer Kultur sind nach wie vor die Deutschen selbst.

Sylvie Becker, Hamburg

Dummer Michel

Zu: Gewiefte Täuschung (Nr. 45)

Und die Bundesbürger lassen sich gerne hinters Licht führen! In unserer von Neid zerfressenen Gesellschaft genügt allein schon der Hinweis auf die gierigen Reichen, um alle Schleusen für Enteignungen zu öffnen. Der dumme Michel klatscht dann sogar noch Beifall dazu, ohne zu merken, wie auch er um sein bisschen Geld gebracht wird.

Die richtig großen Zocker wechseln einfach in Länder ohne Finanztransaktionssteuer. Als Ergebnis dieser Steuer kommen aber eventuell noch Verluste der heimischen Börsen hinzu, somit weniger Steuern ins Staatssäckel, dafür aber vielleicht mehr arbeitslose Banker und Börsianer, die dann zusätzlich vom neidgeplagten Gerechtigkeitsbürger unterhalten werden müssen. Aber wenn die ehemals Reichen auch nichts mehr haben, braucht Michel auch nicht mehr neidisch zu sein.

Maria-Anna Konietzko, Bad Homburg



Kehrt die Polizei manchen Verbrechen lieber den Rücken zu? Immer mehr Bürger beklagen die Ohnmacht von Polizei und Justiz in Stadtvierteln mit hohem Ausländeranteil Bild: pa

Bis es knallt

Zu: Das manipulierte Bild (Nr. 43)

Die geschilderten Vorfälle protestierender Asylanten sind nur der Beginn der auf uns zukommenden Veränderungen. Das Lampedusa-Unglück war sozusagen das „Sesam-öffne-dich" für den auf uns zukommenden Zustrom von nicht integrierbaren Menschenmassen. Der Terror linker Aktivisten wird zunehmen, die Probleme werden sich im Stile einer Kettenreaktion ausweiten. Und es dürfte vielen Mitbürgern bekannt sein, wie eine unkontrollierbare Kettenreaktion endet.

Das geschichtliche Zeitfenster von einigen guten Jahrzehnten beginnt sich langsam zu schließen, und alle Mitbürger, die diese Jahrzehnte miterleben durften, sollten sich dessen bewusst sein. Solche dramatischen Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur endeten immer in Gewalt. Der von Historikern prophezeite Bürgerkrieg könnte Wirklichkeit werden.

Peter Schumacher, Melsungen

Wir sind pleite

Zu: Gewiefte Täuschung (Nr. 45)

Erst hat die Regierung der Bank (Steuer-)Gelder für ihre Spielsucht gegeben und nun fordern die Banken auch noch das „letzte Hemd" der Steuerzahler. Die Bundesregierung kann nicht mehr reagieren, sie ist pleite – und wir auch.

Jürgen Forbriger, Dresden

Was ist »souverän«?

Zu: Souveränität muss man wollen (Nr. 45)

Falsch! Souveränität muss man als Begriff erst einmal definieren. Denn kaum jemand von der Staats-Nomenklatura, der doch wirklich weiß, wovon er redet, wenn er das Wort Souveränität in den Mund nimmt. Denn das, was man nicht kennt, das vermisst man nicht. Was man nicht kennt, das kann man einfach nicht vermissen.

Gerald Franz, Bonn

SED 2.0 kommt

Zu: Das Ende der Wahlfreiheit (Nr. 43)

Die SED 2.0 ist am Entstehen. Alte und neue Genossen und Genossinnen werden sich auf die weitere Abschaffung Deutschlands und auf die weitere Zwangsenteignung der Bürger verständigen. Es ist so sicher wie das „Amen" in der Kirche. Der deutsche Michel, dem „Pisa" fortgeschrittene Leseschwäche und Verstehensschwierigkeiten im Erwachsenenalter attestierte, wollte es so.

Lothar Schiel, Hofheim

Polizei und Justiz kneifen vor der Wahrheit

Zu: Auskunft verweigert (Nr. 37) und Jammer-Polizei (Nr. 37)

Tatort Duisburg, Oktober 2002: Als eine meiner Kolleginnen durch einen Stadtteil mit einem sozialen Brennpunkt fuhr und an eine Kreuzung kam, an der die Rechts-vor-Links-Regelung galt, bremste sie kurz ab, als unvermittelt ein hinter ihr fahrender Wagen auf ihr Auto auffuhr. Sie hielt an, stieg aus, und dem anderen Fahrzeug entstiegen drei junge Türken. Meine Kollegin fragte sie, warum sie denn aufgefahren seien. „Was", antwortete daraufhin einer der Jugendlichen, „wir sollen aufgefahren sein? Sie haben doch ohne Grund zurückgesetzt und sind uns reingefahren?"

Meine Kollegin konnte es nicht glauben und bestand deshalb darauf, die Polizei zu rufen, womit auch die jungen Leute einverstanden waren. Inzwischen waren an den Fenstern aller umliegenden Häuser Bewohner mit Migrantenhintergrund erschienen, etliche strömten auf die Straße und erklärten lautstark, sie hätten gesehen, wie „die Deutsche" zurückgesetzt und dabei den Wagen „ihrer Landsleute" beschädigt hätte.

Als die Polizei kam, schilderte meine Kollegin den Vorfall, die drei jungen Türken hielten ihre Version dagegen. Ein Beamter bat sie deshalb, zunächst einmal 50 Euro zu bezahlen – nicht als Eingeständnis einer Schuld, sondern lediglich als Bußgeld im Zusammenhang mit dem Unfall. Als meine Kollegin darauf beharrte, dass sie den Unfall nicht verursacht habe und deshalb auch nicht gewillt sei, eine Buße zu zahlen, erwiderte der Beamte, es stehe Aussage gegen Aussage, und die Schuld werde später in einer Gerichtsverhandlung festgestellt. Dann drängte er meine Kollegin, möglichst schnell den Ort des Geschehens zu verlassen, um mitzukommen, damit man alles Weitere in Ruhe bereden könne.

Sie fuhr mit zur Wache, wo sie eine Anzeige erstatten wollte. Die Polizeibeamten erklärten ihr jedoch, dies habe bei der Sachlage kaum Aussicht auf Erfolg, und sie solle sich von dem Gedanken verabschieden; sie seien auch nicht gewillt, die Anzeige aufzunehmen. Meine Kollegin aber beharrte darauf und betonte, sie werde nötigenfalls eine Untätigkeitsbeschwerde an den Polizeipräsidenten der Stadt schreiben. Daraufhin nahmen die Polizeibeamten die Anzeige auf, brachten aber zugleich zum Ausdruck, dass diese keinerlei Erfolg haben werde. Wenn es zur Verhandlung komme, werde sie allein dastehen, während die Türken Unterstützung aus ihrem Stadtteil erhielten.

Und genauso kam es: Bei der Verhandlung am Amtsgericht war der Saal voll von jungen Türken, während meine Kollegin einsam und verlassen diese Situation über sich ergehen lassen musste. Die Richterin schien sich dem Druck der Mehrheit im Gerichtssaal zu beugen, erklärte, dass hier Aussage gegen Aussage stehe und folglich keine Schuldigen festgestellt werden könnten. Fazit: Meine Kollegin erklärte mir, sie werde nie wieder beruflich in jenen Teil der Stadt fahren. Ich gab ihr meine volle Unterstützung.

Als einige Monate später eine Informationsveranstaltung der Polizei abgehalten wurde, bei der man wieder einmal die Statistik der Jugendkriminalität schönredete, meldete ich mich zu Wort, schilderte den Vorfall und sprach in diesem Zusammenhang von rechtsfreien Räumen, die es in der Stadt gebe. Von Seiten der Polizei und der Verwaltung kam umgehend Protest. Doch von keinem der im Raum befindlichen Berufskollegen kam Unterstützung, alle hielten sich bedeckt und gaben mir zu verstehen, ich solle mich doch zurücknehmen, selbst wenn ich im Recht sei.

Das alles geschah, wie erwähnt, schon vor elf Jahren. Kein Wunder also, dass sich diese Verhältnisse seither drastisch verschärft und verschlimmert haben, wie der beschriebene Vorfall aus Berlin-Neukölln deutlich zeigt. Und wenn dann Leute wie Bürgermeister Buschkowsky drastische Strafen fordern, wird gleich wieder die Keule des Rechtspopulismus geschwungen. Deutschland, quo vadis?

Wolfgang Reith, Neuss

Tür aushängen

Zu: Wahnsinn und Gelassenheit (Nr. 42)

Ich verstehe die Aufgeregtheit um den US-Schuldenberg nicht. Läuft doch alles prima. Nachdem Banker in einer Art Staatsstreich 1913 die Fed installiert und die Gelddruckerei gegen Zinszahlung privatisiert haben, ist die USA seit 1933 schon pleite und der Präsident der oberste Insolvenzverwalter. Dieser handelt mittels Präsidialorder im Sinne der Gläubigerbanken als oberster Insolvenzverwalter. Das Ganze ist, wenn man dies weiß, nur eine Theateraufführung wie so vieles in der Politik (Lusitania, Tonking-Zwischenfall und aktuell NSA). Zum Abhörfall kann ich nur sagen: Wer sagt, er habe nichts zu verbergen, kann ja gleich seine Wohnungstür aushängen.

Werner Scholz, München

Lücke geschlossen

Zu: Kommandant U 434 kam aus Arys (Nr. 44)

Ergänzend zu Ihrem interessanten Artikel in der *PAZ* in der Rubrik „Preussen" scheint es für Interessierte erwähnenswert, dass die überraschend kurzfristige Zulassung Wolfgang Heydas zur Seeoffizierslaufbahn im August 1932 einen traurigen Hintergrund hatte: Am 26. Juli '32 sank das Segelschulschiff „Niobe" in der Ostsee unweit von Fehmarn. Dabei fanden 69 Seeleute den Tod, unter ihnen 36 Offiziersanwärter der Crew 32 (Einstellungsjahrgang 1932). Der ostpreußische Kommandant Heyda gehörte zu den Männern, die diese Lücke im Nachwuchs der Reichsmarine füllen sollten.

Peter Kalisch, Hess. Oldendorf

Wie Islamfreunde zu Islamgegnern werden

Zu: Verschiebung der Schuld (Nr. 42)

Den Deutschen wird eine unbegründete Islamophobie vorgeworfen. Vertreter der islamischen Verbände wollen die Islamophobie deshalb unter Strafrecht stellen lassen. Ich gebe es zu: Ich leide unter dieser Phobie. Das war aber nicht immer so. Sie hatte sich über Jahre aus Erfahrungen schleichend entwickelt.

Eine Phobie kann man nur bekämpfen, indem man sich ihr stellt. Voraussetzung dafür war meine intensive Beschäftigung mit dem auf ewig und weltweit gültigen – Koran. Dort fand ich die Hauptgründe für meine Phobie. Alleine schon die zahlreichen Verse (teils in Befehlsform), die die Verachtung, Bedrohung, Bestrafung und Tötung von „Ungläubigen" fordern, bestätigten meine Zweifel an der Friedfertigkeit und Toleranz des Islam. Zusammen mit den negativen Wahrnehmungen in der Öffentlichkeit, wie zum Beispiel Weltherrschaftsanspruch, Hasspredigten gegen die Demokratie, Missachtung unserer Kultur, aggressives Fordern von Sonderrechten für Muslime, Missbrauch des Asylrechts und der Religionsfreiheit, Ehrenmorde, Aushöhlung unseres Rechtsstaates, Dreistigkeiten, Deutschenfeindlichkeit, verbale und tätliche Angriffe auf die indigene Bevölkerung steigerten sie meinen Zorn und führten zur endgültig ablehnenden Haltung.

Diese ungeheuerlichen Provokationen machten mir bewusst, dass ich mich selbst gegen diese totalitäre, menschenrechtsverachtende und rassistische Ideologie einsetzen musste, da unsere Funktionseliten sich offensichtlich nicht mehr an ihren Eid gebunden fühlten, Schaden vom Volk abzuwenden. Die zunehmende Radikalisierung vieler junger Muslime und ihre Forderung auf Durchsetzung der Scharia in Deutschland schüren zudem noch meine inzwischen ausgeprägt feindliche Einstellung gegenüber dem Islam.

Da nicht zu erwarten ist, dass diese explosive Lage politisch entschärft wird, bin ich sicher, dass ich meine begründete Islamophobie nie besiegen kann. Sie ist der Motor, der mich auch weiterhin zu Widerstandsaktionen antreiben wird.

Gisela Recki, Troisdorf

Mit Fugh und Recht

Zu: Er schuf die „Hessenstein"-Bronze (Nr. 43)

Erfreulich, dass in der *PAZ* an den 115. Geburtstag des ostpreußischen Bildhauers Georg Fuhg erinnert wurde. In dem von Carsten Obst 2007 veröffentlichten Buch „Flüchtlinge in Neumünster" findet sich unter der Überschrift „Ein Lebensweg von Ostpreußen nach Schleswig-Holstein" ein informativ geschriebener Aufsatz zu Leben und Werk von Georg Fuhg. Einige Exemplare sind noch über die Geschäftsstelle der Kreisgemeinschaft Lötzen erhältlich. Nebenbei: In Neumünster wird mit der Georg-Fuhg-Straße die Erinnerung an diesen bedeutenden Bildhauer wachgehalten.

Ute Eichler, Hamburg

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Mit Gewinnspiel Seite 18



Das Ostpreußenblatt



Nr. 47 – 23. November 2013

Zweite Einweihung nach über 80 Jahren

Erfolgreiche Zusammenarbeit von Kirche und Staat, Deutschen und Polen bei Denkmalrestaurierung in Deuthen

In Deuthen, heute ein Stadtteil, früher ein Dorf des Kreises Allenstein, ist ein 1932 errichtetes Denkmal für die Opfer des Ersten Weltkrieges nach einer vorausgegangenen Restaurierung ein weiteres Mal feierlich eingeweiht worden.

Das Monument wurde auf dem kleinen Dorffriedhof aufgestellt, auf dem es überraschenderweise bis in die 70er Jahre hinein unangetastet überdauert hatte. Dann war jedoch die gegossene Gedenktafel mit den Namen jener Bewohner, die an den Fronten des Ersten Weltkrieges gefallen waren, von

Deutsch-polnische Mischfinanzierung

unbekannten Tätern entfernt worden. Vier Jahrzehnte lang blieb es also ohne die dazugehörige Inschrift, langsam in Vergessenheit verfallend, darin dem ganzen Friedhofgelände nicht unähnlich. Die fast 300 dort befindlichen Grabeinfassungen zerbröckelten allmählich, der Eingang und die Fenster der zentral stehenden Kapelle mussten zugemauert werden, um wegen rowdyhaften Verhaltens der Jugendlichen fortschreitender Verwüstung Einhalt zu gebieten.

Vor einigen Jahren jedoch veränderte sich dieser ungünstige Sachverhalt gravierend. Ein unter dem Vorsitz von Jan Chlosta tätiger Ausschuss, der zur Pflege der denkmalgeschützten Friedhöfe Allensteins einberufen worden war, nahm sich vor, auch diesen Gottesacker seinem endgültigen Verfall zu entreißen. Systematisch wurden in der Folgezeit die einzelnen Kreuze und Steintafeln gesäubert und, soweit ihr Zustand es überhaupt ermöglichte, wiederhergestellt. Nur das Kriegerdenkmal schien weiter dahinzusiechen, obwohl es einen würdigen Beschützer in der Person eines gebürtigen Deuthener hatte, dessen Vorfahren und Anverwandten vor 80 Jahren maßgeblich an der Errichtung des Denkmals beteiligt gewesen waren: Bruno Mischke. Unermüdlich versuchte Mischke bei den zuständigen Ämtern dessen Restaurierung durchzusetzen. Dies scheiterte stets an vielen formellen und informellen Hindernissen. Mancher Beamte fürchtete nämlich eine „Regermanisierung“ der Landschaft. Darüber hinaus galt eine vollständige Restaurierung sowieso von vornherein als unmöglich, weil keine Liste mit den Namen der Gefallenen existierte und die Tafel ja spurlos verschwunden war.



Die Gedenktafel bezahlten einstige Bewohner Deuthens: Kriegerdenkmal auf dem Dorffriedhof Bild: Supady

Dieses Jahr aber erwies es sich plötzlich als möglich, sich in dieser bislang hoffnungslosen Frage einigen zu können. Man beschloss, das ganze Monument doch zu sanieren und eine neue, deutsch-polnische Gedenktafel daran anzubringen, auf der es heißt: „Dieses Denkmal wurde im Jahre 1932 zum Gedenken an die Gefallenen des Dorfes Deuthen errichtet, die an verschiedenen Frontabschnitten des I. Weltkrieges ihr Leben verloren haben. Das Denkmal wurde im Jahre 2013 restauriert.“ Einvernehmlich arbeiteten nun die Vertreter der polnischen Kommunalbehörde mit den kirchlichen Würdenträgern, die früheren Bewohner Deuthens mit den ehrenamtlichen Tätigen vor Ort zusammen.

Die Arbeit war von Erfolg gekrönt und im Rahmen einer Feier konnte das restaurierte Denkmal der Öffentlichkeit übergeben werden. Bei dem zwar bescheidenen, doch sehr bedeutsamen Festakt gaben sich sowohl der emeritierte Bischof des Ermlandes Edmund Piszcz als auch die stellvertretende Stadtpräsidentin Allensteins Halina Zaborowska-Boruch und der stellvertretende Vorsitzende des amtierenden Stadtrates Marian Zdunek die Ehre. Chlosta, dessen Verdienste um die Erhaltung des historischen Erbes im Ermland unverkennbar sind, hielt eine kleine Andacht. Ein besonderer Dank wurde erneut Bruno Mischke ausgesprochen. Ohne sein großes persönliches Engagement wäre etwa vor ein paar Jahren ein Besuch des örtlichen Jugendchors in Nordrhein-Westfalen, wo er jetzt lebt, nicht zustande gekommen. Darüber hinaus stiftete Mischke auch ein Glasfenster im neuen Kirchengebäude.

Die Finanzierung des Deuthener Denkmal-Projekts ließ sich aus Mitteln der städtischen Konservatorin durchführen. Die Kosten für die neue Erinnerungstafel übernahmen die einstigen Deuthener. *Grzegorz Supady*

Treuespende für Ostpreußen

Liebe ostpreußische Landsleute, verehrte Leser
der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* und des *Ostpreußenblattes,*

was wir für unsere dreigeteilte Heimat Ostpreußen tun können, verwirklichen wir überwiegend mit Hilfe Ihrer Spenden. Wie in den Jahren zuvor folgten Sie auch im vergangenen Jahr zahlreich dem Treuespendeaufruf und ermöglichten uns damit die Fortsetzung unserer vielschichtigen Arbeit zum Besten Ostpreußens und seiner Menschen. Es sind die vielen kleinen Zuwendungen, die entscheidend zum Gesamtaufkommen beitragen, einige unserer Weggefährten konnten sogar namhafte Beträge erübrigen.

Bitte unterstützen Sie auch 2013 mit einer Spende die Fortsetzung unseres Engagements für Ostpreußen. Allen Spendern sage ich ein herzliches Dankeschön!

Der satzungsgemäße Auftrag zum Erhalt kulturhistorischer Bausubstanz, zur Förderung der Völkerverständigung, der Heimatpflege und Kultur, der Wissenschaft und Forschung wird durch eine Vielzahl von Projekten, welche die Landsmannschaft mit Hilfe der Treuespende in den vergangenen Monaten durchgeführt hat, mit Leben erfüllt. Beispielhaft seien das Kulturseminar „Natur und Umwelt in Ostpreußen“ (19.–21. April), die Werkwochen in Allenstein (5.–12. Mai) und Bad Pyrmont (14.–20. Oktober), das ostpreußische Musikwochenende (17.–20. Mai), das Geschichtsseminar „Ostpreußen zwischen Reform und Restauration“ (20.–22. September), der Kommunalpolitische Kongress (27.–29. September), das Deutsch-Russische Forum (11.–13. Oktober) oder das kulturhistorische Seminar „Ostpreußen 1920–2013“ (4.–8. November) genannt. Diese thematisch unterschiedlich ausgerichteten Veranstaltungen haben etwas gemeinsam: Sie tragen dazu bei, das Wissen um Ostpreußen auch nachwachsenden Generationen näher zu bringen. Nur so können wir verhindern, dass das Land zwischen Weichsel und Memel in wenigen Jahren zur „Terra incognita“ wird.

Einen besonderen Erfolg bei der so wichtigen Jugendarbeit konnte die Leiterin des Verbindungsbüros der Landsmannschaft Ostpreußen in Allenstein, Edyta Gladkowska, verbuchen. An der von ihr erstmalig durchgeführten Sommerolympiade für die deutsche Jugend in Ortelsburg (29.–30. Juli) nahmen sage und schreibe 113 Jugendliche im Alter zwischen 15 und 23 Jahren aus den deutschen Vereinen in Allenstein, Bartenstein, Braunsberg, Heilsberg, Johannisburg, Lötzen, Lyck, Mohrungen, Neidenburg, Ortelsburg, Rastenburg und Sensburg teil.

Mit dem Ableben der Erlebnisgeneration schwindet auch das Wissen um Ostpreußen. Viele Menschen sind über den herausragenden Beitrag des Landes für die deutsche und europäische Geschichte nur unzureichend oder gar nicht informiert. Aus diesem Grund unterstützt die Treuespende Einrichtungen wie das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg oder das Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen, die mit ihren Projekten und Ausstellungen auch Menschen außerhalb des Vertriebenenbereiches ansprechen.

Die aus Mitteln der Treuespende bezuschusste Erneuerung der morschen Grabkreuze auf dem Allensteiner Soldatenfriedhof ist fast abgeschlossen. In beiden Weltkriegen haben deutsche Soldaten ihr Leben gegeben, um die ostpreußische Bevölkerung vor dem Feind zu schützen. Ihre selbstlose Opferbereitschaft verdient auch weiterhin unsere uneingeschränkte Anerkennung.

Das von der Landsmannschaft Ostpreußen betriebene Bildarchiv Ostpreußen umfasst mittlerweile dank der Treuespende und des unermüdlichen Einsatzes vieler ehrenamtlicher Helfer über 49000 Aufnahmen. Damit dürfte es sich um das weltweit größte frei zugängliche Bildarchiv für Ostpreußen handeln. Auch beim Internetarchiv des *Ostpreußenblattes* sind steigende Zahlen zu verzeichnen. Monatlich werden rund 200000 Artikel abgerufen. Darunter besonders die frühen Jahrgänge mit ihren zahlreichen Augenzeugenberichten über das Leben in Ostpreußen vor 1945 und die schicksalhaften Ereignisse bei Flucht und Vertreibung.

Königsberg

Ostpreußen helfen Ostpreußen

Am 17. und 18. Mai 2014 wird in Kassel das Deutschlandtreffen der Ostpreußen durchgeführt. Im Rahmen des Bundestreffens finden zahlreiche Veranstaltungen statt, die belegen werden, dass auch 69 Jahre nach Kriegsende die weltweite Ostpreußenfamilie fest und geschlossen zu ihrer angestammten Heimat steht.

Um dies alles fortführen zu können, benötigen wir Ihre Hilfe und Ihre Spende – aus Treue zu Ostpreußen!

Wir geben Ostpreußen Zukunft.

Bitte benutzen Sie für die Überweisung Ihrer Spende den
beiliegenden Zahlungsvordruck oder geben
Sie ihn an Freunde und Bekannte weiter.
Das Spendenkonto bei der HSH Nordbank lautet:
Landsmannschaft Ostpreußen e.V.
Konto-Nr.: 113 647 000 – BLZ 210 500 00
IBAN: DE16 2105 0000 0113 6470 00 – BIC: HSHNDEHH

Stephan Grigat
Rechtsanwalt
Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

ich freue mich immer, wenn ich Zuschriften von Landsleuten erhalte, die noch heute in der Heimat leben, ihre deutsche Herkunft nicht vergessen haben und die Erinnerung an das Land ihrer Kindheit lebendig erhalten wollen. Wie in alten deutschen Liedern und Gedichten – und nach denen sucht Frau **Gerda Krystina Jakubowska** aus Angerburg. Nicht nur für sich selber, sondern auch für andere Heimatgefährten aus dem Kreis der Deutschen Minderheit, der sie angehört. So legt sie den Geburtstagsgrüßen an die Betreffenden immer ein Gedicht oder einen Spruch in deutscher Sprache bei. Aber manche hat sie aus ihrer Schulzeit nur noch in Bruchstücken behalten, und die stammen mitunter auch noch aus anderen Gedichten. Aber wozu gibt es denn die Ostpreußische Familie. Frau Gerda geborene **Blask** hat sich schon einmal an uns gewandt und manche Leserinnen und Leser werden sich noch an die im Dargainen-See gefundene Flaschenpost erinnern, von der wir in Folge 40/2005 berichteten. Das war schon eine seltsame Geschichte, die uns damals Frau Gerda vortrug. Ihr Enkel hatte die Flasche von polnischen Fischern bekommen, denen sie ins Netz gegangen war und die mit dieser „Beute“ nichts anfangen konnten, weil sie zweifellos deutscher Herkunft war. Was sich dann auch bestätigte: Die Bierflasche stammte von der Brauerei Bischofsburg (F. Daum) und war als Transportmittel für eine Mitteilung benutzt worden. Diese bezog sich auf die Feldpostnummer 09933, an die der Finder oder die Finderin Grüße senden sollten. Datiert war das Schreiben vom 18. Juli 1941 – die Flasche hatte also 63 Jahre lang in masurischen Gewässern gedümpelt, bis sie entdeckt wurde. Das war schon eine ganz besondere Geschichte und als solche musste sie auch betrachtet werden, denn außer dem kaum leserlichen Absendernamen **Luschke** oder **Tuschke** und der Feldpostnummer gab es keinerlei Hinweise, und so war die Möglichkeit, den richtigen Empfänger oder Absender zu finden, kaum denkbar. Was sich dann auch bestätigte, denn wir haben nichts mehr von der Flaschenpost gehört.

Eine Brücke zu unseren Landsleuten in der Heimat baut Herr **Siegfried Kugies** auf seinen Reisen nach Ostpreußen, wenn er für die Deutsche Gesellschaft Mauersee und die Johanniter-Sozialstation in Angerburg Medikamente und andere von ihm gesammelte Hilfsmittel mitbringt. Der in Eschingen, Kreis Angerapp geborene Sohn eines Landwirts wuchs in Klein-Budschen, Kreis Angerburg auf, musste 1944 die Heimat als 17-Jähriger verlassen, blieb ihr aber bis heute so eng verbunden, dass er für sein soziales Engagement mit dem Verdienstkreuz am Bande geehrt wurde. Für sein Buch „Der ostpreußische Eisenbahner und die Amerikaner“ wurde er mit dem Angerburger Kulturpreis ausgezeichnet. In diesem im vergangenen Jahr erschienenen Buch, in dem der Autor seine Lebensgeschichte erzählt, erwähnt Siegfried Kugies auch das Evangelische Gesangbuch für Ost- und Westpreußen, das uns in den vergangenen Folgen beschäftigte und das für ihn der eigentliche Grund war, an uns zu schreiben. Er berichtet darin, dass seine Mutter ihr Gesangbuch auf die Flucht mitgenommen hatte und er es zu seinem 60. Geburtstag im Jahr 1986 wieder bekam. Seine Mutter hatte ihm erzählt, dass dieses Gesangbuch in den Lagerhallen in Gotenhafen und im dänischen Flüchtlingslager für sie wie auch für die anderen Frauen und Kinder ein Stück Heimat war. Sein Buch „Der ostpreußische Eisenbahner und die Amerikaner“, das bereits in der *PAZ* ausführlich besprochen wurde, ist nicht nur für seine Landsleute sondern auch für Leser interessant, die sich für die Eisenbahngeschichte der Nachkriegszeit interessieren. Kugies ist heute der letzte Eisenbahner aus dem Rhein-Main-Gebiet, der an der Luftbrücke beteiligt war. (Siegfried Kugies, Taunusstraße 40 in 65468 Trebur, Telefon 06147/7353, Fax: 06147/209056, E-Mail: siegfried.kugies@t-online.de)

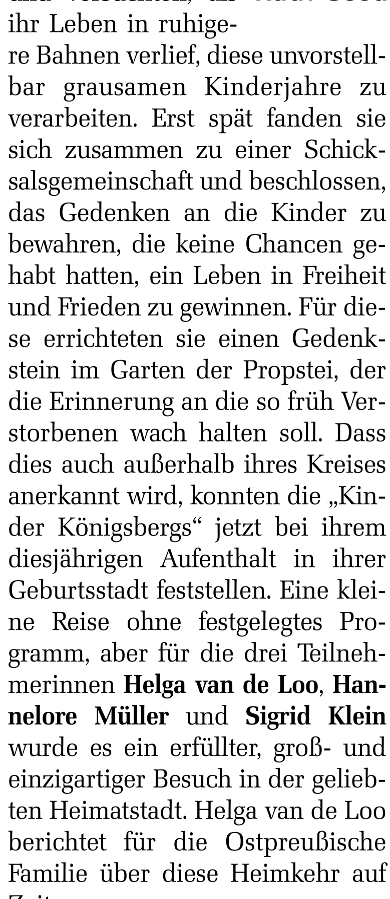


Bunt bemalt wie ein Paradiesvogel: der Taufengel von Aweyden Foto: H. Schneider Bild: H. Schneider

Für Frau **Helga Schneider** aus Wiesbaden ist unsere Ostpreußische Familie Pflichtlektüre und als solche las sie ja auch von den Taufengeln in ostpreußischen Kirchen, über die Herr Dr. **Wolfgang Fiedler** Angaben für seine Dokumentation sucht. Da hatten wir einige Kirchen mit Taufengeln genannt, über die er mehr wissen wollte, und nur auf diese bezogen sich unsere Veröffentlichungen.

Für Frau **Helga Schneider** war es bedauerlich, dass ich einen nicht erwähnt habe, nämlich den Taufengel in der Kirche von Aweyden, denn er hielt auch die Schale mit dem Taufwasser, als sie an einem ersten Augustsonntag 1929 dort getauft wurde, Aber dieser stand nicht auf Herrn Dr. Fiedlers Suchliste, und alle bisher gezählten 85 Taufengel in ostpreußischen Kirchen können wir ja nicht auflisten. Doch die beigefügte Abbildung des Aweyder Taufengels soll eine Ausnahme bilden, weil uns dazu Frau Helga Schneider einen aufschlussreichen Vorgang aus der heutigen Zeit schildert. Zuerst aber zu der Kirche von Aweyden, Kreis Sensburg, die das älteste Gotteshaus Masurens sein soll, als Gründungsjahr wird das Jahr 1437 genannt. Nach der Reformation entstand ab 1600 ein Kirchenneubau, der aber immer wieder durch Kriegswirren und Tatareneinfälle in Mitleidenschaft gezogen wurde. Als dann ruhige Zeiten einkehrten, erhielt die Kirche eine bedeutsame Bereicherung durch den großen Barockaltar mit seinen Schnitzereien und Bildwerken, der bis zum heutigen Tag erhalten geblieben ist. Wie der weiße Taufengel, der später hinzukam, aber inzwischen grell bunt bemalt wurde, was den heute erwachsenen Täuflingen aus der Zeit vor der sowjetischen Eroberung, die nun ihre Taufkirche besuchen, gar nicht gefällt. Frau Helga Schneider macht da keine Ausnahme. Im Jahr 2002 war sie mit ihrem Mann, Sohn und Schwiegertochter auf den Spuren ihrer Kindheit in Aweyden. Sie stammt von dem einst zu diesem Kirchspiel gehörenden Hofgut Wyludda und besitzt noch ausnehmend gut erhaltene Aufnahmen von ihrer Taufe und der anschließenden Feier auf dem Gut. Die heute katholische Kirche steht unter dem Schutz der Unesco. Trotzdem wurden von polnischer Seite gravierende Veränderungen vorgenommen, so auch die paradiesvogelbunte Bemalung des Taufengels. Frau Schneider schreibt über den Besuch in ihrer Taufkirche: „Es war ein Sonntag, und wir warteten am Vormittag den ersten Gottesdienst ab, ein zweiter sollte später folgen. Als die Kirche leer war, betraten wir das Gotteshaus und kamen zu meinem Taufengel, der mir jetzt so buntbemalt nicht mehr so gut gefiel, als plötzlich der polnische Pfarrer erschien und uns den Weg zur Türe wies. Ich erklärte ihm – natürlich auf Deutsch –‚dass ich hier getauft worden bin und diesen Hort der Erinnerung meiner Familie zeigen wollte, was er mit einem kurzen ‚Nicht verstehen‘ beantwortete. Das war natürlich für mich ein schmerzlicher Moment.“ Dass man so des Gotteshauses verwiesen wurde, unter dessen Schutz man die Taufe empfangen hatte, ist schon bitter.

Sie waren noch einmal in ihrer Heimstadt, die „Kinder Königsbergs“, wie sie sich selber nennen, denn keine Institution trug zu ihrem Zusammenschluss bei. Wir haben schon oft über sie berichtet und sie auf ihrem Weg zur Selbstfindung begleitet, denn sie hatten keine Lobby. Sie waren das Strandgut des letzten Krieges, angespült an ein zerstörtes Ufer, das ihnen keinen Halt bot. Verwaist, hilflos und unversorgt sich selbst überlassen, starben Tausende von Kindern in den Ruinen Königsbergs an Hunger und Seuchen. Etwa 500 von ihnen überlebten und versuchten, als ihr Leben in ruhigere Bahnen verlief, diese unvorstellbar grausamen Kinderjahre zu verarbeiten. Erst spät fanden sie sich zusammen zu einer Schicksalsgemeinschaft und beschlossen, das Gedenken an die Kinder zu bewahren, die keine Chancen gehabt hatten, ein Leben in Freiheit und Frieden zu gewinnen. Für diese errichteten sie einen Gedenkstein im Garten der Propstei, der die Erinnerung an die so früh Verstorbenen wach halten soll. Dass dies auch außerhalb ihres Kreises anerkannt wird, konnten die „Kinder Königsbergs“ jetzt bei ihrem diesjährigen Aufenthalt in ihrer Geburtsstadt feststellen. Eine kleine Reise ohne festgelegtes Programm, aber für die drei Teilnehmerinnen **Helga van de Loo**, **Hannelore Müller** und **Sigrid Klein** wurde es ein erfüllter, groß- und einzigartiger Besuch in der geliebten Heimatstadt. Helga van de Loo berichtet für die Ostpreußische Familie über diese Heimkehr auf Zeit:



Ruth Geede Bild: Pawlik

„Eines stand für uns schon von vorneherein fest: der Gottesdienst-Besuch in der Evangelisch-Lutherischen Kirche (Propstei). Sehr bewegt und nachhaltig beeindruckt waren wir von der spontanen herzlichen wie heimatlichen Begrüßung, Aufnahme und Bewirtung. Hier allein fühlen wir inzwischen wohltuend Hort und Halt unserer Heimatstadt Königsberg. Erfreulich ist auch, dass unsere kleine Gedenkstätte, der Stein mit der Inschrift: ‚Zum Gedenken der Kinder die von 1945–1948 ihr junges Leben verloren – die Überlebenden – Juni 2010‘, im gepflegten Garten mit vielen Blumen inzwischen von Gruppen und Einzelpersonen besucht wird. Man sieht es an den kleinen Aufmerksamkeiten wie an einer Bonbondose, einem kleinen Figürchen oder einem bunt bemalten Stein.“ Der Rosenstock, der neben dem Grabstein gepflanzt wurde, zeigte im Herbst noch rosa Blüten. Das mag tröstlich wirken, denn die drei Besucher fanden zwar auf ihren Fahrten und Wanderungen durch die Stadt tief im Gedächtnis verwurzelte Stellen und historische Wahrzeichen, aber ein wohliges heimatliches Gefühl wollte nicht aufkommen. Viele kleine flüchtige Begegnungen und Berührungen mit den jetzigen Bewohnern, ihre spontane Aufgeschlossenheit und Freundlichkeit milderten dann doch manchen traurigen Eindruck. Fazit von Frau van de Loo: „Auch über das große Leiden der Kinder Königsbergs in den Jahren 1945 bis 1948 wird interessiert, offen und sensibel gefragt und gesprochen. Rückblickend dominiert die gewonnene erfreuliche Feststellung darüber, dass viele der neuen Bewohner unserer Heimatstadt zu verstehen geben, dass sie sich der deutschen Vergangenheit, der Kultur, aber auch des großen Leides und der Vertreibung der Bevölkerung aus dieser Region bewusst sind und in Zukunft dieses Bewusstsein auch ausbauen, festigen und historisch ausweisen wollen. Das empfinden wir als Trost und Hoffnung.“

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Ihre Namen konnte die Zeit nicht löschen

Alfred Berg fand die Gräber seiner Urgroßeltern

Sie haben alle Zeiten überdauert, die alten Kreuze auf den Kirchhöfen unserer Heimat. Sie wurden aus Gusseisen geschmiedet und sollten für die Ewigkeit halten, von der man, wenn man sie aufsuchte, einen Hauch zu spüren bekam. Denn die Friedhöfe lagen einsam in der Weite des Landes, hier verlor sich die Zeit in der Ruhe und Stille, in der die Verstorbenen schliefen – unter ihren Kreuzen, die wie schützend ihre Arme über die Gräber breiteten. Auch wenn im Lauf der Jahre die Waldfriedhöfe verwucherten, sie wohl tiefer sanken oder vom fallenden Laub zugedeckt wurden, es blieben doch die Kreuze in der Erde. So fand der Architekt **Alfred Berg** aus Bad Bevensen die Gräber seiner Ahnen, als er auf einem Besuch im Memelland die Hofstelle seiner Großeltern aufsuchen wollte. Das war in Kawohlen, und es handelt sich um den Friedhof, über den wir kürzlich berichteten. Das Bild mit der alten, vom Blitz gezeichneten Eiche auf dem einsam gelegenen Waldfriedhof berührte Herrn Berg besonders, denn dort liegen auch die Gräber seiner Urgroßeltern, deren Namen die Kreuze bewahrt haben. Wie und wann er sie gefunden hat, darüber wollen wir heute berichten. Es soll unser Beitrag zum Totensonntag sein.

Die kleine Reisegruppe, die nur aus drei, dem Memelland verbundenen Landsleuten bestand, kam auf ihrer Spurensuche in der Heimat ihrer Vorfahren auch nach Kawohlen. Alfred Bergs Vater wurde 1901 in dem kleinen Dorf an der Reichsstraße von Memel nach Tilsit geboren, dort ging er auch zur Schule. Als sein Sohn nun das ehemalige Schulhaus aufsuchte, in dem heute Korn gelagert wird, kam er mit dem Fahrer eines Mähdreschers ins Gespräch, der darauf hinwies, dass in dem alten deutschen Dorffriedhof einmal im Jahr ein evangelischer Gottesdienst stattfindet – und das war gerade an diesem Augusttag der Fall. Also beschlossen die Freunde, an der Andacht, die in litauischer Sprache abgehalten wurde, teilzunehmen. Der Friedhof am Waldrand wirkte mit seinem frischen Blumenschmuck auf den jüngeren Gräbern sehr gepflegt. Auf den älteren Grabstätten zeigten die Inschriften auf den eisernen Kreuzen deutsche und litauische Namen. Diesen spürte einer der Freunde besonders intensiv nach, und plötzlich winkte er Herrn Berg zu der Stelle, an der die uralte Eiche stand. Er wies auf zwei verwitterte Kreuze hin, die aus altem Laub und Gestrüpp soweit herausragten, dass man die Namen erkennen konnte:

Anna Berg geborene **Dysel**, geboren 28. April 1847, gestorben 25. Dezember 1922

August Berg, geboren 9. Oktober 1842, gestorben 24. Mai 1895.



Alfred Berg und Neffe Florian an den Kreuzen ihrer Vorfahren Bild: privat

Es waren die Namen der Urgroßeltern von Alfred Berg.

Das war der Augenblick, in dem die Familiengeschichte Konturen annahm, sicht- und greifbar wurde. Der Urenkel der hier zur letzten Ruhe Gebetteten hatte nun einen Platz gefunden, der mit dem Namen Berg für immer verbunden blieb. Der Architekt spürte die Verpflichtung, diese Stelle zu einem Festpunkt der ostpreußischen Familie Berg zu machen. Er beschloss, die Grabstelle wieder herrichten und pflegen zu lassen. Alfred Berg konnte sein Vorhaben mit Hilfe des litauischen Pastors **Darius Perkunas** verwirklichen, der einheimische Handwerker fand, die diese Arbeiten fachgerecht ausführten. Ein Jahr später konnte er sich von der Wiederherstellung der Grabanlage überzeugen, als er wieder an dem jährlichen Gottesdienst der evangelischen Gemeinde teilnahm. Im Anschluss an die Andacht erfolgte im Beisein der amtierenden Geistlichen die Wiedererrichtung der gesäuberten Grabkreuze. Die litauisch gesprochenen Segenswünsche wurden für die deutschen Teilnehmer von Pastor i. R. **Rogga** übersetzt, die sichtbare Anteilnahme der anwesenden heutigen Bewohner benötigte keine Übertragung. Hier auf dem stillen Waldfriedhof von Kawohlen wurden Brücken über die Gräber vom Gestern zum Heute, von Mensch zu Mensch gebaut.

Alfred Berg muss das so empfunden haben, wie es den Worten von Pastor i. R. **Walter Bauch** zu entnehmen ist, der im „Memeler Dampfboot“ über dieses Ereignis schrieb: „So erhielt die Familie Berg wieder einen festen Ort des Gedenkens und der Erinnerung an die Familiengeschichte in ihrer angestammten Heimat. Sie hat den Wunsch, dass dieser Friedhof ein Ort der Erinnerung bleiben möge und Menschen unterschiedlicher Herkunft und Sprache zusammenführt.“ Die Grabstelle wird heute von dem Treckerfahrer, der den Deutschen bei ihrem ersten Besuch den Weg zu dem Friedhof gewiesen hat, und seiner Frau gepflegt.

Mag dieser kleine Bericht für all die Kreuze in der verlorenen Heimat stehen – eisern und unvergänglich. Und die Namen derer bewahren, die das Land bestellt und bebaut, die es bewahrt haben und es nicht verlassen mussten. Sie konnten bleiben und löschen mit ihren Kreuzen die Grenzen von Raum und Zeit. *R.G.*

Wir gratulieren ...

ZUM 101. GEBURTSTAG

Busch, Olga, geb. **Pfeffer**, aus Lyck, am 23. November

Janson, Annemarie von, geb. **Gruber**, aus Goldbach, Goldbach Nord, Kreis Wehlau, am 28. November

ZUM 100. GEBURTSTAG

Klockenhoff, Gertrud, geb. **Sachs**, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 23. November

ZUM 99. GEBURTSTAG

Raszawitz, Eugen, aus Rehwalde, Kreis Elchniederung, am 16. November

Schnabel, Ilse, geb. **Nickel**, aus Inse, Kreis Elchniederung, am 29. November

ZUM 97. GEBURTSTAG

Grust, Frieda, aus Albrechtsfelde, Kreis Treuburg, am 26. November

Walter, Herta, geb. **Borrmann**, aus Grieteinen, Kreis Elchniederung, am 17. November

ZUM 96. GEBURTSTAG

Alexander, Heinz, aus Ortelsburg, am 26. November

Wichmann, Walter, aus Neu-Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 28. November

ZUM 95. GEBURTSTAG

Klein, Fritz, aus Friedlau, Kreis Elchniederung, am 28. November

Modregger, Charlotte, geb. **Schneider**, aus Drusken, Kreis Ebenrode, am 27. November

Quoos, Aurora, geb. **Buddrus**, aus Warten, Kreis Elchniederung, am 26. November

Schlusnus, Dr. Karl, aus Lötzen, und Goldensee, am 28. November

Toman, Elfriede, geb. **Sypitzki**, aus Wiesengrund, Kreis Lyck, am 25. November

ZUM 94. GEBURTSTAG

Franke, Charlotte, geb. **Mattern**, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 27. November

Gleich, Bruno, aus Rautenburg, Kreis Elchniederung, am 29. November

Reinicke, Helene, geb. **Kossat**, aus Groß Budlacken, Kreis Wehlau, am 26. November

Sawatzki, Olga, geb. **Hammermeis**, aus Sannen, Kreis Ebenrode, am 29. November

Trojanzik, Ernst, aus Gordeiken, Kreis Treuburg, am 25. November

Völklein, Margarete, geb. **Gliemann**, aus Lyck, Hindenburgstraße 32, am 24. November

Wronski, Hildegard, geb. **Czichy**, aus Steinhof, Kreis Sensburg, am 28. November

ZUM 93. GEBURTSTAG

Borchardt, Frieda, geb. **Christochowitz**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 23. November

Franke, Gertrud, geb. **Lemke**, aus Reimansswalde, Kreis Treuburg, am 26. November

Götze, Hildegard, geb. **Lasarzik** aus Krupinnen, Kreis Treuburg, am 25. November

Hebestreit, Lieselotte, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 23. November

Krauseneck, Herta, geb. **Gennat**, aus Gutsfelde, Kreis Elchniederung, am 16. November

Laun, Hedwig, geb. **Ludwig**, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 27. November

Metzner, Hildegard, geb. **Passargus**, aus Ruckenfeld, Kreis Elchniederung, am 19. November

Noetzel, Ella, geb. **Kämereit**, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 25. November

Puddig, Gertrud, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 17. November

Sindermann, Martha, geb. **Wottke**, aus Schulstein, Kreis Samland, am 24. November

ZUM 92. GEBURTSTAG

Fladda, Willi, aus Königshöhe, Kreis Lötzen, am 27. November

Gorny, Gertrud, geb. **Eberwein**, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 23. November

Konopka, Irmgard, geb. **Priebe**, aus Osterode Ostpreußen, am 29. November

Martin, Grete, geb. **Zimelka**, aus Neidenburg, am 28. November

Möller, Gerda, geb. **Jaschinski**, aus Tapiau, Markt, Kreis Wehlau, am 25. November

Nischik, Hedwig, geb. **Nowak**, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 27. November

Schönland, Gertrud, geb. **Schories**, aus Klemenswalde, Kreis Elchniederung, am 25. November

Witt, Fritz, aus Groß Engelau, Kreis Wehlau, am 26. November

ZUM 91. GEBURTSTAG

Baumm, Erika, geb. **Adomat**, aus Großwalde, Kreis Elchniederung, am 17. November

Bieber, Erna, geb. **Bajorat**, aus Tawellenbruch, Kreis Elchniederung, am 18. November

Haak, Elly, geb. **Germuhl**, aus Grünau, Kreis Tilsit-Ragnit, am 23. November

Hardt, Waltraut, geb. **Willumeit-Schwark**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 24. November

Klein, Hans, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 20. November

Konietzko, Günter, aus Treuburg, am 27. November

Rauert, Helene, geb. **Nagelski**, aus Steintal, Kreis Lötzen, am 27. November

Rohr, Christa, aus Lyck, Königin-Luisen-Platz 10, am 28. November

Schiemann, Erich, aus Schillen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 22. November

Stankewitz, Lieselotte, geb. **Royla**, aus Kielen, Kreis Lyck, am 29. November

Tessen, Lilly, aus Adlersdorf, Kreis Treuburg, am 23. November

ZUM 90. GEBURTSTAG

Brüggemann, Hildegard, geb. **Kulschewski-Kantner**, aus Grabnick, Abbau, Kreis Lyck, am 25. November

Ciesla, Alfred, aus Fröhlichshof, Kreis Ortelsburg, am 25. November

Dangeleit, Otto, aus Elbings Kolonie, Kreis Elchniederung, am 28. November

Feige, Margarete, geb. **Groß**, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 23. November

Grube, Anna, geb. **Auringer**, aus Neuendorf, Kreis Elchniederung, am 23. November

Krause, Otto, aus Dietrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 27. November

Lasogga, Ruth, aus Rastenburg, am 23. November

Maukel, Erich, aus Ebenrode, am 25. November

Nowotsch, Erich, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 29. November

Peinert, Hedi, aus Augam, Kreis Preußisch Eylau, am 29. November

Rossmannek, Fritz, aus Alt Keykuth, Kreis Ortelsburg, am 24. November

Sczesny, Hildegard, geb. **Schlaszus**, aus Tilsit, am 28. November

Waschik, Willy, aus Richtwalde, Kreis Johannisburg, am 19. November

Weckwerth, Eva-Maria, aus Walden, Kreis Lyck, am 24. November

Zellmann, Edeltraut, geb. **Burnus**, aus Widminnen, am 23. November

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bormüller, Irmgard, geb. **Bembenneck**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 27. November

Budszuhn, Kurt, aus Sensburg, am 24. November

David, Emil Helmut, aus Hohensprindt, Kreis Elchniederung, am 22. November

Dose, Elisabeth, geb. **Buyny**, aus Königsruh, Kreis Treuburg, am 23. November

Dürre, Waltraut, geb. **Lemke**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 28. November

Ehricht, Ingeborg, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 21. November

Gurke, Hildegard, geb. **Guttmann**, aus Rauschendorf Abbau, Kreis Ebenrode, am 25. November

Hasse, Liselotte, geb. **Reinhold**, aus Korschen, Kreis Rastenburg, am 26. November

Hochfeld, Adelheid, aus Treuburg, am 25. November

Höpken, Hildegard, geb. **Urban**, aus Kinten, Kreis Heydekrug, am 23. November

Jaacks, Christel, geb. **Pulter**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 16. November

Kollakowski, Hildegard, geb. **Fester**, aus Muschaken, Kreis Neidenburg, am 25. November

Kähmer, Christel, geb. **Tauras**, aus Lerchenborn, Kreis Ebenrode, am 23. November

Lagerpusch, Horst, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 27. November

Langner, Erika, geb. **Kaehler**, aus Roddau Perkuiken, Kreis Wehlau, am 24. November

Lipski, Gertrud, geb. **Czymoch**, aus Giesen, Kreis Treuburg, am 29. November

Loppow, Hanieli, geb. **Lask**, aus Walden, Kreis Lyck, am 25. November

Maschmann, Elsbeth, geb. **Tamkus**, aus Berkeln, Kreis Elchniederung, am 26. November

Mausolf, Brigitta, aus Rastenburg, am 27. November

Müller, Edeltraut, geb. **Celius**, aus Grenzberg, Kreis Elchniederung, am 23. November

Niemeyer, Hildegard, aus Kechlersdorf, Kreis Lyck, am 28. November

Petscheleit, Werner, aus Pillau, Kreis Samland, am 26. November

Schelinski, Edith, geb. **Albat**, aus Kalkhöfen, Kreis Ebenrode, am 26. November

Schmidt, Elsbeth, geb. **Lemke**, aus Schakendorf, Kreis Elchniederung, am 27. November

Schwettlick, Horst, aus Sophienthal, Kreis Lötzen, am 25. November

Simeth, Traute, geb. **Schulz**, aus Tapiau, Rohsestraße 8, Kreis Wehlau, am 23. November

Reichardt, Charlotte, geb. **Skrimmer**, aus Wehlau, am 29. November

Wisbar, Werner, aus Hochdünen, Kreis Elchniederung, am 22. November

Willig, Lieselotte, geb. **Pucknat**, aus Hainau, Kreis Ebenrode, am 29. November

Zins, Walter, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 24. November

ZUM 80. GEBURTSTAG

Andres, Karl-Heinz, aus Kirpehnen, Kreis Samland, am 23. November

Bausch, Christa Elisabeth, geb. **Dorss**, aus Treuburg, am 26. November

Buchholz, Helga, geb. **Noch**, aus Groß Keylau, Klein Keylau Kolonie, Kreis Wehlau, am 28. November

Cremer, Grete, geb. **Petrick**, aus Klein Friedrichsgraben, Kreis Elchniederung, am 19. November

Cyganowski, Urszula, geb. **Radzimanowski**, aus Schwalgendorf, Kreis Mohrungen, am 26. November

Demenus, Arno, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 20. November

Dömpke, Edith, geb. **Kloß**, aus Wehlau, Gartenstraße 10, am 23. November

Englert, Ingeborg-Mar., geb. **Rogalla**, aus Narthen, Kreis Neidenburg, am 26. November

Heinicke, Ingrid, aus Pötischken/Flachdorf, Kreis Tilsit-Ragnit, am 24. November

Janz, Lina, geb. **Wierczoch**, aus Guttschallen, Kreis Wehlau, am 28. November

Jobmann, Edith, geb. **Duddek**, aus Schwalg, Kreis Treuburg, am 24. November

Johnen, Brigitte, aus Göritten, Kreis Ebenrode, am 25. November

Just, Waltraud, geb. **Krafft**, aus Kickwieden, Kreis Ebenrode, am 29. November

Kistner, Helga, geb. **Schulz**, aus Radomin, Kreis Neidenburg, am 25. November

Krampitz, Margarete, geb. **Tomescheit**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 9. November

Krüger, Werner, aus Prostken, Kreis Lyck, am 24. November

Krummel, Gisela, geb. **Döhring**, aus Schallen, Damerau, Kreis Wehlau, am 27. November

Leske, Christa, geb. **Duddek**, aus Schwalg, Kreis Treuburg, am 24. November

Mrotzek, Gerhard, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, am 25. November

Petruck, Hedwig, geb. **Czapiewski**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 28. November

Pielgrzymowski, Elisabeth, geb. **Selkmann**, aus Chorapp, Kreis Neidenburg, am 25. November

Salomon, Hans-Joachim, aus Tranatenberg, Kreis Elchniederung, am 20. November

Schinski, Annelore, geb. **Olias**, aus Groß Lasken, Kreis Lyck, am 28. November

Schlitzkus, Manfred, aus Ortelsburg, am 26. November

Schoeneck, Heidelore, geb. **Schöne**, aus Lissau, Kreis Lyck, am 26. November

Venohr, Kurt, aus Lank, Kreis Heiligenbeil, am 27. November

Weber, Hans-Ulrich, aus Nassenfelde, Kreis Elchniederung, am 24. November

ZUM 75. GEBURTSTAG

Albrecht, Peter, aus Großudertal, Kreis Wehlau, am 24. November

Bäther, Ingrid, geb. **Manzau**, aus Schakendorf, Kreis Elchniederung, am 26. November

Barden, Karin, geb. **Guthsmuths**, aus Bartkengut, Kreis Neidenburg, am 29. November

Bernhard, Dr. Sigrid, geb. **Netzel**, aus Ebenrode, am 29. November

Böttcher, Wolfram, aus Nassawen, Kreis Ebenrode, am 23. November

Dodszuweit, Alfred, aus Ibenberg, Kreis Elchniederung, am 22. November

Görlitz, Manfred, aus Gerhardsheim, Kreis Elchniederung, am 26. November

Herrmann, Irmtraut, geb. **Westphal**, aus Ahlgarten, Kreis Elchniederung, am 22. November

Hübner, Christel, geb. **Hochfeld**, aus Arnau, Kreis Samland, am 23. November

Jahnke, Ursula, geb. **Symanzik**, aus Buttken, Kreis Treuburg, am 27. November

Krupka, Otto, aus Klein Leschienen, Kreis Ortelsburg, am 29. November

Lukaschik, Wilfried, aus Reuschwerder, Kreis Neidenburg, am 23. November

Möhrlein, Lucie, geb. **Falk**, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 23. November

Puchert, Roswitha, geb. **Härtel**,

Glückwünsche Fortsetzung auf Seite 16

Termine der LO

Jahr 2014

8./9. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont.
5./6. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen.
13./14. April: Kulturseminar, Bad Pyrmont.
17./18. Mai: Deutschlandtreffen der Ostpreußen, Messe Kassel.
6. bis 9. Juni: Ostpreußisches Musikwochenende, Bad Pyrmont.
21. Juni: Ostpreußisches Sommerfest in Allenstein.
19. bis 21. September: Geschichtsseminar, Bad Pyrmont.
13. bis 19. Oktober: Werkwoche, Bad Pyrmont.
24. bis 26. Oktober: Schriftleiterseminar, Bad Pyrmont.
3. bis 7. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont.

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-0.

Hörfunk & Fernsehen

Sonnabend, 23. November, 14 Uhr, RBB: Am Frischen Haff. Doku, D 2010.
Sonnabend, 23. November, 20.15 Uhr, BR: Die Zürcher Verlobung. Komödie mit Lieselotte Pulver, D 1957.
Sonntag, 24. November, 8.05 Uhr, WDR 5: Osteuropa-Magazin.
Sonntag, 24. November, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Kalenderblatt. Vor 300 Jahren: Der englische Schriftsteller Laurence Sterne wurde geboren.
Sonntag, 24. November, 23.15 Uhr, BR: JFK – Tatort Dallas. Politthriller mit Kevin Costner, USA 1991.
Sonntag, 24. November, 23.15 Uhr, Phoenix: Syrien – Blutige Nachbarschaft.
Montag, 25. November, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Kalenderblatt. Vor 40 Jahren: Wegen der Ölkrise gilt in der Bundesrepublik Deutschland erstmals ein Sonntagsfahrverbot für Kraftfahrzeuge.
Montag, 25. November, 17.25 Uhr, Arte: Die Selandia und der Tod von Rudolf Diesel. Doku, DK 2012.
Montag, 25. November, 21 Uhr, Phoenix: Als der Osten durch den Westen fuhr. Die Berliner S-Bahn.
Montag, 25. November, 22 Uhr, BR: Wie Statistiken lügen. Reportage.
Dienstag, 26. November, 18.30 Uhr, Phoenix: Honeckers „Air Force One“.
Dienstag, 26. November, 19.15 Uhr, Deutschlandfunk: Das Feature. Russlands Gotteskrieger. Renaissance des Kosakentums.
Dienstag, 26. November, 20.15 Uhr, RBB: Geheimsache Nazi-Uran: Atomjagd in Brandenburg. Der Wettlauf um die Atombombe hatte seinen Ausgangspunkt in Deutschland.
Dienstag, 26. November, 21 Uhr, RBB: Verschlusssache „Waffenbrüder“. Die Straftaten der Sowjetarmee.
Mittwoch, 27. November, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Kalenderblatt. Vor 80 Jahren: Die NS-Freizeitorganisation Kraft durch Freude wird gegründet.
Mittwoch, 27. November, 13.07 Uhr, Deutschlandradio Kultur: Länderreport. Die Elbe vor Gericht. Der Streit um die Elbvertiefung.
Mittwoch, 27. November, 21.05 Uhr, 3sat: Das Steinzeiträtsel. Die Megalithkultur als Ursprung der Baukunst.
Donnerstag, 28. November, 20.15 Uhr, 3sat: Wissen aktuell. Medizin in der Krise. Der Fortschritt ist unübersehbar, aber nicht alles Machbare ist auch finanzierbar. Doku.
Donnerstag, 28. November, 20.15 Uhr, Phoenix: Hitlers Polizei. Geschichtsdoku.
Freitag, 29. November, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Kalenderblatt. Vor 125 Jahren: Der Arbeiter-Samariter-Bund wird gegründet.
Freitag, 29. November, 20.15 Uhr, 3sat: Wir sind nicht arm, wir haben nur kein Geld. Reportage.
Freitag, 29. November, 21.05 Uhr, N-TV: Weihnachts-Wahnsinn. XXL-Beleuchtung.

Glückwünsche

Fortsetzung von Seite 15

aus Parnehnen, Kreis Wehlau, am 25. November

Reis, Edith, aus Kawohlen, Kreis Heydekrug, am 29. November

Rohde, Siegfried, aus Friedrichshof bei Hoppendorf, Kreis Preußisch Eylau, am 27. November

Schröter, Gretel, geb. **Scheller**, aus Eichhagen, Kreis Ebenrode, am 25. November

Seifert, Margot, aus Neidenburg, am 23. November

Störmer, Arthur, aus Moterau, Heinrichshof, Kreis Wehlau, am 29. November

Syperek, Gerhard, aus Kalkhof, Kreis Treuburg, am 25. November

Weihnachtsfreizeit für Senioren im Ostheim Bad Pyrmont – vom 19. Dezember 2013 bis 2. Januar 2014. Programmangebote: Morgendliches Singen, Gymnastik oder Diameditationen nach dem Frühstück, kleine Spaziergänge, ostpreußischer Filmabend, Basteln oder Lesungen, bis hin zur „Hausweihnacht“ am Heiligen Abend und dem gemeinsam begangenen Jahreswechsel. Echt ostpreußische Küche und Festessen zu den Feiertagen. Bad Pyrmont lädt mit Sehenswürdigkeiten, Einkaufsmöglichkeiten, Cafés, Kulturangeboten und dem Weihnachtsmarkt zum Bummeln und genießen ein.

14-tägige Weihnachtsfreizeit, Einzelzimmer 679 Euro, Doppelzimmer 588 Euro pro Person. Die Preise beinhalten Vollpension mit allen Festmenüs, Hausweihnacht, Silvesterfeier und Gästebetreuung. Die Kurtaxe erhebt das Staatsbad Bad Pyrmont separat. Anfragen und Anmeldungen – bitte nur schriftlich: *Ostheim Parkstraße 14, 31812 Bad Pyrmont, Telefon (05281) 9361-0, Fax (05281) 9361-11, E-Mail: info@ostheim-pyrmont.de*

Landsmannschaftliche Arbeit Landesgruppen



BUND JUNGES OSTPREUSSEN

Vorsitzender: Stefan Hein, Gst.: Buchtstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080, E-Post: kontakt@junge-ostpreussen.de, www.junge-ostpreussen.de.

Donnerstag, 5., bis Sonntag, 8. Dezember: Adventstreffen der ostpreußischen Jugend in Osterode/Ostpreußen. Das vollständige Einladungsschreiben mit weiteren Informationen ist unter www.junge-ostpreussen.de zu finden. Auskünfte und Anmeldung bei BJO-Geschäftsführer Raphael Schmelter unter kontakt@junge-ostpreussen.de oder Telefon/Fax 0049 (2451) 912926.



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Landesgruppe – Sonnabend, 23./Sonntag, 24. November: Stand der Gruppe **„Textile Volkskunst aus Ostpreußen“** beim Herbstmarkt im Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen. – Mittwoch 27. November, 18 Uhr, Haus der Heimat, Großer Saal, Schloßstraße 92: Vortragsreihe der Landesgruppe, Referent: Wolfgang Freyberg, Direktor Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen, Thema: **„Die Geschichte des Deutschen Ordens von Königsberg bis Bad Mergentheim“.** Gäste sind willkommen. Der polnische Herzog Konrad von Masowien ruft den Deutschen Orden zu Hilfe gegen die heidnischen, baltischen Prußen. Kaiser und Papst unterstellen dem Orden die zu erobernden Gebiete. Gründung zahlreicher Burgen und Städte (unter anderem Königsberg). Deutsche Siedler kommen ins Land. Die Prußen werden unterworfen und christianisiert. Baubeginn der Marienburg. 1309 Verlegung des Hochmeistersitzes von Venedig nach Marienburg. Das 14. Jahrhundert ist die Blütezeit des Ordensstaates. Der Deutsche Orden gründet 93 Städte und mehr als 1000 Dörfer nach deutschem Recht. Nach der verlorenen Schlacht bei Tannenberg 1410 büßt der Deutsche Orden seine regionale Vormachtstellung ein. Im Frieden vom Melnosee 1422 wird die Ostgrenze des Ordensstaates festgelegt (sie bestand unverändert bis 1945). Hochmeister Albrecht von Brandenburg-Ansbach säkularisiert 1525 den Ordensstaat, er nimmt das Herzogtum Preußen von der Krone Polens als erbliches Lehen an und führt als erster deutscher Fürst die Reformation ein. Daraufhin wird der Sitz des Hochmeisters von Königsberg nach Mergentheim, später nach Wien, verlegt. Anschließende Diskussion, Eintritt frei.

Buchen – Sonnabend, 23. November: Busfahrt zum „Adler“ in Aschaffenburg mit Frühstück und Modenschau. Anschließend Besuch einer großen Advents-Ausstellung in einer Gärtnerei und bei der abschließenden Vesper-Einkehr erhält jeder Besucher eine Überraschung. Abfahrtszeiten unter Telefon (06281) 8137 bei Rosemarie S. Winkler. – Mittwoch, 27. November, 14 Uhr, Rathaus Buchen-Hainstadt: Frauen-Nachmittag in gemütlicher Bastel- und Kaffeerunde bei viel Plachandern.

Heidelberg – Sonntag, 1. Dezember, 15 Uhr, Hotel Leonardo, Bergheimerstraße 63: „Wir feiern Advent“. Unter diesem Motto findet die letzte Veranstaltung in diesem Jahr statt. Durch das weihnachtliche Programm führt Elisabeth Kallien. Es werden Weihnachtslieder gesungen mit Unterstützung von Herrn J. Springer auf der Zither. Außerdem gibt es Beiträge und Gedichte rund um die Advents- und Weihnachtszeit. Gäste sind herzlich willkommen.

Schwäbisch Hall – Sonnabend, 23. November, 15 Uhr: Die Kreisgruppe lädt herzlich zum traditionellen, jährlichen Grützwurstessen ein. Nach gemütlichem Kaffee- trinken um 15 Uhr zeigt Elfi Dominik einen Videofilm über die bisherigen Ostpreußenfahrten. Um 18 Uhr findet das ostpreußische Grützwurstessen im Seniorenstift der Bausparkasse, im Lindach 4 in Schwäbisch Hall statt. Mitglieder und Freunde sind herzlich dazu eingeladen. Kurzfristige Anmeldungen richten Sie bitte an Frau Dominik unter (0791) 72553.

Stuttgart – Sonntag 1. Dezember ab 14.30 Uhr, Haus der Heimat, Großer Saal, Schloßstraße 92: Die Kreisgruppe Stuttgart trifft sich zu einem Adventsnachmittag mit eigenem Programm und festlicher Gestaltung. Gäste sind herzlich willkommen. – Dienstag, 10. Dezember, 14.30 Uhr, Haus der Heimat, Kleiner Saal, Schloßstraße 92: Die Frauengruppe trifft sich zu einer ostpreußischen Vorweihnachtsfeier mit Grabbelsack, Lesungen, Gedichten und Gesang. Gäste sind herzlich willkommen. – Freitag, 13. Dezember, 14.30 Uhr, Haus der Heimat, Großer Saal, Schloßstraße 92: Adventsfeier der Landsmannschaft Westpreußen mit dem Trio Peter Jurèwitz und festlichem Programm. Gäste sind herzlich willkommen.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

München – Jeden Montag, 18 bis 20 Uhr, Haus des Deutschen Ostens: Ostpreußischer Sängerkreis. Kontakt: Dr. Gerhard Gräf, Offenbachstraße 60, 85598 Baldham, Telefon (08106) 4960.

Nürnberg – Dienstag, 26. November, 15 Uhr, Haus der Heimat, Nürnberg-Langwasser, Imbuschstraße 1: Emil von Behring (1854–1917) aus Hansdorf in Westpreußen, ein deutscher Bakteriologe und Serologe, genannt der Retter der Kinder. Gäste sind willkommen.

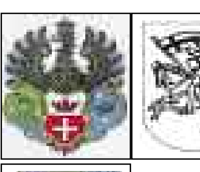
Starnberg – Sonnabend, 8. Dezember: Adventsfeier.

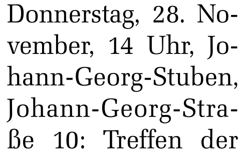
Ulm/Neu-Ulm – Sonnabend, 7. Dezember, 14 Uhr, Ulmer Stuben: Weihnachtsfeier der Frauengruppe. – 14.30 Uhr, Auferstehungskirche Böfingen: Heimatgottesdienst. – Sonntag, 8. Dezember, 14 Uhr, Ulmer Stuben: Adventsfeier der Sudetendeutschen Landsmannschaft. Gäste sind herzlich willkommen.



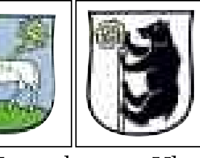
BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

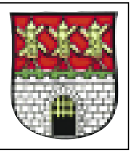




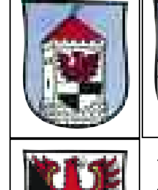
Königsberg/Samland/Labiau – Donnerstag, 28. November, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben, Johann-Georg-Straße 10: Treffen der Gruppen. Informationen bei Prof. Wolfgang Schulz, Telefon (030) 2515995. – Mittwoch, 18. Dezember, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben, Johann-Georg-Straße 10: Treffen der Gruppen. Informationen bei Prof. Wolfgang Schulz, Telefon (030) 2515995.



Heilsberg/Rößel – Sonnabend, 30. November, 15 Uhr, Seniorenfreizeitstätte „Maria Rimkus Haus“, Gallwitzallee 53, 12249 Berlin: Nikolausfeier. Anfragen für Heilsberg bei Benno Boese, Telefon (030) 7215570, für Rößel bei Ernst Michutta, Telefon (05624) 6600.

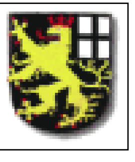


Pillkallen/Schloßberg – Dienstag, 3. Dezember, 14 Uhr, Haus des Älteren Bürgers, Werbellinstraße 42, 12053 Berlin: Adventssingen. Anfragen bei Helga Rieck, Telefon 6596822.

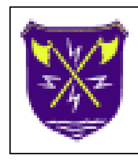




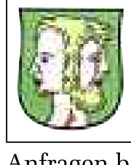
Angerburg/Darkehmen/Goldap – Donnerstag, 5. Dezember, 14 Uhr, Restaurant Oase Amera, Borussiastraße 62, 12102 Berlin: Adventsfeier. Anfragen bei Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



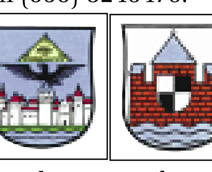
Mohrungen – Donnerstag, 5. Dezember, 15 Uhr, Restaurant Sternstunde, Kreuznacher Straße 29, 14197 Berlin: Weihnachtsfeier. Anfragen bei Ursel Dronsek, Telefon 2614338.



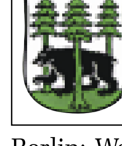
Bartenstein – Sonnabend, 7. Dezember, 14 Uhr, Rathaus Zehlendorf, Zimmer 21, Kirchstraße 1–3, 14163 Berlin: Weihnachtsfeier. Anfragen bei Elfriede Fortange, Telefon (030) 4944404.



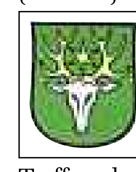
Lyck – Sonnabend, 7. Dezember, 15 Uhr, Kleiner Ratskeller, am Rathaus 9, 10825 Berlin: Adventsfeier. Anfragen bei Peter Dziengel, Telefon (030) 8245479.



Tilsit-Ragnit/-Tilsit-Stadt – Sonnabend, 7. Dezember, 15 Uhr, Ratskeller Charlottenburg, Otto-Suhr-Allee 102, 10585 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Hermann Trilus, Telefon (03303) 402881.



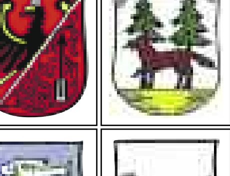
Rastenburg – Sonntag, 8. Dezember, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus, Rohrdamm 24 B, 13629 Berlin: Weihnachtsfeier. Anfragen bei Martina Sontag, Telefon (033232) 188826.



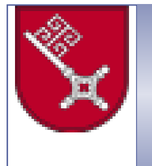
Wehlau – Sonntag, 8. Dezember, 15 Uhr, Gasthaus Linden Garten, Alt Buckow 15 a, 12349 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Lothar Hamann, Telefon (030) 6633245.



Frauengruppe – Mittwoch, 11. Dezember, 13.30 Uhr, Kaffee Tam, Wilhelmstraße 116–117, 10963 Berlin: Weihnachtsfeier. Anfragen bei Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Gumbinnen/-Johannisburg/-Lötzen/-Sensburg – Dienstag, 17. Dezember, Restaurant Dalmata, Albrechtstraße 52, 12167 Berlin: Adventsfeier. Anfragen für Gumbinnen bei Joseph Lirche, Telefon (030) 4032681, für Johannisburg und Sensburg bei Andreas Maziul, Telefon (030) 5429917, für Lötzen bei Gabriele Reiß, Telefon (030) 75635633.



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Stellvertrende Vorsitzende: Marita Jachens-Paul, Ratiborer Straße 48, 27578 Bremerhaven, Telefon (0471) 86176. Landesgeschäftsführer: Jörg Schulz, Am Anjes Moor 4, 27628 Uthlede, Telefon (04296) 74 77 01.

Bremen – West- und Ostpreußen reisten auf den Spuren armenischer Geschichte und Kultur – Eine zwölfköpfige Reisegruppe hatte ein besonderes Reiseziel gewählt. Elf Tage war sie im September auf Rundreise in Armenien, der früheren Sowjetrepublik an den südlichen Ausläufern des Kaukasus. In Reiseführern wird dieses kleine Land, das nicht größer ist als das Bundesland Brandenburg, auch „das Land der Steine“ genannt, ist es doch wegen seiner felsigen Unzugänglichkeit zu fast allen Seiten abgeschlossen. Dabei wirkte es auf die Gruppe überaus reizvoll und mit seinen dichten Wäldern im Norden, weitläufigen kargen Ödländern um die Hauptstadt, zahlreichen Flußtälern in grandiosen Schluchten und dem riesigen Sewansee durchaus freundlich und abwechslungsreich. Armenien ist ein Land uralter geschichtlicher Überlieferungen. Eine Besichtigung des Erebuni Museums ermöglichte einen Einblick in das urartäische Erbe, das bis heute vom armenischen Volk bewahrt wird. Schon bald folgte ihr das Christentum, das die Apostel Thaddäus und Bartholomäus im ersten nachchristlichen Jahrhun-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16



Am Franz-Werfel-Denkmal: Gruppe der LO Bremen Bild: Lohmann

dert hierher brachten. Sie begründeten die armenisch-apostolische Kirche, worauf der damals regierende König schon im Jahre 301 n. Chr. das Christentum zur Staatsreligion erhob und damit die älteste christliche Staatskirche begründete. Mönche schufen ein eigenes bis heute gebräuchliches armenisches Alphabet, und in den folgenden Jahrhunderten entstanden bedeutende Klöster und Kirchen, die heute vielfach von der Unesco als Weltkulturerbe anerkannt sind. Selbstverständlich bildeten diese architektonischen Schätze einen Hauptpunkt im Besichtigungsprogramm der Gruppe, beginnend mit dem in einer engen Schlucht gelegenen Höhlenkloster Geghard. Ein ganzer Tag gehörte beispielsweise der „Klosterstraße“ mit den Welterbeklöstern beziehungsweise -kirchen Haghpat, Odzun und Sanahin.

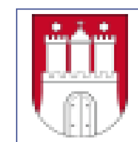
In Sanahin stand die Gruppe plötzlich vor einer unerwarteten Sehenswürdigkeit, einer Gedenkstätte für die Brüder Mikojan. Artjom Mikojan war der Vater der sowjetischen „Mig“, von der hier eine zur Erinnerung aufgestellt ist. Angesichts des Denkmals seines Bruders Anastas wussten sich einige zu erinnern, dass dieser ein Gefolgsmann Stalins war, der diesem an Skrupellosigkeit nicht nachgestanden hatte. Zu den großen Söhnen armenischer Herkunft werden die Brüder heute aber wohl nicht gezählt. Sie werden in den Reiseführern nicht erwähnt. Die Gedenkstätte soll von der Familie privat betrieben werden.

Im Kurort Dilidschan konnten einige Straßen geprägt von ursprünglichen armenischen Holzhäusern mit typischen Balkonen erwandert werden. Überwältigend war der binnenländische Sewan-See, der größte Hochgebirgssee der Welt, zweieinhalb mal so groß wie der Bodensee. Typisch armenische Kreuzsteine waren der Gruppe mindestens bei jeder Kirche begegnet. Auf der Friedhofsanlage von Noradus befand sie sich unversehens in einem tausendfachen Ensemble von Kreuzsteinen und Grabsteinen, deren Entstehung bis in das 13. Jahrhundert zu datieren ist. Spektakulär direkt am Fuße des Ararat wurde mit Blick auf die türkischen Grenzanlagen das Kloster Chor Wirap besucht. Von den zahlreichen weiteren Sehenswürdigkeiten seien noch Etschmiadsin, der Sitz des armenisch-apostolische Katholikos und der Matanadaran, die bedeutendste Aufbewahrungsstätte alter Manuskripte der Welt, zu nennen. Armenien ist sicherlich ein Land westlicher Kultur, das es verdient, viel mehr als nur als Geheimtipp wahrgenommen zu werden. Besonders beeindruckte der Patriotismus, der von vielen Armeniern vertreten wird. Die Ursachen dieses Patriotismus wurden den Teilnehmern von der sympathischen 26-jährigen Reiseführerin, die ihre guten Deutschkenntnisse als Stipendiatin in München erworben hatte, erläutert. Sie nannte die nicht gelösten Konflikte mit den Nachbarländern Türkei und Aserbaidschan, die jeden Armenier bis heute bewegen. Gerne kam sie dem Wunsch der Gruppe nach, zusätzlich den Ort Musaler mit der Gedenkstätte Musa Dagh zu besuchen. Hier befindet sich eine Schule, die den Namen des Schriftstellers Franz Werfel trägt. Dieser hatte den Roman „Die vierzig Tage des Musa Dagh“ geschrieben und darin den erfolgreichen Kampf der Bewohner eines Dorfes in Kilikien, der südlichen heutigen Türkei, beschrieben, das sich 1915 gegen den von den Türken praktizierten Völkermord gewehrt hatte. Sie wurden von der französischen Flotte gerettet und in Musaler angesiedelt.

Das Interesse der Gruppe und der überraschende Besuch in der Schule löste bei der Direktorin große Freude aus. Mit der Gruppe besuchte eine deutsche landsmannschaftliche Vertriebenengruppe die Nachfahren hier angesiedelter Flüchtlinge. Voller Freude über den Besuch ermöglichte sie eine Besichtigung der im Umbau befindlichen Gedenkstätte. Zusätzlich änderte sie den Stundenplan und rief den Schulchor in die Aula, um der Reisegruppe die armenische Nationalhymne und einige andere Lieder, die von der Heimatliebe der Armenier künden, vorsingen zu lassen. Ein Foto mit der Direktorin und der Chorleiterin beschloss einen eindrucksvollen Reisehöhepunkt. Der Tag wurde abends mit der an Musa Dagh erinnernden Nationalspeise Harisa, einem schmack-haften Brei aus Hühnerfleisch und Weizengrütze, abgerundet.

Schließlich war es auch noch möglich, ein Sinfoniekonzert mit Werken des bedeutenden armenischen Komponisten Aram Chachaturian im Konzerthaus Eriwans zu besuchen. So vergingen auch die beiden freien Tage im Anschluss an die Rundreise erlebnisreich und voller Eindrücke aus einem Land, das hofft, den Frieden bewahren und die Arbeitsemigration seiner Bürger bald beenden zu können. Die guten Wünsche der Teilnehmer werden in Zukunft bei den Menschen Armeniens sein. Heinrich Lohmann

Bremerhaven – Sonntag, 24. November, 15 Uhr, Kapelle Geestemünde: Gedenkfeier aller Landsmannschaften. – Freitag, 13. Dezember, 14.30 Uhr, Barlachhaus: Adventsfeier.



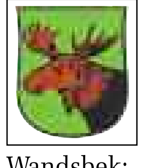
HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

LANDESGRUPPE

Montag, 25. November, 11 Uhr, Haus der Heimat, Teilfeld 8: Stunde der Begegnung. – Sonnabend, 14. Dezember, 14 bis 17 Uhr, Einlass 13 Uhr, Restaurant Lackemann, Litzowstieg 8, 22041 Hamburg (Wandsbek). Parkplatz Quarree, Parkhaus P2: Adventsfeier der Landesgruppe. Durch die Feier führt Siegfried Grawitter vom Kulturreferat. Begrüßung durch den 1. Vorsitzenden der Landesgruppe Hamburg, Hartmut Klingbeutel. Der Ostpreußenchor unter der Leitung von Hanna Guzinski stimmt mit vorweihnachtlichen Liedern auf die Adventszeit ein. Im Programm gibt es einen Gumbinner: „Der Junge mit der Mundharmonika“ erfreut die Teilnehmer mit Weihnachtsliedern zum Mitsingen. Von 15 bis 15.45 Uhr: Gemütliches Beisammensein mit Kaffee und Kuchen. Lesungen von Weihnachtsgeschichten und kleinen Gedichten verzaubern und stimmen die Teilnehmer in Erwartung auf die schöne Adventszeit ein. (Mit U1 und Bussen sehr gut zu erreichen: Von U1 und Busbahnhof Wandsbek-Markt sind es nur wenige Gehminuten. Wenn Sie von der Wandsbeker Marktstraße den Durchgang „Hinterm Stern“ zwischen Quarree und Hotel Tiefenthal durchgehen, sehen Sie das Restaurant Lackemann. Die Gruppe freut sich auf Ihr Kommen: Siegried Grawitter, Evastraße 3 b, 22089 Hamburg, Telefon (040) 205784.

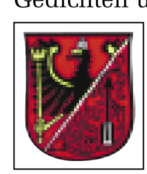
KREISGRUPPE



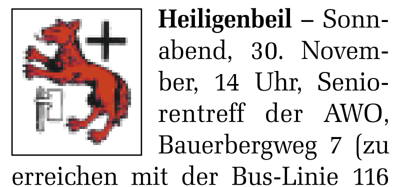
Elchniederung – Mittwoch, 27. November, 14 Uhr, Gesellschaftshaus Lakkemann, Hamburg-Wandsbek: Treffen der Gruppe. Einstimmung auf die Adventszeit mit vorweihnachtlichem Programm, dazu bitte ein Julpäcken mitbringen. Gäste sind herzlich willkommen.



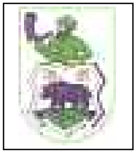
Frauengruppe – Montag, 9. Dezember, 14.30 Uhr, Bergedorfer Schloss, Café la note: Adventsfeier „Wiehnachte is bald“ mit besinnlichen Geschichten, Gedichten und Liedern.



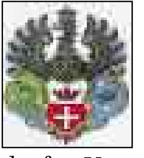
Gumbinnen – Sonnabend, 30. November, 14 Uhr (Einlass 13 Uhr), Restaurant Lackemann, Litzowstieg 8 (Nähe Einkaufs-Center Quarree). U-Bahn 1 bis Wandsbek-Markt, dann fünf Minuten Fußweg durch Hausdurchgang: Treffen der Gruppe. Zum Thema „Adventszeit in Gumbinnen und hier in Hamburg“ bittet die Gruppe um rege Beteiligung. Beim gemeinsamen Singen die Seelen sprechen lassen. Anmeldung erforderlich bis spätestens Montag, 25. November bei Schriftführerin Hilde Janssen-Kaydan, Rathenaustraße 53. Hamburg, Telefon (040) 517931. Gäste sind herzlich willkommen.



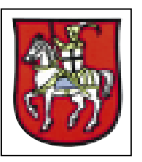
Heiligenbeil – Sonnabend, 30. November, 14 Uhr, Seniorentreff der AWO, Bauerbergweg 7 (zu erreichen mit der Bus-Linie 116 ab U-Bahnstation Billstedt, U-Bahnstation Wandsbek-Markt und U-Bahnstation Hammer Kirche bis Bauerberg, von hier sind es noch zwei Minuten Fußweg): Die Gruppe feiert ihre Weihnachtsfeier. Mitglieder und Freunde sind herzlich eingeladen, natürlich auch die Mitglieder der Kreisgruppe, die in und um Hamburg wohnen. Die Gruppe möchte gemeinsam am Sonnabend vor dem ersten Advent mit Gedichten, Liedern, Geschichten und Bildern aus dem „Schatzkästchen der Kreisgruppe Heiligenbeil“ auf die Adventszeit und das Weihnachtsfest mit Bildern aus der Heimat einstimmen. Kostenbeitrag für Kaffee und Kuchen fünf Euro. Anmeldung bei Lm. Konrad Wien, Telefon (040) 53254980 bis Freitag, 29. November, erbeten.



Insterburg – Die Gruppe trifft sich jeden 1. Mittwoch im Monat (außer Januar und Juli) mit Liedern und kulturellem Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de. – Mittwoch, 4. Dezember, 12 Uhr, Hotel „Zum Zeppelin“, Frohmestraße 123: Einstimmen auf die Adventszeit. Herr Dziobaka (Gumbinnen) stimmt die Teilnehmer mit seinem LAB-Chor mit Gedichten und gemeinsamen Liedern vorweihnachtlich ein. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, Telefon/Fax (040) 587585. E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.



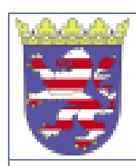
Königsberg – Donnerstag, 5. Dezember, Café Ribling, Fuhlsbüttler Straße 757, Hamburg-Ohlsdorf: Vorweihnachtliches Zusammentreffen der Gruppe. Der Einlass erfolgt ab 13.30 Uhr, so dass die Feier um 14 Uhr beginnen kann. Gäste sind gerne willkommen. Für Unterhaltung wird gesorgt. Um Anmeldung bis zum 1. Dezember wird gebeten bei Brigitte Reimer, Telefon (040) 873495.



Osterode – Sonnabend, 30. November, 14 Uhr, Café Prinzess, Alsterdorfer Straße 572, Hamburg-Ohlsdorf: Die Gruppe lädt zur Weihnachtsfeier mit einer gemeinsamen Kaffeetafel und musikalischer Begleitung ein. Julklapp-Päckchen können mitgebracht werden. Verwandte und Freunde sind ebenfalls willkommen. Über Anmeldungen freuen sich Marlies und Günther Stanke, Dorfstraße 40, 22889 Tangstedt, Telefon (04109) 9014.

BEZIRKSGRUPPE

Hamburg/Wilhelmsburg – Montag, 25. November, 15 Uhr, Gasthaus Waldquelle, Meckelfeld, Höpenstraße 88 (mit Bus 443 bis Waldquelle): Heimatnachmittag. – Montag, 9. Dezember, 14.30 Uhr, Gasthaus Waldquelle, Meckelfeld, Höpenstraße 88 (mit Bus bis 443 bis Waldquelle): Vorweihnachtliche Feier nach ostpreußischer Art.



HESSEN

Stellvertretender Vorsitzender: Ulrich Bonk, Voltastraße 41, 60486 Frankfurt/Main, Telefon (069) 77039652.

Darmstadt – Bericht –Das Treffen im Kranichsteiner Bürgerhaus am See war gut besucht. Waltraud Barth und Gisela Keller hatten zum Erntedank den Saal festlich mit Blumen und Früchten wie Herbstastern, Topinambur, Laub, Mohrrüben, Äpfeln, Kartoffeln und Kürbissen geschmückt. Gerhard Turowski sprach das geistliche Wort. Gerhard Schröder berichtete, dass der russische Gouverneur im Königsberger Gebiet angeordnet hat, dass dort eine Reihe von Kirchen und Ordensburgen restauriert werden sollen. Einige sollen auch verpachtet werden, um sie vor dem Verfall zu retten. Der Anfang wurde mit der Kirche von Angerapp (Darkehmen) gemacht. In Tilsit ist ein neues Denkmal von der Königin Luise aufgestellt worden. – Anni Oest grüßte alle, die Geburtstag hatten, mit dem Gedicht „Jeden Tag ein bisschen Sonnenschein“. Hannelore Neumann las die Geschichte „Den Göttern sei Dank – eine Erinnerung“. Der Film von Wolfgang Lansdorf musste leider wegen technischer Schwierigkeiten abgebrochen werden. Kurt Rippert und Inge Wenchel (beide Akkordeon) sowie Ruth Wille (Gitarre) spielten volkstümliche und heimatliche Weisen. Gisela Keller las Agnes Miegels Gedicht „Der ist in tiefster Seele treu, der seine Heimat liebt wie du“. Der Weiterstädter Seniorensingkreis erfreute mit Liedern wie „Zogen einst fünf wilde Schwäne“ oder „Wo die Ostseewellen trecken an den Strand“. Zum Abschluss las Ruth Wille das Gedicht „Plötzlich ist Weihnachten da“. Bei der nächsten Zusammenkunft wird Ruth Lask aus dem zweiten Teil ihres Buches mit ihrer Lebensgeschichte lesen.

Dillenburg – Mittwoch, 27. November, 15 Uhr, Café Eckstein, Königsberger Straße: Nächste Monatsversammlung. Gerda Weber und Pfarrer i. R. Dietmar Balschun werden auf die Adventszeit einstimmen, mit Weihnachtsliedern und dem Kirchenfensterbild des Juden Marc Chagall „Es ist ein Ros entsprungen“. – **Bericht** – Bei der letzten Monatsversammlung berichtete Bernd Kohlhauer anhand von Dias über den zweiten Teil der Ostpreußenreise 2010. Es ging zunächst nach Frauenburg am Frischen Haff, wo im 16. Jahrhundert Nikolaus Copernicus als Domherr gelebt und gewirkt hatte. Im Hof des Domgeländes befindet sich der Turm, von dem aus er seine Beobachtungen über den heliozentrischen Lauf der Planeten um die Sonne machte, und von wo man einen schönen Blick über die Stadt mit dem Hafen am Haff und bis zur Frischen Nehrung mit Kahlberg hat. Dieses einstige Fischerdorf, 1945 Zielpunkt der über das zugefrorene Haff vor den Russen Flüchtenden, entwickelt sich immer mehr zum mondänen Badeort, der vor allem von reichen Russen besucht wird. Im Dom selbst sah die Reisegruppe das Grabmal von Copernicus. Weiter ging es über Heiligenbeil, der polnisch-russischen Grenzstation, nach Königsberg. Bernd Kohlhauer zeigte mehrere noch erhaltene Königsberger Tore, das Brandenburger Tor, den Dohnaturm mit dem Bernsteinmuseum – die neue orthodoxe Kathedrale neben dem ehemaligen Nordbahnhof und daneben die kleinere Hochzeitskirche, die Bauruine Rätehaus, das Zollhaus am Pregel und die Luisenkirche, in der heute ein Puppentheater untergebracht ist. Dazwischen blendete er immer alte Aufnahmen ein, zum Beispiel von alten Geschäftsstraßen und dem Platz vor dem Schloss mit dem Kaiser-Wilhelm-Denkmal. Bei der Weiterfahrt zur Kurischen Nehrung wurden Rauschen und Cranz besucht, in Palmnicken blickte man auf den Bernstein-Tagebau, wo aus der „blauen Erde“ Bernstein gewonnen wird. Ein anderes Bild zeigte Bernsteinfischer an der Samlandküste mit Keschern. Auf der Kurischen Nehrung, die Naturschutzgebiet ist, sah die Reisegruppe vor allem die Vogelwarte bei Rossitten. Sie wurde vor über 100 Jahren von dem „Vogelprofessor“ Johannes Thienemann gegründet. Während des Vogelzugs im Frühling und Herbst ziehen täglich oft mehr als 300000 Vögel durch, von denen einige in Netzen in den Dünen gefangen, bestimmt, gemessen und beringt werden. Nach dem Krieg wurde diese Vogelwarte nach Radolfzell am Bodensee verlegt, wo sie ihre Arbeit fortsetzte. Heute arbeitet die Vogelwarte Rossitten unter der Leitung von Professoren aus St. Petersburg, wird aber von deutscher Seite finanziell unterstützt. Außerdem gab es einen Aufenthalt im litauischen Nidden. Dort besuchte man das Haus von Thomas Mann, der dort in den 1930er Jahren die Sommermonate verbrachte, und das heute ein Museum ist. Bernd Kohlhauer zeigte auch schöne Dias von der Wanderdünen-Landschaft rund um Nidden. Den Abschluss der Reise bildete eine Fahrt durch Masuren, mit den schönen Alleen und Storchennestern, mit der Wallfahrtskirche Heiligelinde mit seiner wundertätigen Madonna, und nach Nikolaiken, wo man den sagenhaften „Stinthengst“ als Brunnenfigur bestaunte. Dieser Stint-

SEPA-Umstellung

Zum 1. Januar stellen wir unser Lastschriftverfahren auf das neue SEPA-Verfahren um. Für diejenigen, die uns eine Einzugsermächtigung erteilt haben, ändert sich nichts. Abonnenten, die eine Rechnung erhalten, senden wir automatisch neue Überweisungsvordrucke zu. Ihre *PAZ*

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

hengst, „König der Stinte“, fraß der Sage nach den Fischern die Fische im See weg, die ihn dann zur Strafe an einer langen Kette gefangen hielten. Von Mai bis Ende September kann man ihn unter der großen Straßenbrücke bestaunen. Bernd Kohlhauer bekam für seinen Bericht, zu dem immer wieder Gruppenmitglieder Ergänzungen beitrugen, lebhaften Applaus.

Wetzlar – Die Kreisgruppe trifft sich am 1. Advent (1. Dezember) um 15.30 Uhr zur Adventsfeier in den Wetzlarer Grillstuben, Stoppelberger Hohl 128. – **Bericht** – Während des November-Treffens sprach Dr. Peter Wörster vom Marburger Herder-Institut über den Zuzug preußischer Kaufleute und Handwerker in die baltische Handelsmetropole Riga in den Jahren 1603 bis 1889. Wörster berichtete, dass sich sein Vortragsthema aus dem Fund eines Bürgerverzeichnisses von Riga im Archiv des Marburger Forschungsinstituts ergeben habe. Die darin aufgeführten Namen, Herkunftsorte und Berufe der Zuwanderer spiegelten den regen Austausch zwischen der preußischen Ostprovinz und dem damaligen Livland im 17., 18. und 19. Jahrhundert wider. Die Liste enthalte 622 Namen von Personen aus Ost- und Westpreußen mit Handwerksberufen wie Bäcker, Metzger, Schreiner, Schlosser und Fassbinder. Von 1764 bis 1769 habe Johann Gottfried Herder aus dem ostpreußischen Mohrungen als Lehrer und Prediger in Riga gewirkt, bevor er im thüringischen Weimar die Stelle des dortigen Superintendenten übernommen habe. Vermisst würden im Rigaer Bürgerverzeichnis aus dieser Zeit ost- und westpreußische Bauern, die in der baltischen Hafenstadt verständlicherweise keine ihrem Beruf angemessene Beschäftigung gefunden hätten. Der Zuzug von Migranten nach Riga erkläre sich damit, so Wörster, dass Zar Peter der Große (1672 bis 1725) bei der Übernahme der einstigen baltischen Provinzen Schwedens Kurland, Livland und Estland im Jahre 1710 beabsichtigt habe, für Russland „ein Fenster nach Westen aufzustoßen“. Riga habe sich unter seiner Regie wegen seiner günstigen geografischen Lage zur Ostsee und nach Russland hin im Ostseeraum schließlich zu einem Zentrum für Handel und Verkehr entwickeln können und sei somit auch zu einem Anziehungspunkt für Handelstreibende auf den Weltmeeren geworden.

Wiesbaden – Donnerstag, 28. November, 18 Uhr, Gaststätte Haus Waldlust, Rambach: Festliches Wildessen. – Dienstag, 10. Dezember, 15 Uhr, Haus der Heimat, Wappensaal, Friedrichstraße 35: Weihnachtsfeier. Zu der Veranstaltung sind auch Gäste herzlich willkommen.



MECKLENBURG-VORPOMMERN

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

Anklam – Sonntag, 1. Dezember, 11 bis 16 Uhr, Mehrzweckhalle „Volkshaus“ Anklam (Baustraße / Nähe Markt): Diesjährige Adventsfeier. Eingeladen sind alle Landsleute aus Ost- und Westpreußen, Pommern und der Neumark, dem Sudetenland und Schlesien. Angehörige und Gäste sind ebenfalls herzlich willkommen. Auf dem Programm stehen die Jahreshauptversammlung 2013 mit Jahresrückblick, Kassenbericht und die Vorhaben für 2014 sowie eine Adventsandacht mit feierlichem Jahresgedenken. Vorbereitet sind ein gemeinsames Mittagessen, eine gemütliche Kaffeetafel und ein schönes Angebot an Bärenfang und Heimatbüchern. Ein Ohrenschmaus wird das Advents-Konzert vom Shanty-Chor Karlshagen. Im Volkshaus ist zugleich Gelegenheit, Weihnachtspäckchen für Ostpreußen zu spenden. Diese sollen eine Woche später mit der Fähre ins Memelland (Litauen) gebracht werden. Die Justizministerin von Mecklenburg-Vorpommern, Uta-Maria Kuder, will die Spendenaktion persönlich unterstützen.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Braunschweig – Mittwoch, 27. November, 15 Uhr, Stadtparkrestaurant (Eingang Sozialverband), Jasperallee 42: Vortrag „Aktiv und fit im Alter“. Möglichkeiten durch vielseitige Betätigungen bei „Anti-Rost“.

Buxtehude – Freitag, 6. Dezember, 15 Uhr, Hoheluft: Adventliche Feierstunde. Anmeldungen bei Familie Wander, Telefon (04161) 87918.

Hannover – Freitag, 6. Dezember, 14.30 Uhr, Ihmeblick, Roesebeckstraße 1: Weihnachtsfeier mit Pastor Wolfram. Um Anmeldungen wird gebeten unter Telefon (05101) 2530.

Helmstedt – Donnerstag, 12. Dezember, 15 Uhr, Begegnungsstätte, Schützenwall 4: Adventsfeier.

Oldenburg – Mittwoch, 11. Dezember, 15 Uhr, Stadthotel Eversten: Adventsfeier mit einem Basartisch mitgebrachter Weihnachtsbäckereien und -basteleien. Freunde und Bekannte sind herzlich willkommen. – **Bericht über die Versammlung am 13. November** – Der emeritierte Pastor Helmut Brauer aus Lübeck berichtete von seiner „Spurensuche in Obornik“ (Posen), bei der er den Spuren seines Vaters, 1933 bis 1945 evangelischer Pastor im polnischen und ab 1939 deutschen Posen, nachgegangen ist. Er beschäftigte sich vor allem mit den Ereignissen zu Beginn des Zweiten Weltkriegs, einer Rekonstruktion des Internierungsmarsches Oborniker Bürger und den Nachforschungen, die bereits sein Vater vor Ort getätigt hatte. Sein Vater hat sehr viele Fotodokumente aus dieser Zeit hinterlassen, auch damals bereits Farbdias. Zusammen mit diesen und den Dokumenten, die Pastor Brauer in polnischen Archiven gefunden hat, bot er einen beeindruckenden Bildervortrag rund um die Ereignisse sowohl der polnischen als auch der deutschen Seite, die für viele Zuhörer spannend, aber auch unbekannt waren. Das Ostpreußenlied und einige Volkslieder der vervollständigten einen schönen Nachmittag.

Osnabrück – Donnerstag, 28. November, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Literaturkreis. – Sonntag, 1. Dezember, 15.30 Uhr, Parkhotel: Adventsfeier.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bielefeld – Sonntag, 1. Dezember, 15 Uhr, Wohnstift Salzburg, Memeler Straße 35, 33615 Bielefeld: Adventsfeier. – Montag, 2. Dezember, 14.30 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock, 33602 Bielefeld: Zusammenkunft der Frauengruppe Ost- und Westpreußen. – Donnerstag, 5. Dezember, 14.30 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock, 33602 Bielefeld: Gesprächskreis der Königsberger und Freunde der ostpreußischen Hauptstadt. – Donnerstag, 12. Dezember, 14.30 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock, 33602 Bielefeld: Ostpreußisch Platt und Literaturkreis.

Bonn – Sonntag, 24. November, 15 Uhr, Nordfriedhof Bonn: Ostdeutsches Totengedenken der Kreisgruppe. – Dienstag, 26. November, 14 Uhr, Nachbarschaftszentrum Brüser Berg, Fahrenheitstraße 49: Frauenkreis. „Licht im Ost“. – Sonntag, 8. Dezember, 15.30 Uhr, Haus am Rhein, Elsa-Brandström-Straße 74: Adventliche Stunde.

Düren – Mittwoch, 11. Dezember, 15 Uhr, HDO, Holz-Straße 7 A: Weihnachtliches Beisammensein.

Düsseldorf – Donnerstag, 5. Dezember, 19.30 Uhr, GHH/Raum 412, Ostpreußenzimmer: Offenes Singen mit Barbara Schoch. – Sonntag, 8. Dezember, 10 bis 16 Uhr, GHH/Raum 412, „Ostpreußen“, 4. Etage (Aufzug vorhanden): Ost- und mitteldeutscher Weihnachtsmarkt mit Ostpreußenstand. – Mittwoch, 11. Dezember, GHH/Raum 311 „Siebenbürger Sachsen“: Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt. – 19 Uhr, GHH/Konferenzraum: „Weihnachten auf Hohen-Vietz“. Dr. Hajo Buch liest aus Theodor Fontanes Roman „Vor dem Sturm“ aus dem Winter 1812/13. Ein Abend mit Literatur und anderen adventlichen Genüssen. – Donnerstag, 12. Dezember, 19 Uhr, GHH/Eichendorffsaal: Konzert mit dem Malinconia-Ensemble Stuttgart, „Richard Wagner zum 200. Geburtstag“.

Ennepetal – Sonntag, 24. November, 11.30 Uhr: Treffen am Gedenkstein in der Gasstraße zum Totensonntag.

Gütersloh – Donnerstag, 5. Dezember, 15.30 Uhr, Gütersloher Brauhaus, Unter den Ulmen 9: Treffen der ostpreußischen Frauengruppe. – Sonnabend, 7. Dezember, 15 bis 22 Uhr, Spexarder Weihnachtsmarkt: Seit sieben Jahren bietet die Landsmannschaft Ostpreußen auf dem Gütersloher Spexarder Weihnachtsmarkt Spezialitäten aus Ostpreußen an. Es gibt Grützwurst (Graupenspeise), Bigos (Sauerkrauteintopf), Bartsch (Rote Beete-Suppe), Schmalzbrote und Bärenfang (Honigschnaps). Da der Stand sehr gut besucht ist und alles selbst zubereitet wird, ist die Gruppe nur am Sonnabend, 7. Dezember, dort. Herzliche Einladung zum Spexarder Bauernhaus, Lukasstraße 14.

Leverkusen – Sonnabend, 7. Dezember, 14.30 Uhr, Herz-Jesu-Kirche, Wiesdorf, Marktplatz 1: Die LO feiert ihr traditionelles, auch heimatbezogenes Weihnachtsfest und lädt alle Mitglieder mit Familien, Freunden und Gästen herzlich ein. Kaffeetafel um 14.30 Uhr, Programmbeginn mit Krippenspiel, Chor und anderen Darbietungen um 15 Uhr. Kinder sind herzlich willkommen. Anmeldung erforderlich bei Anna Pelka, Telefon (0214) 95763. – Mittwoch, 11. Dezember, 14 Uhr, Haus Ratibor: Die Frauengruppe begeht ihr Weihnachtsfest mit einer festlichen Tafel und einem herzlichen Dankeschön der Leiterin Anna Pelka für das schöne und erfolgreiche Jahr und die Treue der Mitglieder. Eingeladen wurde auch der Weihnachtsmann, der sehr gut vorbereitet ist und beim Danken helfen wird.

Mülheim – Dienstag, 10. Dezember, 15 Uhr, Handelshof: Vorweihnachtliches Beisammensein.

Neuss – Donnerstag, 28. November, 15 bis 18 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube, Oberstraße 17: Tag der offenen Tür mit Kaffee und Kuchen. Einstimmung auf die Adventszeit. Gemeinsames Singen und Gedichtvorträge. – Sonntag, 1. Dezember, 15 Uhr (Einlass ab 14 Uhr), Marienhaus, Kapitelstraße 36: Adventsfeier der Ostpreußen mit besinnlichen Liedern, Gedichten und Chorgesang, Kaffee und Kuchen und ostpreußischen Spezialitäten.

Wuppertal – **Bericht von der Jahreshauptversammlung** – Nach der Begrüßung durch den 1. Vorsitzenden Hartmut Pfecht wurde in einer Schweigeminute der Verstorbenen gedacht. Seit vier Jahren ist Pfecht Vorsitzender der Gruppe. In seinem Geschäftsbericht dankte er den Mitgliedern für die bisherige Treue und verkündete, dass er gerne das Amt des 1. Vorsitzenden ausübe. Im November 2012 wurde die Gruppe durch eine Aktion der hiesigen Zeitung zum Verein der Woche deklariert und erhielt einen Getränkegutschein. Die Adventsfeier 2012 wurde von 78 Personen besucht, der Chor Harmonie, die Tanzgruppe und ein Mundharmonikasolist sorgten für gute Unterhaltung. Der Höhepunkt der Feier war der Besuch des „Nikolaus“ Otto Lingnau, der vor Jahren dieses Amt übernommen hatte. Er richtete besinnliche Worte an Mitglieder und Gäste und schenkte allen einen selbstgebastelten Wicht. Im Januar 2013 zeichnete D. Kalkhorst mit dem Verdienstabzeichen der Landesgruppe NRW der LO Pfecht aus. Bei der vorösterlichen Runde überraschte Lingnau, diesmal als Osterhase, alle mit einem selbstgebastelten Osterei aus Holz. Mitglieder des Vorstands nahmen an der Frühjahrstagung der Landesgruppe in Oberhausen teil. Für das traditionelle Grützwurstessen hatte Helga Piontek wieder leckere Wurst eingekauft. Im April wurde ein Arbeitsessen mit dem Vorstand der Solinger Gruppe als Zeichen der überaus guten Zusammenarbeit beim Kleinen Ostpreußentreffen auf Schloss Burg durchgeführt. Im Mai besichtigte der Vorstand die Wülfrather Altstadt, das Heimatmuseum, und anschließend wurde die Bergische Kaffeetafel zelebriert. Das 3. Maifest wurde inzwischen nicht nur von Ostpreußen angenommen, daher sehr guter Besuch und ein sehenswertes Programm. Höhepunkt der Veranstaltung war das Mundharmonikaduo U. Busch und W. Bombe sowie Solo von H. Wasmann. Herr Zauner zeichnete Ursula Busch und Helga Piontek mit dem Verdienstabzeichen der LO aus. Im Juli hielt eine Hörakustikerin einen Vortag. Das Kleine Ostpreußentreffen auf Schloss Burg wurde mit vielen selbstgebackenen Kuchen unterstützt. Den Tagesausflug nach Wiehl zur Dahlienschau, Siebenbürgerheimatstube und Brauereibesichtigung organisierte Sigrid Kruschinski. Im August und September hielt Helga Nolde interessante Vorträge über textile Volkskunst in Ostpreußen und schilderte den Ablauf der Werkwochen in Bad Pyrmont. Der 1. Vorsitzende Pfecht organisierte eine einwöchige Fahrt in den Schwarzwald und Elsass. Das Erntedankfest wurde mit einem reichgeschmückten Erntetisch, herbstlich dekorierten Tischen und guten Vorträgen gefeiert. Die Ostpreußenrunden wurden durchschnittlich mit 51 Personen besucht, es gab fünf Neuzugänge, sodass die Gruppe 88 Mitglieder zählt. Ursula Knocks berichtete von den Auftritten ihrer Tanzgruppe. Über mehr Teilnehmer würden sie und auch die Leiterin der Handarbeitsgruppe Rosemarie Pfecht sich sehr freuen. R. Pfecht dankte Helga Nolde für die fachliche Unterstützung. Der Bericht der Kassenwartin Ursula Busch war auch zufriedenstellend. Als Wahlleiterin wurde die 2. BdV-Vorsitzende Sylvia Wieland gewählt, die dann die Neuwahlen durchführte. Als 1. Vorsitzender wurde Hartmut Pfecht vorgeschlagen und einstimmig gewählt. 2. Vorsitzende Helga Piontek. Kassenwarte: Ursula Busch/Rosemarie Pfecht. Schriftführer: Sigrid Kruschinski/Waltraut Bombe. Kulturwarte: Rosemarie Pfecht/Ursula Knocks. Organisation: Hedwig Lipki, Beisitzer: Margarete Caspar, Waldemar Gregorzewski, Renate Winterhagen, Else Ulbricht. Kassenprüfer: Hannelore Sieper, Maria Preuß. Anschließend wurden Mitglieder für 10, 15, 20, 25, 35 und 40 Jahre Mitgliedschaft geehrt.

Keine Advents- und Weihnachtsberichte

Überall kommen dieser Tage Landsleute zusammen, um gemeinsam die traditionellen vorweihnachtlichen Feiern zu begehen. Leider ist es uns auch in diesem Jahr nicht möglich Beirichte über Advents- und Weihnachtsfeiern zu veröffentlichen. Die Redaktion bittet um Verständnis.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Ludwigshafen – Sonntag 1. Dezember, 15 Uhr, Ludwigshafen-Gartenstadt, Forsterstraße: Treffen der Gruppe zur Adventsfeier mit Kaffee und Kuchen, sowie weihnachtlichen Vorträgen und Weihnachtsliedern.

Mainz – Jeden Freitag, 13 Uhr, Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz: Treffen der Gruppe zum Kartenspielen. – Sonnabend, 30. November, 15 Uhr, Mundus Residenz, Große Bleiche 44, 55116 Mainz: Adventsfeier. Um Gaben für die Tombola wird gebeten.



SACHSEN

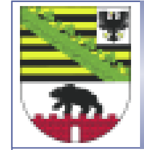
Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Limbach-Oberfrohna – Sonnabend, 7. Dezember, 14 Uhr, Esche-Museum: Jahresabschlussveranstaltung. Die Landsleute der

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 19

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 18

Kreisgruppe sind herzlich eingeladen und auch Gäste sind willkommen. „Das Bernsteinzimmer“ sowie Sitten und Brauchtum zur Weihnachtszeit in Ostpreußen werden an diesem Tag das Thema sein. Es ist auch hausgeschlachtete Wurst im Angebot.



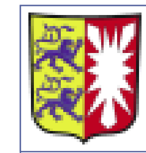
SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Dessau – Montag, 9. Dezember, 14 Uhr, Krötenhof: Weihnachtsfeier.

Gardelegen – Freitag, 29. November, 14 Uhr, Begegnungsstätte der VS Gardelegen: Gemütlicher Adventsnachmittag.

Magdeburg – Freitag, 29. November, 15 Uhr, Sportgaststätte bei TuS Fortschritt, Zielitzer Straße: Treffen des Singekreises. – Freitag, 6. Dezember, 15 Uhr, Sportgaststätte bei TuS Fortschritt, Zielitzer Straße: Treffen des Singekreises. – Sonntag, 8. Dezember, 14 Uhr, Sportgaststätte Post, Spielhagenstraße: Weihnachtsfest. – Dienstag, 10. Dezember, 13.30 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Bad Oldesloe – Mittwoch, 11. Dezember, 14.30 Uhr, DRK-Haus, Lübecker Straße: Adventsfeier. – **Bericht** – Nach der Begrüßung der Teilnehmer sprach Gisela Brauer über die Gedenktage des Monats November: Allerheiligen, Allerseelen, Volkstrauertag, Ewigkeitssonntag. Danach las sie ihr Gedicht „Ewigkeitssonntag“ und gab die Einladung der Landsmannschaft zur Gedenkfeier am Volkstrauertag herum. Danach las sie ihre Ausführungen über Patenschaften und Partnerschaften. Schon im Ersten Weltkrieg hatten Städte in Westdeutschland Patenschaften für Städte in der Heimat übernommen, die durch die Front gefährdet waren. Georg Baltrusch las einige mundartliche Beiträge, zum Beispiel „Oma sucht de Brill“. Es wurde über die Flucht gesprochen, über die Nachkriegszeit und über die ostpreußischen Gerichte. Zu allen Beiträgen gab es eine lebhafte Aussprache. Die Geburtstagskinder des Monats waren Katharina Makarowski und Elfriede Storjohann.

Bad Schwartau – Sonntag, 1. Dezember, 15 Uhr, Ostpreußisches Landesmuseum, Lüneburg: **Ein Adventsnachmittag mit Ruth Geede.** Die Autorin, Jahrgang 1916, die älteste noch aktive Schriftstellerin und Journalistin Deutschlands, wird aus ihren Werken lesen – vorwiegend Advent- und Weihnachtliches – und über ihre Zeit in Lüneburg und dem Museum, mit dem sie bis heute verbunden ist, sowie über ihre Jahre in Hamburg, wo sie bis heute lebt, berichten. Die Ostpreußen fahren am 1. Dezember (1. Advent) rechtzeitig vom ZOB Bad Schwartau ab, um noch zu einem Rundgang im Museum einzutreffen. Danach wartet ein Mittagessen auf die Teilnehmer. Anschließend um 15 Uhr treffen sich alle mit Ruth Geede, um mit ihr ein paar adventliche Stunden zu verbringen. Wer mit möchte, bitte schnellstens bei Gisela Rowedder, Telefon (04504) 3435 oder Regina Gronau, Telefon (0451) 26706 anmelden, da nur eine begrenzte Anzahl an Plätzen zur Verfügung steht. Näheres bei Anmeldung.

Flensburg – Sonntag, 24. November, 15 Uhr: Die Vereinigten Landsmannschaften Flensburg e.V. bitten zum Gedenkgottesdienst am Totensonntag mit anschließender Kranzniederlegung im Ehrenhain der Ostprovinzen, Kapelle Am Friedenshügel. – Dienstag, 26. November, 19.30 Uhr, Restaurant Borgerforeningen: Preußische Tafelrunde. Anmeldung nur bei Wolfgang Kanstorf, Telefon 64847. – Freitag, 13. Dezember, 15 Uhr, Treffpunkt Mürwik: Weihnachtsfeier in gemütlicher Runde mit Kaffeetafel, Lesungen und Liedern. Anmeldung bitte bis zum 9. Dezember bei W. Randes, Telefon (0461) 74816.

Mölln – Sonnabend, 30. November, 15 Uhr, Quellenhof: Adventsfeier mit Basar. Die Gruppe möchte dort besinnliche, vorweihnachtliche Stunden bei Kaffee und Kuchen verleben. Propst Erwin Horning wird mit einer Andacht auf die Bedeutung des Advents hinweisen. Die musikalische Umrahmung nimmt der Posaunenchor aus Mustin unter der Leitung von Herrn Vogel vor. Außerdem tritt der Sänger, Entertainer und Moderator BernStein mit seinen Liedern auf, um die Teilnehmer auf die Advents- und Weihnachtszeit einzustimmen. Der Basar wird schon um 14 Uhr eröffnet und lädt zum Einkaufen von kleinen Weihnachtsgeschenken, selbstgebackenen Plätzchen und Sonstigem ein. Der Erlös aus dem Verkauf ist für Hilfsmaßnahmen in Königsberg bestimmt. Da die Organisatoren planen müssen, bitten sie um Anmeldung unter Telefon (04542) 5044. Zu diesem Nachmittag sind alle Landsleute aus Pommern, Danzig, Schlesien und Mölln eingeladen. Über einen zahlreichen Besuch würde die Landsmannschaft sich sehr freuen.

Schönwalde am Bungsberg – Sonnabend, 30. November, 15 Uhr, Landhaus: 64. Ostdeutsche Adventsfeier. Es wirken mit: Der Chor „Unser Singkreis Ostholstein“, der Posaunenchor der evangelisch-lutherischen Kirche, Schönwalde am Bungsberg, Herr Engel an der Zither. Besinnliche Worte zum Advent spricht der Pastor. Der Kostenbeitrag für Kaffee, Tee und Kuchen beträgt 10 Euro.

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!



THÜRINGEN

Vors.: Edeltraut Dietel, August-Bebel-Straße 8 b, 07980 Berga an der Elster, Tel. (036623) 25265.

Eisenach – Dienstag, 10. Dezember, 14.30 Uhr, Rot-Kreuz-Weg 1: Heimatnachmittag der Ost- und Westpreußen.

Gotha – Freitag, 6. Dezember, 14 Uhr, Galetti: Weihnachtsfeier der Gruppe.

Jena – Freitag, 13. Dezember, 14 Uhr, Panorama Gaststätte Schlegelsberg, Oskar-Zachau-Straße 6, 07749 Jena: Weihnachtsfeier. Alle Landsleute sind herzlich willkommen.

Meiningen – Freitag, 6. Dezember, 14 Uhr, Wolkenlos: Heimatnachmittag der Ost- und Westpreußen.

Mühlhausen – Montag, 9. Dezember, 14 Uhr, Volkssolidarität: Treffen der Heimatgruppe Königsberg.

Schmalkalden – Donnerstag, 12. Dezember, 14 Uhr, Seniorenclub der Volkssolidarität, Rötweg 6: Heimatnachmittag der Kreisgruppe „Immanuel Kant“.



Adventsgespräch mit Ruth Geede – Sonntag, 1. Dezember, 15 Uhr: Ruth Geede liest aus ihren Werken, vorwiegend Advent- und Weihnachtliches, und über ihre Zeit in Lüneburg, der Stadt, mit der sie bis heute verbunden ist sowie über Hamburg, wo sie bis heute lebt, berichten. Eintritt 4 Euro. *OL Ostpreußisches Landesmuseum, Telefon (04131) 75995-0.*

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ELCHNIEDERUNG

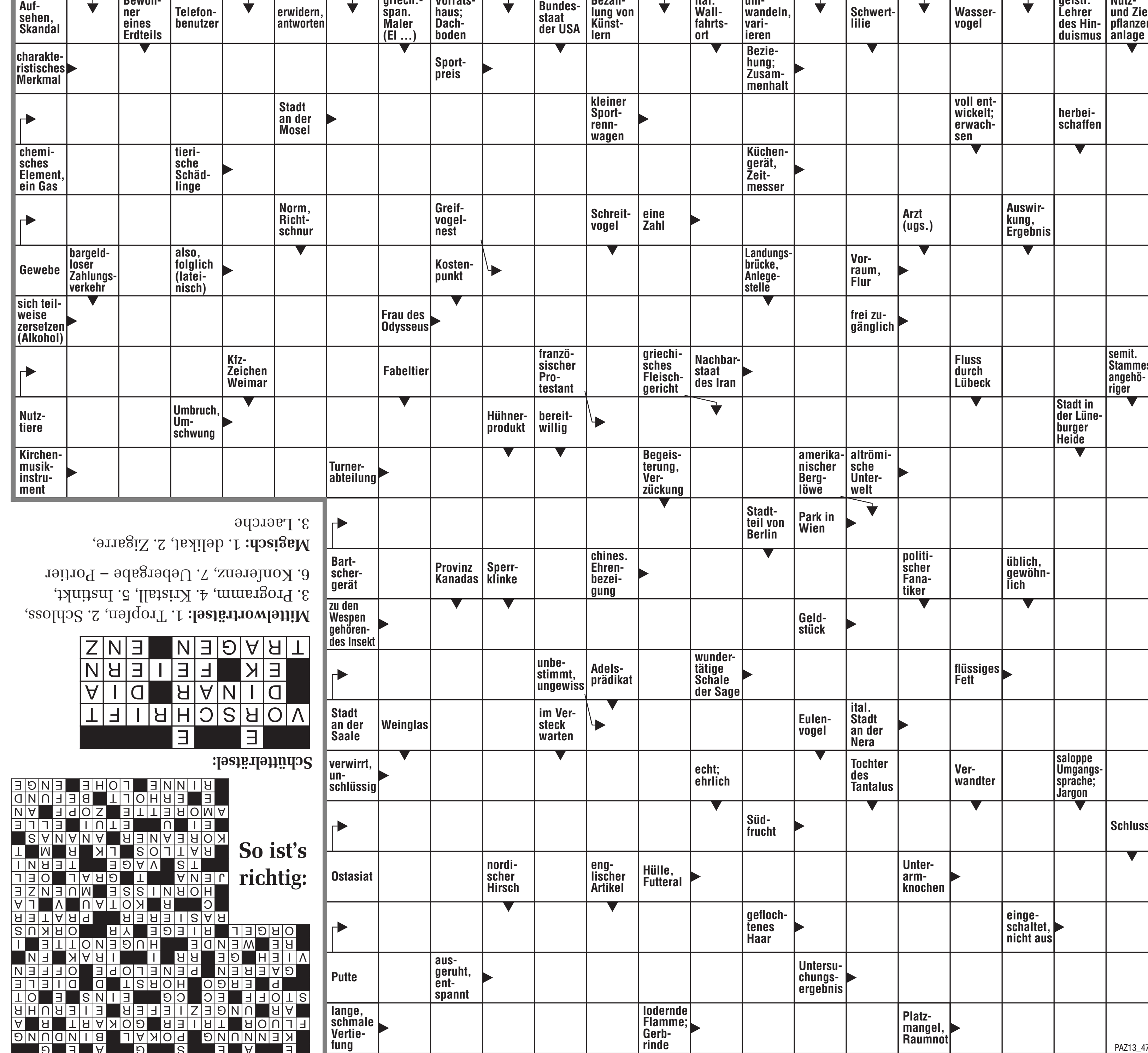
Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Hartmut Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

Reise in die Heimat

In der Zeit vom 19. bis 27. Mai 2014 findet eine Flugreise nach Ostpreußen mit Besuch des Kreises Elchniederung und des Samlandes unter Leitung von Dieter Wenskat statt, zu der alle Interessierten herzlich eingeladen sind. Folgender Reiseverlauf ist vorgesehen: **19. Mai:** Linienflug mit Air Berlin von Berlin nach Königsberg, anschließend Busfahrt nach Tilsit und Unterkunft im Hotel „Rossija“. **20. Mai:** Rundfahrt mit Besichtigungsstopps in Insterburg, Führung durch das Gestüt Georgenburg, Besuch von Gumbinnen und Ragnit und zurück nach Tilsit. **21. Mai:** Ausflug in die Elchniederung südlich der Gilge. Dabei Besuch in Heinrichswalde, das dortige orthodoxe Kloster, Kreuzingen, Groß Friedrichsdorf und Gerhardsweide. Übernachtung in Tilsit. **22. Mai:** Besichtigungsfahrt durch die Elchniederung nördlich der Gilge mit Besuch von Kuckerneese, Jagdschloss Pait und Karkeln. **23. Mai:** Rundfahrt mit Besichtigungsstopps in Kreuzingen und Labiau mit Fahrt über die Adlerbrücke. Hier mündet die Deime in das Kurische Haff. Anschließend vorbei an Königsberg und auf der neuen Autobahn an die ostpreußische Ostseeküste bis nach Cranz. **24. Mai:** Tagesausflug durch das Samland mit Besuch des Bernsteintagebaus in Palmnicken. Anschließend Besuch von Pillau. Die Hafenstadt hatte eine besondere Bedeutung für viele Ostpreußen im Winter 1945, als tausende Menschen von hier aus ihre Heimat für immer verlassen mussten. Besuch der dortigen Kriegsgräbergedenkstätte. **25. Mai:** Ausflug nach Königsberg mit Stadtrundfahrt. Am neuen Fischdorf Bootsfahrt auf dem Pregel an der Kneiphofinsel mit Dom entlang und bis zum Königsberger Hafen. **26. Mai:** Ganztägiger Ausflug auf die Kurische Nehrung mit Besuch

der Vogelwarte (Feldstadion Fringilla) bei Rossitten und Spaziergang auf die Epha-Düne, eine der größten noch frei wandernden Sandflächen der Nehrung. Neben dem Gruppenprogramm besteht natürlich an jedem Aufenthaltstag auch die Möglichkeit zu individuellen Unternehmungen, ein bewährter Taxiservice mit erfahrenen deutsch sprechenden Fahrern steht dafür bereit. **27. Mai:** Der Vormittag bleibt zur freien Verfügung. Gegen Mittag Bustransfer von Cranz zum Flughafen Königsberg und Rückflug mit Air Berlin nach Berlin-Tegel. Preis pro Person 985 Euro, Einzelzimmerzuschlag 160 Euro, russische Visagebühr pro Person 75 Euro. Genaue Reiseinformationen können ange-

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 20



Schüttelrätsel

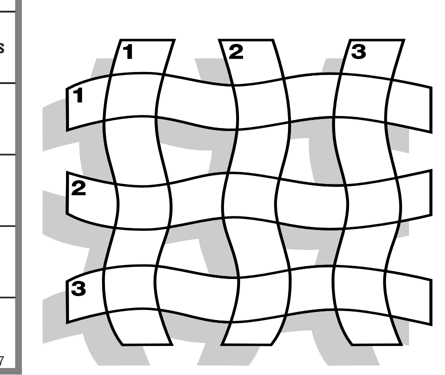
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

CFHIO RRSTV	DEOR		AEIKR	ACEF		EEHNR	DEEI	FINR	ANTZ
ADINR						ADI			
AEGN RT			EEFI NR						
						ENZ			

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung ein anderes Wort für Pförtner.

1	WASSER		FAENGER
2	LUFT		HERR
3	RUNDFUNK		DIREKTOR
4	BLEI		VASE
5	MUTTER		HANDLUNG
6	GIPFEL		ZIMMER
7	GELD		PROTOKOLL



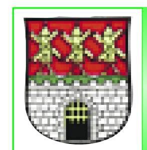
Magisch

Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 wohlschmeckend
2 Tabakware
3 Nadelbaum

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 19

fordert werden bei Dieter Wenskat, Telefon (04121) 85501 oder bei Partner-Reisen in Lehrte, Telefon (05132) 588940.



SCHLOSSBERG (PILLKALLEN)

Kreisvertreter: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle/Saale. Geschäftsstelle: Renate Wiese, Tel. (04171) 2400, Fax (04171) 24 24, Rote-Kreuz-Straße 6, 21423 Winsen (Luhe).

Patenschaftsschule seit 1966

In einem kleinen Festakt wurde am 9. November am Eingang zum Gymnasium Winsen (Luhe) im Beisein von Schulleiter OStD Reinhard Haun und einem Mitarbeiter, der Sprecherin der Schülergemeinschaft FWO Schloßberg, Ursula Gehm, des Kreisvertreters der Kreisgemeinschaft Schloßberg, Michael Gründling sowie seinen Stellvertretern Joachim Löwe und Jörg Heidenreich und der Geschäftsführerin Renate Wiese mit Gatten ein Schild angebracht mit dem Text: Patenschaftschule seit 1966 der Schülergemeinschaft Friedrich-Wilhelm-Oberschule Schloßberg/Ostpreußen!



Bild: Heidenreich

Ziert das Gymnasium Winsen: Schild der Kreisgemeinschaft Schloßberg

Nachdem im Jahre 1953 der Kreis Harburg die Patenschaft für den ostpreußischen Kreis Schloßberg übernommen hatte, bemühte sich der Sprecher der Schülergemeinschaft Friedrich-Wilhelm-Oberschule Schloßberg (Ostpr.), Hans-Günther Segendorf, zusammen mit dem letzten Schloßberger Schulleiter, Dr. Georg Ziemann, um eine Patenschaft mit dem Winsener Gymnasium. Unter der Leitung des damaligen Schulleiters, Werner Seifert, wurde die Patenschaft am 21. Mai 1966 feierlich gegründet. Seit dieser Zeit wurden jährlich Alberten nach der Abiturfeier verliehen. Im Jahr 1982 ermöglichte OStD Jobst Nöldeke den Ehemaligen der Schloßberger Oberschule die Schaffung eines Traditionsraums im Winsener Gymnasium. Während der Dienstzeit von OStD Lothar Raabe wurden 1987 vor dem Gymnasium eine Eiche und ein Gedenkstein gesetzt. OStD Reinhard Haun verlegte die Alberten-Verleihung ab dem Jahr 2000 in die jährliche Abiturfeier. Nun ehrte OStD Haun die Patenschaft mit der Anbringung der Patenschafts-Tafel am Eingang des Gymnasiums. Die Ehemaligen der Schloßberger Friedrich-Wilhelm Oberschule sind nicht nur stolz auf diese Patenschaft, sondern auch überaus dankbar.

Die Tradition der Alberten-Verleihung geht zurück auf den letzten Hochmeister des Deutschen Ritterordens, Herzog Albrecht von Preußen. Er gründete im Jahre 1544 die Albertus-Universität in Königsberg (Pr.). Das Tragen der Albertus-Nadel (Alberte) kam, zunächst an die Königsberger Studenten, im Jahre 1817 auf. Bald trugen aber alle Abiturienten ostpreußischer Gymnasien die Alberte auf dem Revers ihres Examenrocks. Diesen Brauch gab es nur in Ostpreußen, doch auch heute tragen die Abiturienten mit Stolz die Alberte als Symbols des Weiterlebens der Albertina. Die Alberten werden heute zum Beispiel von ostpreußischen Eltern und von den Landsmannschaften an die Abiturienten verliehen.

Landesgruppe Westpreußen in Hamburg: Donnerstag, 5. Dezember, 14.30 Uhr, Hamburg-Wandsbek, Restaurant Lackemann: Adventstreffen mit Kulturprogramm und Kaffeetafel. Gäste sind willkommen. Auskunft unter Telefon (040) 7009279.

Basteln bei Kaffee und Met

Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen lädt zum 18. Bunten Herbstmarkt ein

Advents- und Holzartikel, Bernsteinschmuck, Vorführungen am Spinnrad und mit dem Klöppelsack, ostpreußisches Doppelstricken, Drechseln, Textilarbeiten, verschiedenste Objekte aus Papier, Schmuck in vielen Variationen, Naturfloristik, Töpferarbeiten und vieles mehr bietet der „Bunte Herbstmarkt“, zu dem das Kulturzentrum Ostpreußen im Deutschordensschloss in Ellingen am Wochenende einlädt.

Es wird gezeigt, wie Reifentiere aus dem Erzgebirge hergestellt werden. Eine Puppendoktorin heilt „kranke“ Puppen wie auch Teddybären. Auch die Tradition der „Rockenstube“ lebt wieder auf, und die Besucher können dort selbst ihre Künste mit einbringen.

An Kinder ist ebenfalls gedacht, auch sie können sich bei verschiedenen Bastelarbeiten selbst gestalterisch betätigen. Der Markt findet auch dieses Jahr wieder an zwei Tagen, am Sonnabend, 23. November, von 14 bis 18 Uhr, und Sonntag, 24. November, von 10 bis 17 Uhr im Deutschordensschloss in Ellingen statt. Auf allen drei Etagen im Westflügel des Schlosses kann man alte und neue Handwerkstechniken bestaunen, die von den Handwerkern selbst vorgeführt werden – eine wunderschöne Einstimmung auf die Advents- und Weihnachtszeit.



Herbstmarkt im Deutschordensschloss: Besucher können Kunstfertigkeiten anschauen oder selbst Neues gestalten Bild: mef

In der besonderen Atmosphäre der barocken Räume sind auch die Kabinettausstellung „Stück für Stück – Fotos von Lieblingsobjekten aus den Heimatsammlungen“ sowie eine Sonderausstellung über Fische und Fischfang von der Altmühl bis zum Kurischen Haff zu besichtigen. Die Gäste werden in bewährter Weise mit Kaffee und Met, Waffeln und selbstgebackenem Kuchen versorgt. Außerdem wird das berühmte Königsberger Marzipan in zahlreichen Sorten verkauft. *mef*

Von Bedeutung bis heute

Walter Rix sprach beim Förderkreis Ostpreußisches Jagdmuseum über »Tauroggen«

Der Fördererkreis Ostpreußisches Jagdmuseum – Hans-Ludwig Loeffke Gedächtnisvereinigung e.V., traf sich zur Jahreshauptversammlung. Die „Konvention von Tauroggen“, mit der am 30. Dezember 1812 der preußische Generalleutnant von Yorck und der russische Generalmajor von Diebitsch zu einem Waffenstillstand zwischen Preußen und Russland übereingekommen waren, löste eine grundlegende Veränderung in der europäischen Politik aus. Nunmehr kämpften Preußen und Russland als Verbündete gegen die napoleonischen Armeen bis schließlich in der Völkerschlacht bei Leipzig vom 16. bis 19. Oktober 1813 die Macht Napoleons gebrochen wurde. Mit diesen Aussagen leitete Dr. Walter T. Rix, Wissenschaftlicher Direktor i.R. der Universität Kiel, seinen Vortrag über „Preußen 1812 und 1813: Zwischen Staatskrise und Wiedergeburt“ in der Jahreshauptversammlung des Fördererkreises Ostpreußisches Jagdmuseum – Hans-Ludwig Loeffke Gedächtnisvereinigung, ein.

Der preußische König Friedrich Wilhelm III., dessen Gemahlin Königin Luise so tapfer gegenüber Napoleon für Preußen eingetreten war, wollte York zunächst vor ein Kriegsgericht stellen, musste sich dann jedoch dem wachsenden Druck der Militärs und der Reformer beugen. York war es, der damit die Voraussetzungen für die nunmehr mit nationaler Begeisterung einsetzenden Freiheitskriege geschaffen hatte.

Während die bisherigen Darstellungen eine nahezu geradlinige Entwicklung der Ereignisse bis zur Erlangung der staatlichen Souveränität Preußens zeichnen, beleuchtete der Vortrag die aufbrechenden Spannungen und Widersprüche ebenso wie die staatsrechtliche Problematik. Es war nämlich durchaus keine geradlinige Entwicklung der Ereignisse bis zur Erlangung der staatlichen Souveränität Preußens, denn der preußische Staat sah sich nicht nur der militärischen Bedrohung von außen ausgesetzt, sondern auch im Innern prallten die Prinzipien der spätabsolutistischen Monarchie auf die Vorstellungen von einer konstitutionellen Monarchie mit parlamentarischer Kontrolle.

Europäische Politik änderte sich durch die Konvention

Reformer wie Stein, Hardenberg, Clausewitz, Scharnhorst, Humboldt und Arndt waren zwar von der französischen Revolution beeinflusst, wollten aber keine Revolution im eigentlichen Sinn. Den Reformern gelangen wichtige Neuerungen, wie die Befreiung der Kräfte von zu großer staatlicher Einengung, die Neuorganisation der Staatsbehörden, die Verwirklichung der Selbstverwaltung, die Reform der Armee und der Neubau des Bildungswesens. Es war eine Synthese aus Macht und Geist. Während andere Staaten im 19. Jahrhundert große Kolonialreiche aufbauten, richtete Preußen seine Energien nach innen zugunsten von Bildung und Wissenschaft.

Im Vergleich zu anderen europäischen Mächten ist Preußen nach 1813 der Staat, der die wenigsten Kriege geführt hat. Der mit langem Beifall gewürdigte Vortrag schloss mit einem Ausblick auf die Bedeutung von Tauroggen für das Verhältnis zwischen Deutschland und Russland sowie für die gegenwärtige Politik.

Die Vorsitzende des Fördererkreises Ostpreußisches Jagdmuseum, Dr. Barbara Loeffke, hatte die gut besuchte Veranstaltung mit der Erinnerung an einige bedeutende geschichtliche Daten, die in das Jahr 2013 fallen, eingeleitet: Vor 350 Jahren endete die Oberlehnsherrschaft des Polenkönigs für Preußen, vor 325 Jahren Geburt von Friedrich Wilhelm I., dessen Aufbauwerk es seinem Sohn und Nachfolger ermöglichte, Preußen zur Großmacht zu machen, vor 250 Jahren Frieden von Hubertusburg, Schlesien bleibt bei Preußen, 1813 Todesjahr von General Scharnhorst, des Militärreformers Preußens und von Theodor Körner, Held und Dichter, Ikone der Befreiungskriege und Völkerschlacht bei Leipzig. Der Vortragsveranstaltung war die Jahreshauptversammlung des Fördererkreises Ostpreußisches Jagdmuseum vorausgegangen, in der die Weichen für die zukünftige Arbeit gestellt wurden. B.L.

Im Auftrag des Herrn

Sonntags predigen und den Rest der Woche entspannen? Von wegen! Pfarrer arbeiten rund um die Uhr

Am Tag des Herrn soll niemand arbeiten. Eine Ausnahme machten schon immer die Pfarrer, die auch beim Gottesdienst am Totensonntag wieder die richtigen Worte des Gedenkens finden müssen. Aber auch an den anderen Wochentagen sind sie nicht untätig.

Arbeiten Pastoren nur am Sonntag? Das ist wohl eines der am meisten gepflegten Vorurteile über den Alltag von Priestern und Pastoren, das aber einen gewissen Hintergrund besitzt. Denn immerhin vier Millionen Deutsche besuchen jeden Sonntag einen katholischen oder evangelischen Gottesdienst. Damit ziehen die Geistlichen hierzulande mehr Besucher an als „König Fußball“ oder jede andere regelmäßige Veranstaltung. Wie aber gestaltet sich der Alltag von Pfarrern von Montag bis Sonnabend wirklich?

Mal abgesehen davon, dass ein evangelischer Pfarrer in der Regel mit seiner Familie und der katholische Priester alleine in seinem Pfarrhaus wohnt, sind die Unterschiede in der Tätigkeit zwischen evangelisch und katholisch gar nicht so groß, wie viele denken. Einzigartig sei die Vielfältigkeit des Berufes, schwärmt Pfarrer Johannes Schultheiß aus Bad Heilbrunn.

Wie in keinem anderen Beruf sei der Pastor als Lehrer und Manager, Seelsorger und Theologe, Beamter und Künstler gefordert. Das mache den Reiz aus, auch wenn die Arbeitsbedingungen hart seien. Eine richtige Trennung zwischen Beruf und Freizeit gäbe es nicht, und in seinem Dienstvertrag sind 55 Wochenstunden als Arbeitszeit vorgeschrieben. Oft genug fällt dann auch noch der Montag als „Pastoren-Sonntag“ aus, weil ein dringender Seelsorge- oder Trauerfall das Erscheinen des Seelsorgers notwendig mache.

Unter dieser Dauerbelastung leidet oft genug die Familie. Die Frau oder der Mann des Pastors/der Pastorin ist heute oft nicht mehr bereit, ehrenamtlich und mit voller Kraft in der Gemeinde mitzuarbeiten. Ein eigener Beruf wird ausgeübt, was logischerweise die Belastung im Pfarrhaus zusätzlich erhöht und heute zu einer überdurchschnittlich hohen Scheidungsrate evangelischer Pfarrer oder Bischöfe führt. Der katholische Zölibat, die Verpflichtung zur Ehelosigkeit, erscheint aus diesem Blickwinkel als durchaus sinnvolle Lebensform.

Oft genug hat auch das im Fernsehen gepflegte Bild eines Pfarrers, der sich in den Nöten der Menschen auskennt, Zeit für ihre Sorgen aufbringt, wenig mit der Realität zu tun. Nicht nur der Gottesdienst am Sonntagmorgen erfordert viel Zeit, zumal wenn er im Team vorbereitet werden soll. Daneben gilt es Taufen, Konfirmationen, Trauungen, Trauerfeiern, Krabbel-, Kinder-, Jugend- und Familiengottesdienste zu gestalten. Egal, ob es einem Pfarrer liegt oder nicht: Eine Fülle von Verwaltungsaufgaben gehört zu seinen meist wenig geliebten Pflichten.

Zusammen mit dem Kirchenvorstand sind Bauprojekte zu organisieren, Mitarbeiter für die Gemeinde oder den Kindergarten anzustellen oder zu entlassen, Statistiken abzuliefern und viele Büroarbeiten zu erledigen. Daneben müssen Schüler an staatlichen Schulen im Fach Religion ebenso wie Konfirmanden, Firm- oder Erstkommunionbewerber unterrichtet werden.

Über den Erwartungsdruck, eine „eierlegende Wollmilchsau“ sein zu sollen, klagen viele Pfarrer und erleben über kurz oder lang einen Burn-Out. Kirchliche Krabbelgruppen erwarten den Pfarrer ebenso wie der wöchentliche Seniorenkreis. Bei runden Geburtstagen soll er oder sie erscheinen und besinnliche Worte beitragen. Ohne ein Heer von ehrenamtlichen Mitarbeitern, die dann Hausbesuche machen oder bei Bibel- und Kindergruppen mitarbeiten, kann heute kein Pfarrer mehr diese vielfältigen Aufgaben meistern. Gleichzeitig wollen diese Ehrenamtlichen aber ausgebildet, begleitet und zum Engagement ermutigt werden. Wehe der Pastor erscheint nicht zu einem Geburtstag oder sonstigem Fest in der Familie.

Gerade in kleineren Städten und Dörfern steht der Pfarrer zudem unter einer hohen Sozialkontrolle. Sein Wort hat zwar Gewicht; er wird qua Amt geschätzt, aber so leicht kann er sich nicht zurückziehen. Bei Vereinstreffen oder Zusammenkünften der freiwilligen Feuerwehr oder des Karnevalsvereins sollte er mitmachen, will er ein Wörtchen mitreden. Schließlich hören ihm bei bestimmten Gelegenheiten wie einer Beerdigung auch viele Menschen zu. Spannend klingt es, Menschen „von der Wiege bis zur Bahre“ zu begleiten.



Pfarrer bei der Arbeit: Meistens sind Geistliche an jedem Wochentag für die Gemeinde im Einsatz Bild: Caro

Attraktiv ist der Pfarrerberuf für viele heute allerdings oftmals nicht mehr. Die Zahl der Gemeindemitglieder sinkt durch Kirchenaustritte und der demografischen Entwicklung. Pfarrgemeinden werden zusammengelegt, wodurch Verwaltungsaufgaben zunehemen. Zudem fragen sich viele evangelische Pastoren, die in Nord- oder Ostdeutschland nur noch vor zehn oder 20 Gläubigen predigen, warum sie dafür mindestens sechs Jahre Theologie studiert haben. Die Zahl der Studenten von evangelischer oder katholischer Theologie mit dem Endziel Pfarrer sinkt daher trotz der beschriebenen Vielseitigkeit des Pfarrerberufes und seines nach wie vor recht hohen gesellschaftlichen Ansehens seit Jahren kontinuierlich. *Hinrich B. Bues*

Interview mit dem Tod

Vor einem Jahr dürfte Radiomoderator Jürgen Domian den wohl ungewöhnlichsten Gesprächsgast interviewt haben. Er hat ein „Interview mit dem Tod“ geführt. So nannte er jedenfalls sein Buch, mit dem er sich mit der Trauerbewältigung auseinandergesetzt hat. Noch nie haben wir den Tod so sehr aus unserem Alltag verdrängt wie heute, sagt der Autor und Moderator.

Nach zwei Wochen fragt keiner mehr. „Die Trauer ist furchtbar schnell wieder vom Tisch in unserer Gesellschaft“, so Domian. Das erfährt er nicht nur in seinen einfühlsamen Gesprächen mit seinen Hörern, er hat es auch selbst erlebt, als sein Vater nach langer Krankheit starb. Für Domian ist klar, dass der Tod aus der Tabuzone geholt werden muss. „Ja“, ist er überzeugt, „es fällt uns schwer, mit dem Tod umzugehen. Es gibt kaum Austausch dazu in unserer Gesellschaft. Tritt ein Trauerfall ein, sind viele überfordert.“

Der Tod hat Jürgen Domian schon beschäftigt, als er noch ein Kind war – vor allem die Angst davor. „Ich habe wirklich dauernd darüber nachgegrübelt, warum, wie und wann ich sterben muss“, erzählt er. Später hat er sich zu diesem Thema durch sämtliche religiösen Schriften und philosophischen Bücher gearbeitet, die ihm unterkamen.

Für den heute 56-Jährigen, der bei Spaziergängen auf Friedhöfen seine innere Ruhe findet, ist der Tod immer ein Schrecknis, aber nie ein Tabu gewesen. Er wünscht sich eine offenere Kultur mit Todkranken und Sterbenden in der Gesellschaft. Durch eigene Trauer habe er gelernt, wie schwer es für Betroffene sei, ihre Trauer anzusprechen, wenn um sie herum alles schweigt. Dabei sei es gerade das Gespräch, das Zuhören, das Trauernden Halt gebe. *tws*

Jürgen Domian: „Interview mit dem Tod“, Gütersloher Verlagshaus, 16,99 Euro.

Kaffeekränzchen mit Trauerflor

In privaten »Death Cafés« überwinden immer mehr Menschen in Gesellschaft den Verlust naher Angehöriger

Die Angst vor dem Tod ist die älteste aller Ängste, die Urangst der Menschheit. Sie hat Religionen geschaffen und ihre tröstenden Götter. Sie hat die größten Geister der Welt in Literatur und Philosophie, Wissenschaft und Kunst in Atem gehalten. Doch gewichen ist sie nicht.

Dass man Furcht am besten damit bekämpft, sich offen mit ihr auseinanderzusetzen, kam der englische Internet-Spezialist Jon Underwood 2011 auf die Idee, ein „Death Café“ zu gründen. Die Anregung gab ein Artikel über den Schweizer Soziologen und Anthropologen Bernard Crettaz, der in der Schweiz und Frankreich seit 2008 vereinzelt „Cafés Mortels“ ins Leben gerufen hatte, um über den Tod zu diskutieren.

Underwood war gerade dabei, eine Serie über Tod und Sterben mit dem Titel „Impermanence“ (Unbeständigkeit) zu entwickeln, und jener Artikel entzündete einen Geistesblitz: Könnte man „Death Cafés“ nicht zu einer internationalen Bewegung machen? Denn quer durch alle Länder der Erde und alle Schichten bewegt Menschen das Thema Tod.

Mit seiner Freundin Sue Barsky Reid entwickelte er die Idee, Gespräche über das Unvermeidliche in all seinen Variationen in eine gemütliche, gar private Atmosphäre zu versetzen wie eine Einladung zu Kaffee oder Tee und Kuchen. So fand das erste „Death Café“ im September 2011 in Jons Londoner Haus statt. Es war ein Riesen-Erfolg.

Sue entwickelte daraufhin ein Modell, um andere Leute anzuregen, ihrem Beispiel zu folgen. Presse und Internet, Facebook und Twitter stiegen ein. Eine neue Bewegung war geboren. Schnell breiteten sich „Death Cafés“ international aus, vor allem in den USA. Das erste entstand vor einem Jahr in Columbus, Ohio, begeistert initiiert von der lustigen Lizzy Miles, die sagt, „wir müssen das Lachen in die Beerdigung zurückbringen“. Bis jetzt sind es über 100 „Death Cafés“ in diversen US-Städten, darunter New York und San Francisco.

Dabei handelt es sich fast immer um Kaffeekränzchen in privaten Häusern und Wohnungen. So wie bei Sozialarbeiterin Betsy Trapasso. Sie lud kürzlich zum ersten „Death Café“ von Los Angeles in ihr kleines Haus im Topanga Canyon in den Bergen von Santa Monica, wo hoch über dem Pazifik viele alternative Leute wohnen. Da saßen sie bei Blaubeer-Torte, Tee und Plätzchen: eine Grafikerin, ein Psychologe, eine Familientherapeutin, ein Filmregisseur, ein Hauptmann vom Los Angeles Police Department sowie ein Schauspieler und Produzent mit seinem weißen Malteser-Hündchen.



Mit der Trauer allein gelassen: Junge Menschen sind beim Tod Angehöriger oft überfordert Bild: pa

„In unserer Kultur wird der Tod als eine Art Schlusswort angesehen“, sagt Regisseur Leszek Burzynski, „in anderen Kulturen ist er ein Kapitel mit Fortsetzungen.“ Therapeutin Jane Plotkin tritt für Sterbehilfe ein. Entsetzt vom qualvollen Tod ihrer Mutter, im Krankenhaus an Schläuchen hängend: „Wenn ich todkrank wäre, möchte ich wählen können, wie ich sterbe und eine Hilfe dabei haben.“

Grafikerin Dori Fisher stimmt ihr zu: „Ich finde, sterben ist so individuell wie leben. Jeder sollte so sterben können, wie er möchte, ähnlich wie er gelebt hat.“ Ihr Ehemann Ron, der Polizei-Offizier, schweigt lange. Dann berichtet er von einem der grausigen Todesfälle, den er im Einsatz erlebt hat. Ein kleines Mädchen kam unter ein Auto und wurde überfahren. „Wie soll man das je aus seinem Kopf bekommen?“, fragt er, „wie soll man das verarbeiten?“ – „Ich glaube, du tust das gerade“, sagt Psychologe Richard Riemer, während das Gespräch noch um Themen kreist wie Kummer, Tod eines geliebten Hundes und wie unbesiegbar sich die Jugend fühlt.

Offiziell wurde das „Death Café“ bewusst nicht als Therapie kreiert, sondern als Diskussionsrunde. Dennoch hat es für viele eine therapeutische Wirkung. „Es ist erstaunlich, wie intim diese Gespräche sein können“, sagt Betsy, als ihre Gäste fröhlich lachend das Haus verlassen: „Fremde kommen zusammen und legen Herz und Seele offen in einer Atmosphäre von Anteilnahme und Wärme. Da ist etwas Magisches um das ‚Death Café‘.“ *Liselotte Millauer*

Grabsteine nicht aus Kinderarbeit

Nach einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes müssen Steinmetze keinen lückenlosen Nachweis mehr erbringen, aus welchen Steinbrüchen das Material für ihre Grabsteine stammt. Dem Urteil ging eine Klage voraus, wonach in manchen ausländischen Steinbrüchen Kinderarbeit gang und gäbe ist. Für den Bundesverband Deutscher Steinmetze herrscht nun Rechtssicherheit, zumal auch Hersteller von T-Shirts oder Jeans keinen Nachweis über ausbeuterische Arbeit erbringen müssen.

Im Umkehrschluss bedeutet dies aber nicht, dass Steinmetze „Grabmale mit Kinderblut“ anbieten, betont Bundesinnungsmeister Gustav Treulieb: „Wogegen wir uns gewehrt haben, war und ist ein unbegründeter Generalverdacht gegen uns und unsere Produkte sowie die einseitige Forderung, dass Steinmetzbetriebe Nachweise über die gesamte Wertschöpfungskette zu erbringen haben. Wie hätte dies konkret geschehen sollen? Damit hatte man uns in den bisher umgesetzten Fällen völlig allein gelassen.“

Mit dem jetzigen Urteil können die Steinmetzunternehmen ihrer Arbeit wieder rechtssicher nachgehen. Trotzdem sehen sich Kunden vor eine Gewissensfrage gestellt, da weder sie noch die Steinmetze beantworten können, unter welchen Umständen die Steine abgebaut wurden. Daher ist nun ist die Landespolitik in der Pflicht, geeignete Prüfmaßnahmen anzuordnen. *tws*



Billiger Alarmismus

Autor ruft zur Weltrettung auf

„Wenn wir eine globale Katastrophe verhindern wollen, müssen wir irgendwas Radikales tun – und ich meine, wirklich tun“, fordert Stephen Emmott, wissenschaftlicher Leiter eines Microsoft-Labors zum Thema rechnergestützte Naturwissenschaften. Emmott selbst meint, bereits etwas Radikales getan zu haben. Und zwar hat er das Bühnenstück „Zehn Milliarden“ geschrieben, das inzwischen auch als Sachbuch erschienen ist. „Zehn Milliarden“ wird als „Weckruf“ gelobt – und man fragt sich, wer all jenen, die Emmotts Bestseller bejubeln, das Hirn vernebelt hat.

Das Buch ist billiger Alarmismus, indem er vor einem bevorstehenden Ende der Welt warnt und uns alle aufruft, weniger zu konsumieren und keine Kinder mehr zu bekommen. Frage ist nur, ob das auch die Menschen in Sambia oder Mali hören, die pro Familie nämlich sieben und mehr Kinder bekommen und dafür sorgen, dass die Erdbevölkerung sich tatsächlich der Marke von zehn Milliarden Menschen auf der Welt nähert. Auch stellt sich die Frage, ob der Autor einen verhöhnen will. Einerseits schreibt er, die Herstellung eines Burgers verbrauche 3000 Liter Wasser, doch andererseits sagt er nicht, wie viel Bäume sterben mussten für dieses Buch, in dem manchmal auf einer Seite nur ein einziger Satz steht. Einige Grafiken, so zum Beispiel über die Entwicklung der Weltbevölkerung oder den weltweiten Wasserverbrauch pro Jahr, sind gleich über Doppelseiten gezogen, so dass der Weißraum dominiert. Hinzu kommen zahlreiche Schwarz-Weiß-Bilder auf umweltschädlichem Hochglanzpapier wie von einer Sojaplantage in Brasilien oder einer Reifendeponie in Kalifornien, die aber keinen Informationsgehalt bieten. Zwar existieren viele der von Emmott angesprochenen Probleme, doch statt Lösungssuche betreibt er Panikmache.

Im Grunde ist das ganze Buch eine Frechheit. Da erzählt jemand, die Menschen würden Raubbau an der Natur betreiben, und attackiert seine Leser mit Thesen zum Klimawandel und seinen Folgen, während er gleichzeitig außer bekannten Schlagwörtern nur mehr Altpapier liefert, denn genau da gehört das Buch hin. *Bel*

***Stephen Emmott: „Zehn Milliarden“**, Suhrkamp, Berlin 2013, geb., 204 Seiten, 14,95 Euro*





Hatte CIA Finger im Spiel?

Kennedy-Mord soll Putsch des Geheimdienstes gewesen sein

Der ehemalige „taz“-Redakteur Mathias Bröckers gilt seit seinem Erstlingswerk über die Hintergründe des 11. September 2001 als Verschwörungstheoretiker. Das ist für ihn insofern problematisch, als Verschwörungstheoretiker hierzulande im besten Falle als unseriöse Geschäftemacher und im schlechtesten Fall als Antisemiten und rechtsextreme Demokratieverächter abqualifiziert werden. Deshalb schickt er seinem neuesten Buch über den Mord an John F. Kennedy vorsorglich den Hinweis voraus, dass die CIA-Abteilung für psychologische Kriegführung es war, welche 1967 damit begann, dem bis dahin neutral assoziierten Wort „Verschwörungstheorie“ eine negative, subversive und staatsfeindliche Konnotation zu geben, um so die immer zahlreicher werdenden Kritiker an der offiziellen Version über die Schüsse von Dallas mundtot zu machen oder zumindest nachhaltig zu diskreditieren.

Derart „abgesichert“ stellt Bröckers dann seine Sicht der Ereignisse vor, wobei es ihm im Kern um den Nachweis geht, dass Kennedy am 22. November 1963 sterben musste, weil er einen „Wandel vom realpolitischen Rhetoriker der Konfrontationslogik zum Visionär der Menschlichkeit und des globalen Friedens“ durchgemacht habe.

Zum Beweis dieser These werden vier Schlüsselhandlungen von JFK analysiert: der Abbruch der CIA-Geheimoperation in der Schweinebucht 1961, der Kompromiss mit Chruschtschow in der Kuba-Krise 1962, der Abschluss des amerikanisch-sowjetischen Abkommens über einen weitgehenden nuklearen Teststopp sowie der Befehl zum Teilabzug der US-Militärberater aus Vietnam 1963. Hierdurch sei es zu einem totalen Zerwürfnis zwischen dem Präsidenten und der Führung von CIA und Militär gekommen – deshalb müsse man die Hintermänner des Mordes von Dallas auch in diesen Kreisen suchen.

Auch die Mafia habe eine Rechnung offen gehabt

Als mögliche Verschwörer nennt Bröckers Allen Welsh Dulles und Charles Cabell, bis 1961 Direktor und Vizedirektor der CIA, die beide nach dem gescheiterten Schweinebucht-Abenteuer von Kennedy entlassen wurden, sowie den Air-Force-Chef Curtis LeMay, der verbissen den nuklearen Erstschlag gegen die Sowjetunion und China forderte und merkwürdigerweise – aus welchem sachlichen Grund eigentlich? – der dubiosen Obduktion des toten Präsidenten im Bethesda Marinehospital beiwohnte. Dubios deshalb, weil es gewichtige Indizien für eine Manipulation der Autopsie-Befunde gab.

Ausgeführt worden sei der Mord dann allerdings von angeheuerten Killern der Mafia, welche bereitwillig mit den Verschwörern kooperierte, weil sie JFK ebenfalls tot sehen wollte, denn der habe ja gemeinsam mit seinem später auch ermordeten Bruder und Justizminister Robert F. Kennedy zur Hatz gegen das organisierte Verbrechen in den Vereinigten Staaten geblasen. Konkret bringt Bröckers hier den korsischen Heroin-Schmuggler und Auftragsmörder Lucien Sarti ins Spiel, der am 22. November 1963 in Dallas gewesen sein soll und somit die drei Schüsse auf den Präsidenten abgefeuert haben könnte, möglicherweise angeheuert von Carlos Marcello und Santos Trafficante, den Paten von New Orleans und Florida.

Bröckers argumentiert über weite Strecken durchaus plausibel und konsistent, verschweigt allerdings auch einige Befunde, die nicht in sein Bild passen, wie die des Ramsey-Ausschusses der National Academy of Sciences. Zudem schießt er gelegentlich übers Ziel hinaus und bietet bloße Spekulationen. So zum Beispiel in den Passagen, in denen er unterstellt, der Präsident habe versucht, mittels der Droge LSD zu „vertieften Einsichten“ in die Politik zu gelangen. Gleichermaßen stört der ebenso undifferenzierte wie inflationäre Gebrauch des Totschlag-Labels „rechtsextrem“, wenn es um bestimmte Personenkreise in den USA geht, die Bröckers aufgrund seiner eigenen, dezidiert linken politischen Einstellung unsympathisch sind. Und eine Verdeutlichung der Argumentation durch Abbildungen hätte auch nicht schaden können. *Wolfgang Kaufmann*

***Mathias Bröckers: „JFK. Staatsstreich in Amerika“**, Westend-Verlag, Frankfurt/M. 2013, geb., 287 Seiten, 19,99 Euro*



Wider die Alleinschuldthese

Historiker belegt, dass Deutschland nicht den Ersten Weltkrieg angezettelt hat und es sogar Friedensgespräche suchte

Der 100. Jahrestag des Ausbruchs des Ersten Weltkrieges ist der Grund, dass zwei Bücher über den Ersten Weltkrieg erschienen sind, die die größte Aufmerksamkeit besonders in Deutschland verdienen. Da ist zum einen das voluminöse Werk des australischen Historikers Christopher Clark, das den Titel „Die Schlafwandler“ trägt, wobei der Autor an die Regierungen denkt, die 1914 bis 1919 die Geschicke der Mächte leiteten. Und da ist zum anderen das schmale, aber inhaltsreiche Buch des emeritierten Professors für Neue und Neueste Geschichte an der Universität Freiburg i. B. Hans Fenske „Der Anfang vom Ende des alten Europa. Die alliierte Verweigerung von Friedensgesprächen 1914 bis 1918“. Beide Autoren widersprechen den Behauptungen politisch angepasster Historiker und Journalisten, die allein Deutschland die Schuld am Ersten Weltkrieg zuschieben. Davon könne keine Rede sein, meinen unabhängig voneinander die beiden Historiker.

Obwohl Fenskes Hauptthema die Bemühungen der Reichsregierung während des Krieges sind, mit den Gegnern in Verhandlungen über ein Kriegsende einzutreten, schaltet er ein Kapitel vor, in dem er knapp, aber faktenreich über den Beginn des Krieges berichtet und beweist, dass Behauptungen von einer deutschen Alleinschuld nichts anderes sind als beflissene Übernahme alliierter Propagandathesen. Dann zählt er sachlich die Versuche auf, die es während des Krieges mit dem Ziel gegeben hat, die Kriegführenden zu Verhandlungen über die Einstellung der Feindseligkeit zu bewegen. Und solche Versuche gab es fast nur von deutscher Seite. Sie erfuhren eine schroffe Ablehnung vor allem von englischer Seite, die sogar beleidigende Formen annahm. Die Friedensinitiative des Papstes vom 1. August 1917 wurde zwar von der deutschen Regierung begrüßt, von den Alliierten aber sofort abgelehnt. Nach der bolschewistischen Revolution in Russland schlug der kommunistische Volkskommissar für Auswärtiges, Leo Trotzki, den Westmächten vor, sich an Friedensverhandlungen zu beteiligen. Er blieb ohne Antwort.

Als Ursachen für die strikten Ablehnungen vor allem durch Großbritannien führt Fenske die Kriegsziele der Westalliierten an. Sie wollten den unter der politischen Führung Bismarcks vier Jahrzehnte zuvor gegründeten kleindeutschen Nationalstaat zerschlagen, um in Mitteleuropa wieder einen Flickenteppich von Kleinstaaten – wie vor 1871 – zu schaffen, die sich jederzeit den Einmischungen der sie umgebenden Länder beugen sollten. London beobachtete Deutschlands wirtschaftliche Entwicklung mit zunehmender Ablehnung, entwickelte sich das Deutsche Reich doch zu einer ernstzunehmenden Konkurrenz auf dem Weltmarkt. Der britische Premierminister Lloyd George erklärte, England werde kämpfen, „bis der preußische Militarismus auf ewig zerstört“ sei, eine geradezu absurde Behauptung angesichts der Tatsache, dass England seit dem 17. Jahrhundert weitaus mehr Kriege geführt hatte als Preußen/Deutschland und sich damit ein Viertel der Erdoberfläche untertan gemacht hatte.

London wollte Konkurrenz ausschalten

Die hasserfüllte Haltung setzte sich durch, als 1918 Deutschland unter der Übermacht zusammenbrach und die Sieger im Versailler Vertrag, den Fenske einen Gewaltfrieden nennt, die Bedingungen diktierten. Jede Verhandlung lehnten die Siegermächte, an der Spitze Frankreich und England, ab und sie drohten, die Kämpfe wieder aufzunehmen, wenn Deutschland nicht bedingungslos unterzeichnete. Alle deutschen Parteien von links bis rechts lehnten ab, die Sieger-Behauptung durch Unterschrift zu bestätigen, Deutschland trage am Krieg die Alleinschuld. Aber die Drohungen der Sieger ließen keine Wahl: Berlin musste unterschreiben.

Die Folgen spüren wir bis heute. Fenske führt auf, welche Gebiete Deutschland an die Sieger abtreten musste, was Deutschland abzuliefern und zu zahlen hatte – eine wichtige Zusammenstellung, weiß doch heute kaum noch ein Deutscher, was das Land damals zu erleiden hatte. Sein Buch schließt mit der Bemerkung, dass er das Manuskript am 12. Oktober 2010 abgeschlossen habe, „zwölf Tage, nachdem die Bundesrepublik Deutschland die letzte Zahlung im Zusammenhang mit den dem Deutschen Reich im Versailler Vertrag auferlegten Verpflichtungen geleistet hatte“ – 92 Jahre nach Unterzeichnung des Diktats. *Hans-Joachim von Leesen*

***Hans Fenske: „Der Anfang vom Ende des alten Europa. Die alliierte Verweigerung von Friedensgesprächen 1914 bis 1918“**, Olzog, München 2013, brosch., 144 Seiten, 19,90 Euro*

Andreas Müller
Schluss mit der Sozialromantik!
Ein Jugendrichter zieht Bilanz



Seit fast 20 Jahren arbeitet Andreas Müller als Richter. Vor seiner Richterbank landen viele harte Fälle: S-Bahn-Überfälle, Gewaltausbrüche, sexueller Missbrauch. Auch drei Jahre nach dem Tod von Kirsten Heisig, einer engen Weggefährtin Müllers, kann Müller keine Besserung der Zustände erkennen: Im Bereich des Jugendstrafrechts soll eingespart werden, das Neuköllner Modell gerät in Vergessenheit, gleichzeitig werden die jungen Intensivtäter immer brutaler. Das kann Müller nicht hinnehmen - jetzt ist die Zeit für Veränderung. „Am liebsten wäre mir, ich schaffe mich selbst ab."
Kart, 240 Seiten
Best.-Nr.: 7262

€ 16,99



statt € 7,40 nur **€ 3,95**

Eva Pultke-Sradnick
Ein Stück Bernstein in meiner Hand
Geschichten aus Ostpreußen
Kart., 112 Seiten
Best.-Nr.: 6968



Horst F. E. Dequin
Hermann Balk, der erste Preuße
Das vorliegende Buch ist weniger eine Biographie als die Würdigung des Lebenswerks des ersten Landmeisters von Preußen u. Livland.
Kart., 217 Seiten, mit Abb.
Best.-Nr.: 2354
statt € 20,00 nur € 9,95

Birgit Kelle
Dann mach doch die Bluse zu
Ein Aufschrei gegen den Gleichheitswahn

In Deutschland wird heftig diskutiert: über Frauenquote, Krippenplätze, Sexismus, über die Gleichstellung von Mann und Frau. Der eigentliche Skandal ist aber, dass diejenigen, die zu Hause bleiben und unsere Kinder erziehen, die Dummen sind. Warum eigentlich? Es ist doch das gute Recht jeder Frau, ihr Leben so zu leben, wie sie es glücklich macht. War der Feminismus nicht einst genau dafür eingetreten? Auf dem Weg der gleichen Rechte ist etwas verlorengegangen. Nämlich die Freude, einfach Frau zu sein. Dieses Buch ist eine Ermutigung für alle Frauen, die es gern sind, es zeigen und das auch nicht ständig rechtfertigen müssen. Für Mütter, die gerne Mütter sind und die berufliche Laufbahn hinten anstellen. Sie alle haben in Deutschland keine echte Lobby. Es ist höchste Zeit, gegen den Gleichheitswahn aufzustehen. „Es gibt hunderttausende Frauen wie mich in diesem Land. Frauen, die gerne Frauen sind, es gerne zeigen und das auch nicht ständig diskutieren müssen. Und Mütter, die gerne Mütter sind. Sie alle haben in Deutschland keine Lobby. Für sie ist dieses Buch. Als Bestätigung: Lasst euch nicht von eurem Weg abbringen, es ist gut und richtig, was ihr tut. Ihr dürft das! Und hört endlich auf, euch ständig zu rechtfertigen."
Birgit Kelle, Geb., 224 Seiten, Best.-Nr.: 7258

€ 17,99

Pro Patria, Märsche und Lieder



CD **€ 17,95**

1) Gaudeamus igitur 2:18 2) Kein schöner Land 1:26
3) Die Wacht am Rhein 4:16
4) Fehrbelliner Reitermarsch 2:29
5) Lied der Franken 2:09
6) Alte Kameraden 3:03
7) Siebenbürgenmarsch 3:19
8) Der Coburger 3:24
9) Des Großen Kurfürsten Reitermarsch 3:31
10) Fanfare und Marsch der Pappenheimer Reiter 2:44
11) Präsentiermarsch Friedrich Wilhelm III. 1:48
12) Freiheit, die ich meine 2:17
13) Ich hab mich ergeben 1:19
14) Ich hatt einen Kameraden 4:02
15) Kreuzritter-Fanfare 2:07
16) Regimentsgruß 1:58, 17) Geschwindmarsch 1:52
18) Helenenmarsch 2:12,
19) Marsch aus Petersburg 2:14
20) Schwedischer Kriegsmarsch 1:59
21) Althessischer Reitermarsch 2:13
22) Parademarsch der Langen Kerls 2:16
23) Der große Zapfenstreich 11:32
24) Lied der Deutschen 3:09, Gesamtspielzeit: 69:52
Mario Lanza, Tenor, Heeresmusikkorps 300 Koblenz unter OTL Georg Czerner, Heeresmusikkorps 12 Veitshöchheim unter Major Volker Wörrlein, Deutsche Chorgemeinschaften, Best.-Nr.: 7206

Elchschaufel-Schirmmütze



Elchschaufel-Schirmmütze
Dunkelblaue Schirmmütze in Einheitsgröße mit gestickter Elchschaufel in Wappenform
Best.-Nr.: 6969, € 14,95

Ostpreußen-Seidenkrawatte



Edle Seidenkrawatte in den Farben Preußens mit der Elchschaufel
Farben: schwarz/weiß mit der Elchschaufel
Best.-Nr.: 7091

€ 19,95

Heimatklänge aus Ostpreußen
Lieder, Gedichte und Schmunzelgeschichten mit Agnes Miegel, Marion Lindt, Ruth Geede und Dr. Alfred Lau

Mit dem Ostpreußenlied



CD

Die schönsten Lieder und Tänze aus der alten deutschen Provinz Ostpreußen erheben sich auf diesem Tonträger mit wunderbaren Schmunzelgeschichten in ostpreußischem Dialekt, mit humorvollen Vertellkes und nostalgisch-wehmütigen Gedichten zu einem unvergeßlichen Reigen aus ostpreußischen Heimatklängen. Für viele Ostpreußen ist dieses Hörerlebnis eine akustische Wiederbegegnung mit unvergessenen Interpreten wie Marion Lindt, Ruth Geede und dem gebürtigen Insterburger Dr. Alfred Lau. Und auch die Stimme Agnes Miegels, der Königsberger Dichterin, die von ihren Landsleuten den Ehrentitel „Mutter Ostpreußen" erhielt, ist zu hören. Mit ihrem Gedicht „Es war ein Land" gab sie dem Zauber der Erinnerung an das „Land der dunklen Wälder und kristallnen Seen" den wohl schönsten lyrischen Ton.
Aus dem Inhalt: Land der dunklen Wälder – Ostpreußenlied (Brust/Hannighofer), Bergedorfer Kammerchor, 1:50, Brief an den treulosen Heinrich / Sprecherin. Marion Lindt, 2:45, Goldaper Kirmestanz (Volksweise), 0:48, De Brautschau / Sprecher: Dr. Alfred Lau, 3:07, Anke von Tharaw (Silcher / Dach), Karl-Horst Schröder, Bariton, 2:11, u.v.m
Gesamtlaufzeit: 1:17:25
Best.-Nr.: 6770

statt € 12,95 nur **€ 9,95**



lesensWERT!
Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!

Neuauflage

Hellmut Diwald
Luther- Eine Biographie
Der Mönch und Wittenberger Theologieprofessor war ein Revolutionär. In der Weltgeschichte findet sich keine Gestalt, die um des Glaubens und der Wahrheit willen entschiedener den Umsturz bewirkt, eine Revolution herbeigeführt und dann schließlich auch bejaht hat.
Die Reformation war ein Geschehen, das vier volle Jahrzehnte überspannte. Sie begann mit dem sogenannten Turmerlebnis Luthers um 1515, setzte mit Luthers 95 Thesen gegen den Ablaßhandel im Oktober 1517 ein erstes öffentliches Fanal und wurde beendet vom Augsburger Religionsfrieden des Jahres 1555. Die Etappen dieses Prozesses sind identisch mit den Etappen der tiefgreifendsten Revolution, von der Europa jemals erfaßt wurde. Kein Umsturz war so grundsätzlich und erfaßte breitere Fundamente. Luthers Revolution wurde allerdings verdeckt, diszipliniert und getarnt unter dem Etikett „Reformation"; ihr Feuer wurde damit nicht gelöscht.
Und mit seiner Bibelübersetzung legte Luther zudem den Grundstein für die deutsche Hochsprache und damit für ein Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen, für ein deutsches Nationalbewußtsein. So hat sich in diesem Mann das entscheidende Doppelprinzip der christlichen Moderne und der politischen Neuzeit verkörpert: der Anspruch des Gewissens und des Glaubens und das Recht des einzelnen Menschen und des ganzen Volkes auf Freiheit.
Hellmut Diwald (1924-1993), der 1978 mit seiner "Geschichte der Deutschen" großes Aufsehen erregte, setzt dem deutschen Revolutionär und Glaubenserneuerer Luther mit dieser packend geschriebenen Biographie ein würdiges Denkmal.
Geb., 454 Seiten
Best.-Nr.: 2729

€ 29,80

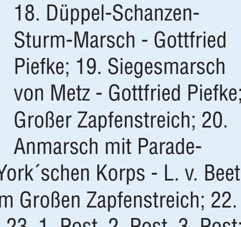


Udo Ulfkotte
Was Oma und Opa noch wussten
So haben unsere Großeltern Krisenzeiten überlebt.
Geb., 223 Seiten
Best.-Nr.: 7225, € 19,99



Hermann Sudermann
Das Bilderbuch meiner Jugend
Geb., 331 Seiten
Best.-Nr.: 6823, € 19,80

Preußens Gloria - Armeemärsche des 18. und 19. Jahrhundert



CD

1. Marsch aus der Zeit Friedrichs des Großen; 2. Marsch 1741 - Friedrich II. von Preußen; 3. Der Rheinströmer - Histor. Version; 4. Der Mollwitzer - Friedrich II. von Preußen; 5. Der Kesselsdorfer - J. A. S. Scharlinsky; 6. Marsch B-Dur 1750 - Prinz A. W. von Preußen; 7. Marsch Es-Dur 1751 - Prinz A. W. von Preußen; 8. Marsch 1756 - Friedrich II. von Preußen; 9. Der Hohenfriedberger - Friedrich II. von Preußen; 10. Marsch Herzog von Braunschweig - Histor. Version; 11. Der Dessauer - Histor. Version; 12. Torgauer Parademarsch - Friedrich II. von Preußen; 13. Marsch des Hessischen Kreisregiments - Histor. Version; 14. Marsch 1837 aus Petersburg - Histor. Version; 15. Margarethen Marsch - Gottfried Piefke; 16. Kaiser Wilhelm Siegesmarsch - Gottfried Piefke; 17. Der Königgrätzer Marsch - Gottfried Piefke; 18. Düppel-Schanzen-Sturm-Marsch - Gottfried Piefke; 19. Siegesmarsch von Metz - Gottfried Piefke; Großer Zapfenstreich; 20. Anmarsch mit Parademarsch, Marsch des York´schen Korps - L. v. Beethoven; 21. Locken zum Großen Zapfenstreich; 22. Zapfenstreichmarsch; 23. 1. Post, 2. Post, 3. Post; 24. Zeichen zum Gebet, Gebet, Abschlagen und Ruf nach dem Gebet u.v.m.
Best.-Nr.: 6899

€ 14,95



Hans Hellmut Kirst
Gott schläft in Masuren
Roman
Geb., 297 Seiten,
Best.-Nr.: 6991, € 18,50



Neuauflage

Hans Hellmut Kirst
Deutschland deine Ostpreußen
Geb., 160 Seiten
Best.-Nr.: 6825, € 16,80

Die schönsten Volkslieder



CD

Gesungen von Peter Schreier, Tenor und Theo Adam, Bariton mit dem Rundfunk- und Thomanerchor und dem Gewandhausorchester Leipzig unter der Leitung von Horst Neumann und der Dresdner Philharmonie unter der Leitung von Johannes Winkler
1 Wenn alle Brünnlein fließen; 2 Im Krug zum grünen Kranze; 3 Das Wandern ist des Müllers Lust; 4 Im Wald und auf der Heide; 5 Ein Jäger längs dem Weiher ging; 6 Mit dem Pfeil, dem Bogen; 7 Ein Jäger aus Kurpfalz; 8 Bald gras ich am Neckar; 9 Im schönsten Wiesengrunde; 10 Sah ein Knab' ein Röslein steh'n; 11 An der Saale hellem Strande; 12 Kein Feuer, keine Kohle; 13 Ach, wie ist's möglich dann; 14 Mein Mädel hat einen Rosenmund; 15 In einem kühlen Grunde; 16 Ännchen von Tharau; 17 Ade zur guten Nacht; 18 Kein schöner Land in dieser Zeit; 19 Weißt du wieviel Sternlein stehen; 20 Guten Abend, gute Nacht; 21 Der Mond ist aufgegangen
Gesamtspielzeit: 50:16 Min
Mit allen Liedertexten im Beiheft
Best.-Nr.: 6893

€ 14,95

Musique pour Luise



CD

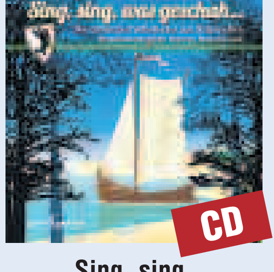
Das "Ensemble Sans Souci Berlin" unter der Leitung von Christoph Huntgeburth spielt 11 Musikstücke, die für die preußische Königin Luise komponiert wurden.
Prinz Louis Ferdinand
1 Notturno
Vincenzo Righini aus Sechs Romanzen
2 L'Esperance
3 Le trois Graces
Johann Friedrich Reichardt: Sonate C-Dur für Flöte und Cembalo
4 Allegretto
5 Andante
6 Rondo. Vivace
Friedrich Heinrich Himmel
7 Favorit-Polonaise
Vincenzo Righini aus Sechs Romanzen
8 Le Depart
9 Le Retour
Friedrich Heinrich Himmel aus Grand Sestetto
10 Andante sostenutto
11 Allegro giojoso
Gesamte Spieldauer: 64:23 Min
Best.-Nr.: 6900

€ 14,95



CD

Märsche und Balladen aus den Freiheitskriegen 1813-1815
Gesamt-Spieldauer: 58:09
Stabsmusikkorps Berlin, Heeresmusikkorps 300 Koblenz, Heeresmusikkorps 100 Hannover, Radio-Sinfonie-Orchester Berlin
Best.-Nr.: 6891, € 14,95



CD

Sing, sing, was geschah
Die schönsten Volkslieder aus Ostpreußen,
Gesamt: 66 min,
29 Lieder
Eine Produktion des Westdeutschen Rundfunks Köln, 1969 bis 1987
Best.-Nr: 7203, € 12,95

Altpreußische Militärmusik aus der Musiksammlung der Königlichen Hausbibliothek im Schlosse zu Berlin



CD

Dirigent: Christian Blüggel mit Begleitheft
01-12 Regimentsmärsche I
13-15 Dienststücke des Königsregiments
16-23 Musik der Kavallerie
24-27 Dienststücke des Regiments von Selchow
28-43 Feldstücke der Kavallerie
44-47 Feld- und Dienststücke des Regiments von Selchow
48-58 Regimentsmärsche II
Gesamtspieldauer: 69: 46 Min
Best.-Nr.: 7257

€ 15,95

Christopher Clark
Die Schlafwandler
Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog



Bahnbrechende neue Erkenntnisse über den Weg in den Ersten Weltkrieg 1914 Lange Zeit galt es als ausgemacht, dass das deutsche Kaiserreich wegen seiner Großmachtträume die Hauptverantwortung am Ausbruch des Ersten Weltkriegs trug. In seinem bahnbrechenden neuen Werk kommt der renommierte Historiker und Bestsellerautor Christopher Clark (Preußen) zu einer anderen Einschätzung. Clark beschreibt minutiös die Interessen und Motivationen der wichtigsten politischen Akteure in den europäischen Metropolen und zeichnet das Bild einer komplexen Welt, in der gegenseitiges Misstrauen, Fehleinschätzungen, Überheblichkeit, Expansionspläne und nationalistische Bestrebungen zu einer Situation führten, in der ein Funke genügte, den Krieg auszulösen, dessen verheerende Folgen kaum jemand abzuschätzen vermochte. Schon jetzt zeigt sich, dass "Die Schlafwandler" eine der wichtigsten Neuerscheinungen zum 100. Jahrestag des Ausbruchs des Ersten Weltkriegs sein wird.
Geb., 896 Seiten mit Abbildungen
Best.-Nr.: 7259

€ 39,99

Aktion*





+++ gratis +++
Bei jeder Bestellung ab einem Warenwert iHv € 50,00 erhalten Sie einen Ostpreußenaufkleber kostenlos dazu!!

PMD Preußischer Mediendienst
Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst
Mottelerstraße 7 · 04155 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12
47/13
Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 3.50*, ab einem Bestellwert von € 80.00 ist die Lieferung versandkostenfrei *nur gültig bei Versand innerhalb Deutschland ohne Inseln. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Bitte beachten Sie auch die Angebote in unserem Antiquariat www.die-ostgebiete.de

MELDUNGEN

Christentum vor der Auslöschung

London – Der ehemalige Erzbischof von Canterbury, George Leonard Carey, fürchtet, dass das Christentum in Großbritannien binnen einer Generation „ausgelöscht" sein könnte. In den Augen des früheren Oberhaupts der Anglikanischen Kirche sind die Geistlichen von einem „Gefühl der Niederlage" ergriffen. Nur energische Missionierung könne den Untergang stoppen. *H.H.*

NS-Keule als Ablenkung

Hamburg – Der Hamburger Bauer-Verlag sieht sich von ungewohnter Seite mit Nazi-Vorwürfen konfrontiert. Hollywood-Schauspieler Tom Cruise sah die Beziehung von sich zu seiner siebenjährigen Tochter Suri falsch wiedergegeben und verklagte den das Glamour-Magazin „In Touch" herausgebenden Verlag. Diesen beschuldigte das berühmte Scientology-Mitglied zudem gleich der Nähe zum Nationalsozialismus, was laut Sekten-Experten ein bereits bekanntes Ablenkungsmanöver von Scientology sei. *Bel*

ZUR PERSON

Lieber Islamist als Millionär

Vor allem politisch links-gerichtete Zeitgenossen erklären die Hinwendung in Deutschland geborener Moslems zum Islamismus gern mit der Perspektivlosigkeit der Betroffenen. Bei dem im Oktober in Syrienkrieg getöteten **Burak Karan** dürfte ihnen diese Erklärung jedoch nicht weiterhelfen. Dem 1987 in Wuppertal geborenen Sohn einer türkischen Familie standen nämlich alle Türen offen, da er mit einem Talent gesegnet war, dass in unserer Gesellschaft höchste Anerkennung genießt: Er war ein begnadeter Fußballspieler.

Schon als Teenager zeichnete sich für den jungen Mann ab, dass er das Zeug hat, Fußballgeschichte zu schreiben oder zumindest um Kicker-Millionär zu werden. Talentsucher von Bayer Leverkusen, Hertha BSC, dem HSV und Hannover 96 umwarben ihn schon in jungen Jahren. Auch spielte er in der U-15-, U-16- und der U-17-Juniorenmannschaft für Deutschland zusammen mit heutigen Fußballgrößen wie Sami Khedira, Dennis Aogo und Kevin-Prince Boateng. Doch 2008 beendete Karan seine Karriere und wendete sich dem Islam zu. Er gelangte an die falschen Freunde. Zwar reiste er 2010 nicht mit ihnen nach Afghanistan, um sich dort zum Gotteskrieger ausbilden zu lassen, doch die Staatsanwaltschaft Düsseldorf ermittelte wegen eines Anfangsverdachts bezüglich der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat auch gegen Karan. Trotzdem bewegte sich der junge Mann weiter in den Kreisen und gelangte so immer wieder ins Blickfeld der Ermittler, ohne jedoch überführt zu werden. Anfang des Jahres dann zog es Karan mit seiner Frau und den zwei kleinen Söhnen nach Syrien, angeblich um Hilfstransporte zu sichern. Doch Bilder zeigen ihn mit Sturmgewehr und im Internet wird er als erfolgreicher Kämpfer gefeiert. *Bel*





Wer kommt besser an ?

Hand in Hand

Warum unsere Elite nichts zu fürchten braucht, wie man den Pöbel unten hält, und warum 300 deutsche Wörter viel zu viel sind / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Die Eliten haben Angst: In einer Umfrage im Auftrag des Weltwirtschaftsforums hat man sich bei 1500 „Entscheidern" weltweit danach erkundigt, wo der Schuh drückt. Das Forum ist bekannt für seine Treffen im noblen Schweizer Davos, wo sich führende Politiker, Manager und Intellektuelle alljährlich versammeln. Resultat der Erhebung: Viele Reiche und Wichtige fürchten, dass die Völker demnächst Ärger machen könnten wegen der immer schlimmeren Wirtschaftslage, in der immer mehr Menschen versinken.

In Frankreich knallt's ja schon ganz ordentlich. Medien berichten, dass französische Sender von den zahllosen gleichzeitigen Streiks, Demos und Unruhen nur mehr die wichtigsten und heftigsten melden. Es sind einfach zu viele geworden, das ganze Land scheint zu vibrieren. In Spanien, Griechenland oder Italien grummelt es ohnehin schon länger.

Nur in Deutschland ist Ruhe. Das hat seinen Grund darin, dass wir erstens nur demonstrieren gehen, wenn uns die Obrigkeit dazu auffordert („Nazis raus! München ist bunt!"), und zweitens, weil unsere Eliten viel besser sind als die der anderen.

Bei uns funktioniert's nämlich noch! Da arbeiten alle zusammen. Nehmen wir zum Beispiel den Baukonzern Hochtief. Dessen Übernahme durch den spanischen Konkurrenten ACS wäre 2010 fast gescheitert, wenn einige Prachtstücke der deutschen Elite nicht so gut kooperiert hätten.

Die Übernahme hatte nämlich zwei gewichtige Gegner, die deutsche Börsenaufsicht Bafin und die Arbeiter von Hochtief. Die Bafin störte sich daran, dass ACS in Spanien wegen Bilanzfälschung vor Gericht stand. Die Arbeiter fürchteten, dass die Spanier Hochtief nur haben wollten, um das florierende Unternehmen zu zerschlagen, häppchenweise zu verkaufen und sich am Erlös gesundzustoßen. ACS war nämlich hoch verschuldet, Hochtief hatte die Kassen voller Geld.

Um die Bedenken aus dem Weg zu räumen, beauftragten die Spanier die Lobbyberatung Hering Schuppener. Eine gute Wahl: Die Leiterin von deren Berliner Büro war nämlich Henriette Peucker, die Lebensgefährtin von Jörg Asmussen. Und SPD-Mann Asmussen, der heute für Deutschland in der Spitze der Europäischen Zentralbank (EZB) sitzt, war damals Staatssekretär im Bundesfinanzministerium und damit wofür zuständig? Na? Richtig: für die Bafin! Schwuppdiwupp zerstreuten sich die Bedenken der Börsenaufseher während eines einzigen Wochenendes.

Damit war das geregelt. Nun mussten noch die widerborstigen Arbeiter aus dem Weg geräumt werden. Das übernahm IG-Bau-Chef Klaus Wiesehügel, der heute hofft, in der kommenden Großen Koalition Arbeitsminister zu werden. Wiesehügel schob den Betriebsrat beiseite und gab den Spaniern, was sie wollten.

> Mit jeder Bildungsreform kommen wir dem Ziel der kompletten Verblödung näher

Das ist jetzt drei Jahre her, und die Zerschlagung von Hochtief schreitet munter voran dank der umsichtigen Zusammenarbeit unserer Elite aus Politik, deutschen Berufslobbyisten und Gewerkschaftsfunktionären. Kein Wunder, dass in Deutschland niemand eine Veranlassung sieht, den Eliten zu misstrauen oder gar gegen sie auf die Straße zu gehen.

Mit der Hochtief-Geschichte im Hinterkopf wird auch unser Bild von Jörg Asmussen noch ein wenig runder. Beruhigend zu wissen, dass die Interessenvertretung der deutschen Sparer und Steuerzahler bei der EZB in solch exzellenten Händen liegt. Manche Entscheidung, die wir uns bislang kaum erklären konnten, wird jetzt glasklar. Etwa die jüngste Absenkung des Leitzinses auf beinahe null, die den deutschen Sparern die wunderbare Gelegenheit gibt, noch ein bisschen mehr als bisher zur Stabilisierung der maroden Banken und Staatshaushalte anderer Länder beizutragen.

Dass sich die Elite so gern in Orten wie Davos trifft, hat seinen Grund: Dort oben zwischen den hohen Bergen in den sündhaft teuren Hotels ist man endlich mal unter sich und muss sich nicht mit dem dummen Pöbel aus den Niederungen mischen. Dafür, dass das auch so bleibt und sich kein Prolet heimlich nach oben schiebt, sorgt unsere ausgeklügelte Bildungspolitik. Sie stellt sicher, dass der, der unten ist, auch unten bleibt. Selbstredend darf man das nicht öffentlich ausplaudern, sondern vor der Kamera stets über „gleiche Bildungschancen für alle" salbadern. Die Idioten sollen einen doch wählen!

Die Wahrheit erschließt sich beim Blick auf die Wirklichkeit: Nach jeder sogenannten „Bildungsreform" sinkt das Niveau wieder ein Stückchen tiefer, bis zum Idealzustand der unentrinnbaren Verwirrung und schließlich der kompletten Verblödung.

Ein Musterbeispiel dafür bot uns die „Rechtschreibreform". Mit ihr haben es die Verwirrungs- und Verblödungsexperten vollbracht, die einst lupenreine deutsche Orthografie in ein heilloses Chaos zu stürzen, in dem sich auch der Verfasser dieser Zeilen immer wieder verläuft.

Viele Jahre nach Inkrafttreten der Reform ist es nun an der Zeit, die Ernte zu begutachten. Das Ergebnis übersteigt alle unsere Erwartungen, der Einsatz Hunderter Experten und von Milliarden von Mark und Euro hat sich wahrlich gelohnt.

Die Rechtschreibung der Schüler aller Schultypen hat sich dramatisch verschlechtert. Die Fehlerquote liegt doppelt so hoch wie vor Inkrafttreten der Reform im Jahre 1996!

Die Experten räumen zwar ein, dass ein Teil dieses Erfolges auch auf anderen Reformwerken wie der Einführung neuer Schultypen und Unterrichtsformen zurückzuführen sein könnte. Doch den Löwenanteil schreiben sie ganz eindeutig der Schreibreform zu. Begründung: Gerade in den Bereichen, wo durch die neue Schreibe besonders viel „vereinfacht" wurde, ist die Fehlerzahl in die Höhe geschossen – etwa bei der Groß- und Klein- sowie der Getrennt- und Zusammenschreibung. Der höhere Anteil von Ausländerkindern wurde bei der Erhebung übrigens von vornherein herausgerechnet. Es waren also nicht etwa bloß die günstigeren Rahmenbedingungen für schlechtere Bildungsergebnisse, die dieses beeindruckende Resultat hervorgebracht haben. Nein, es sind allein unsere eifrigen Bildungsreformer, die sich dies alles ans Revers heften können.

Ihre Arbeit ist ein Meisterwerk: Die offizielle Anleitung zu den neuen Regeln ist derart sperrig, dass der Duden angeblich erstmals darauf verzichtet, sie abzudrucken. Der Potsdamer Sprachwissenschaftler Peter Eisenberg wollte da nun Abhilfe schaffen und die Regeln „halb so lang und doppelt so verständlich" formulieren.

Damit sie dann jeder versteht? Spinnt der denn? Bevor der zweite Komplex, der Bereich Kommasetzung, in der eisenbergschen Version durchgewinkt werden konnte, stellte sich der zuständige „Rat für deutsche Rechtschreibung" glücklicherweise quer. So bleiben uns die Regeln in der Form, die kein Normalsterblicher (oder: normal Sterblicher?) versteht, auch künftig erhalten.

Dass man für das In-Grund-und-Boden-Reformieren der Schriftsprache so viel Energie einsetzt, hat seinen Grund wohl darin, dass man an der gesprochenen Sprache eines Großteils der nachwachsenden Generation nicht mehr viel ruinieren muss. Habe neulich in der U-Bahn gelauscht, wie ein Mädchen, so um die 18, einer Freundin von einem Gespräch mit anderen berichtete. Kennen Sie noch Formulierungen wie „ich fragte", „sie antwortete" etc.? Vergessen Sie den Krempel, das geht heute alles mit „so":

„Kevin und Corinna getroffen. Ich so: Was geht? Er so: Alles fit. Sie so: Pff. Ich so: Häh? Sie so: Weiß nich'. Er so: Hm. Ich so: Was? Er so ...." Und „so" ging es weiter. Da fragt man sich, wieso Ausländern in „Integrationskursen" die astronomische Zahl von 300 deutschen Wörtern eingetrichtert wird. Sollen die sich bei ihren neuen deutschen Freunden unmöglich machen, weil sie in ganzen Sätzen reden? Da müssten sich unsere Bildungsreformer auch mal dransetzen.

MEINUNGEN

***Cora Stephan** wendet sich zum bevorstehenden Gedenkjahr zum Ausbruch des **Ersten Weltkriegs** gegen einen eigentümlichen **Masochismus**, den die **Deutschen** beim Beharren auf ihrer vermeintlichen Alleinschuld an der Katastrophe pflegten. In der „Welt" vom 14. November klagt sie:*

„Nur die Deutschen glauben noch, sie hätten die alleinige Schuld an dem Inferno zwischen 1914 und 1918 ... Kein Zweifel aber besteht an der provozierenden Rolle Frankreichs – und daran, dass Großbritannien kein eigenes Eisen im Feuer hatte, also kein legitimes Interesse, das ihm das ‚ius ad bellum' (Recht zum Krieg) verliehen hätte."

*Was **Cora Stephan meint**, erhellt ein Zitat des deutschen Außenministers a. D. **Joschka Fischer**. In einem dieses Jahr in Buchform („Gegen den Strom") erschienenen Gespräch mit dem US-Historiker Fritz Stern erklärt der Grünen-Politiker:*

„Wenn man die Sache konsequent zu Ende denkt, muss man dem Versailler Vertrag eher vorwerfen, dass er nicht konsequent genug war. Er hat die Macht des preußisch-deutschen Militarismus nicht wirklich gebrochen."

***Daniel Stelter** von der Unternehmensberatung Boston Consulting Group ruft im „Handelsblatt" vom 12. November die **Unternehmen** auf, die **Einnahmen aus den Exportüberschüssen** auch **in Deutschland zu investieren**:*

„Ein ‚Weiter so' kann es aber auch nicht geben. Was nutzen Handelsüberschüsse, wenn wir unser Geld durch Konkurse oder eine Transferunion wieder verlieren. Im eigenen Interesse sollten wir unser Geld besser investieren. Und das wäre im Inland. Infrastruktur, Maschinen und Anlagen, Bildung und Innovation müssen im Fokus der gestiegenen Ausgaben liegen. Angesichts der hohen Staatsverschuldung und des offensichtlichen Versagens der Politik, die auf Konsum statt Investitionen setzt, wie die Koalitionsverhandlungen zeigen, muss die Wirtschaft hier voran schreiten. Die gute Ertragslage muss dazu genutzt werden zu investieren."

*Der „Spiegel" vom 11. September zitiert den schleswig-holsteinischen **Umweltminister Robert Habeck (Grüne)**, der dringend eine **Kürzung der Subventionen** für Erneuerbare Energien fordert:*

„Aber das Verhältnis der Grünen zu den Interessenverbänden der Erneuerbaren darf nicht so werden wie das der SPD zur Kohlelobby."

*Unter der Überschrift „Sie hassen uns wieder" nimmt **Alexander Kissler** den neuen **Deutschenhass** in der EU aufs Korn. Im „Cicero" (19. November) gibt er der Berliner Politik eine Mitschuld an der Entwicklung, weil sie von viel **zu wenig** echtem **Selbstbewusstsein** getragen sei:*

„Unbewusst hat die regierende Politikergeneration verinnerlicht, zu welchem Instrument die europäische Einigung auszuschlagen kann: zum Zaumzeug, das den deutschen Gulliver zähmt. Und so finden Merkel, Gabriel, Steinmeier & Co. nichts dabei, wenn Brüssel rügt und drängt und fordert – und Deutschland sich fügt."